

14. Auslandskulturpolitik

14.1. Zielsetzungen und Schwerpunkte

Die Auslandskulturpolitik gehört zu jenen gestaltenden Elementen der österreichischen Außenpolitik, mit welchen außenpolitische Anliegen Österreichs in einer immer stärker vernetzten Welt und einander beeinflussenden Kulturen dargestellt und wahrnehmbar gemacht werden. Österreich hat ein reiches künstlerisches und wissenschaftliches Erbe und eine lebendige kreative und innovative Gegenwartskultur. In vielen Ländern der Welt wird Österreich mit seinen kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen in Verbindung gebracht. Diesen Vorteil gilt es zu nutzen.

Der Schwerpunkt der Auslandskulturarbeit liegt auf der Präsentation des zeitgenössischen kreativen Schaffens aus Österreich in den Bereichen Kunst und Wissenschaft. Die Weiterentwicklung von Kultur, Kunst und Wissenschaft braucht internationalen Austausch. Kontakte mit dem Ausland und Begegnungen in anderen Ländern bringen kreative Ideen und Impulse und schaffen Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.

Durch das weltweite Netzwerk der Auslandskultur wird der Boden für zukünftige Kooperationen aufbereitet, Möglichkeiten zu internationaler Zusammenarbeit werden erkundet, Themen und Inhalte formuliert, Kooperationen vorbereitet, Partnerschaften gefunden und Begegnungen ermöglicht.

Die Auslandskultur wirkt aktiv an der Weiterentwicklung der europäischen Integration mit und leistet durch Initiativen im Bereich des Dialogs der Kulturen und Religionen Beiträge im Hinblick auf Vertrauensbildung und Friedenssicherung.

Umgesetzt wird all dies durch das **Netzwerk der Österreichischen Auslandskultur**, das gegenwärtig aus 31 Österreichischen Kulturforen und Kooperationsbüros, 88 Botschaften und Generalkonsulaten, 64 Österreich-Bibliotheken, acht Österreich-Instituten und zwei Wissenschafts- und Technologiebüros besteht.

Kulturarbeit im Ausland verlangt **Schwerpunkte**. Diese werden innerhalb eines mehrjährigen Planungszeitraumes sowohl **geographisch** als auch **inhaltlich** gesetzt und über die Zuweisung unterschiedlich hoher Jahreskulturbudgets an die Vertretungsbehörden gesteuert. Dabei werden die geographischen Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik – **Nachbarschaft, Donaauraum, Westbalkan** – in der Auslandskulturarbeit synergetisch wieder gespiegelt.

Die über Jahrhunderte gewachsenen kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen im **Donaauraum** bilden ein starkes Fundament für eine zukünftige gemeinsame Entwicklung. Die EU-Strategie für den Donaauraum untermauert die Bedeutung dieser Schlüsselregion Europas im 21. Jahrhundert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von

14 Partnern, neun EU-Mitgliedstaaten und fünf europäischen Ländern, bietet neue Möglichkeiten der Kooperation in den Bereichen Politik und Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Bildung sowie Information und Kommunikation. Am 26. und 27. Juni fand das 3. **EU-Donauraumstrategie Jahresforum** unter dem Titel „Inclusive & Prosperous – Good Governance for a Strong Danube Region“ in Wien statt. Die Themen Integration und soziale Fragen standen im Vordergrund.

Im Rahmen der auf Initiative Österreichs 2001 gegründeten **Plattform Kultur Mitteleuropa** wurde im Mai unter österreichischem Vorsitz das Projekt „Meilensteine vor dem Sturm“ in Sarajewo zum Gedenken an 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkriegs umgesetzt. Präsentiert wurden zu diesem Thema eine Ausstellung, ein Film, ein Vortrag und zwei Konzerte aus den teilnehmenden Plattformländern. Unter tschechischem Plattform-Vorsitz wurde im November in Baku die gemeinsame Glas- und Porzellanausstellung „Hot and Cold“ präsentiert.

Der Schwerpunktregion **Westbalkan** ist das seit 2008 bestehende Übersetzungsprogramm **Traduki** gewidmet. Es wurde von BMEIA, Kulturkontakt Austria, Pro Helvetia, dem Deutschen Auswärtigen Amt, dem Goethe-Institut und der S. Fischer Stiftung gegründet. Weitere Partner sind die Slowenische Buchagentur I.A.K. d.o.o., Ministerium für Kultur der Republik Kroatien, das Ressort Kultur der Regierung des Fürstentums Liechtenstein sowie die Kulturstiftung Liechtenstein, das Ministerium für Kultur der Republik Albanien, das Ministerium für Kultur und Information der Republik Serbien und das Ministerium für Kultur der Republik Rumänien. Inzwischen umfasst das Netzwerk 14 Länder (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Belgarien, Deutschland, Kosovo, Kroatien, Liechtenstein, Mazedonien, Montenegro, Österreich, Rumänien, die Schweiz, Serbien und Slowenien). Mit diesem Übersetzungsprogramm für Belletristik, Sachbuch sowie Kinder- und Jugendbuch wird der Austausch zwischen den am Programm beteiligten Ländern gefördert. Dazu zählen Begegnungen zwischen AutorInnen, ÜbersetzerInnen, VerlegerInnen, KritikerInnen, WissenschaftlerInnen und BibliothekarInnen sowie Übersetzungen von ungefähr 100 übersetzten Büchern bis Jahresende, neuen Partnern und Beitritten sowie immer mehr Gastaufenthalte konnte Traduki in den letzten Jahren große Erfolge verbuchen und über die Literatur weitere Brücken zwischen Menschen und Völkern schlagen.

Der seit 2006 in Kooperation des BMEIA mit dem österreichischen P.E.N. Club und dem Theaterregisseur Christian Papke in den Staaten des Westbalkans sowie der Donau- und Schwarzmeeresregion durchgeführte **Dramenwettbewerb „Über Grenzen sprechen“** wurde mit dem Wettbewerb in Georgien 2013/2014 seitens des BMEIA abgeschlossen. Der Wettbewerb wird als internationales Projekt des Staatstheaters Nürnberg weitergeführt. Beim Wettbewerb in Georgien vergab die Jury erstmalig drei Preise. Gestiftet durch das BMEIA und das Georgische Kulturministerium wurden zwei erste Preise und ein dritter Preis vergeben. Die ersten Preise gingen an David Tavadze für

Zielsetzungen und Schwerpunkte

das Stück „War Mother“ und an Vasil Janikashvili für das Stück „Angry Birds“. Der dritte Preis ging an Lasha Bugadze für das Stück „Der 26. Mai“.

Am 28. Februar und 1. März stand die 12. Ausgabe der Kurzfestival-Reihe „Die Besten aus dem Osten!“ auf dem Programm der Volkstheater Dependance Hundsturm. Im Rahmen dieser im Jahr 2007 gestarteten Initiative des BMEIA mit dem Volkstheater Wien wird Theater-Avantgarde aus Ost- und Mitteleuropa präsentiert. Die diesjährige theatrale und literarische Erkundungstour führte nach Albanien; Gäste waren Joachim Röhm, renommierter Übersetzer, Fatos Kongoli, viel gelesener Autor und Mitbegründer der albanischen Demokratiebewegung, das „Teatri i Metropolit Tirana“ und die „Off-Produktion Tirana“. Das Volkstheater-Ensemble gab zudem eine szenische Lesung des albanischen Siegerstückes von „Über Grenzen sprechen“ des Jahres 2009, „Der Sandmann“ von Jonila Godole.

Das seit 2011 vom BMEIA unterstützte Projekt **SPACES** widmete sich zwischen 2011 und 2014 in Armenien, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine dem Thema Öffentlicher Raum als Austragungsort zivilgesellschaftlicher Anliegen. Im Oktober fand im Rahmen einer Abschlusskonferenz in Wien auch die Präsentation der Resultate dieses dreijährigen Projekts in Form einer Publikation statt.

Das Jahr 2014 stand im Zeichen des Gedenkens an **100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkriegs**. Eine Gruppe bedeutender österreichischer HistorikerInnen hatte dazu im Auftrag des BMEIA und fünf anderer Ressorts ein Grundlagenpapier ausgearbeitet, das Grundzüge einer österreichischen Betrachtungsweise zum Ersten Weltkrieg (einschließlich der Frage der Kriegsschuld) beinhaltet und auch als Informationsgrundlage für die VertreterInnen Österreichs im Ausland dient. An den Österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturforen wurden über 120 Veranstaltungen zum Thema organisiert. Dabei handelte es sich nicht nur um wissenschaftliche Konferenzen und Vorträge, sondern um ein breites Spektrum an Veranstaltungen in verschiedenen Kunstsparten. Am 100. Jahrestag des Attentats von Sarajewo gaben die Wiener Philharmoniker ein Konzert im alten Rathaus in Sarajewo. Das BMEIA unterstützte dabei das Public Viewing des Konzerts an öffentlichen Plätzen in Sarajewo. Die vom BMEIA erstellte Wanderausstellung „Das Jahr 1914 – Bewegte Ruhe vor dem Sturm“ tourte erfolgreich u. a. in Rumänien, Slowenien, Spanien, Schweden, Polen, Ungarn, im Iran, in Kroatien und in Bosnien und Herzegowina.

Zum **Schwerpunkt „25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“** fand im Juni auf Einladung von Bundesminister Sebastian Kurz unter dem Titel „Freedom for Europe: 25th anniversary of the Fall of the Iron Curtain. A celebration of Freedom and Youth“ eine grenzübergreifende Gedenkveranstaltung für Jugendliche aus Österreich, Ungarn und der Slowakei statt. Neben Bundesminister Kurz nahmen der slowakische Außenminister Miroslav Lajčák, der ungarische Staatssekretär für Handel und Äußeres Péter Szijjártó, ca. 80 Jugendliche aus Österreich, der Slowakei und Ungarn, sowie Vertreter des

diplomatischen Corps an der Veranstaltung teil. Im August fand in der Diplomatischen Akademie in Wien ein vom BMEIA und dem Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung veranstaltetes internationales wissenschaftliches Kolloquium zum „Paneuropäischen Picknick“ statt. Es diskutierten ExpertInnen und ZeitzeugInnen aus Österreich, Ungarn, Deutschland und der Slowakei den aktuellen Forschungsstand und die historische Interpretation dieses Ereignisses bzw. der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ zwischen Ungarn und Österreich. Das BMEIA unterstützte auch weitere Veranstaltungen und Publikationen zum Thema „25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“.

Mit breitgefächerten Kulturprogrammen lieferte Österreich einen wertvollen Beitrag zu den **europäischen Kulturhauptstädten Umeå und Riga**. Im Rahmen von Umeå 2014 unter dem Motto „Curiosity and Passion – the Art of Co-Creation“ unterstützte die Österreichische Botschaft Stockholm Projekte im Bereich Musik, Literatur und Architektur. Bei der Eröffnungsfeier war Österreich durch das Linzer Ars Electronica Futurelab vertreten.

Österreich trug auch zur Vielzahl an kulturellen Veranstaltungen des Europäischen Kulturhauptstadtjahres „RIGA2014“ unter dem Motto „Force Majeure“ bei. Die Lettische Nationalbibliothek organisierte gemeinsam mit der Österreichischen Nationalbibliothek eine große Ausstellung unter dem Titel „Book 1514–2014“, die im Juli in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer und vom lettischen Präsidenten Andris Bērziņš eröffnet wurde. Die Ausstellung „Fields“ präsentierte ca. 40 Kunstwerke, begleitet von Vorträgen, Eröffnungsperformances, Filmscreenings und weiteren künstlerischen Interventionen.

Im Rahmen der „**österreichisch-russischen Kultursaisonen 2013–2015**“ wurden zwischen Mai 2013 und Dezember 2014 insgesamt 50 österreichische Projekte in 17 russischen Städten realisiert. Höhepunkte des Programms waren u.a. Ausstellungen der Wiener Albertina oder der Privatsammlung Esterházy, Projekte der Ars Electronica und des sound:frame Festivals, eine Ausstellung auf dem ersten sowjetischen Atomeisbrecher „Lenin“, sowie Gastspiele des Burgtheaters und des Wiener Schauspielhauses. 2014 und 2015 findet im Gegenzug eine Russische Kultursaison in Österreich statt.

Mit der **Ausstellung „Lenin:Eisbrecher“** gelang nicht nur ein erstes Projekt zeitgenössischer Kunst auf einem der Prestigeobjekte der Sowjetunion, dem Eisbrecher Lenin; sie verzeichnete rund 14.000 BesucherInnen und wurde damit zur erfolgreichsten Ausstellung der jüngeren Vergangenheit der größten Stadt der Welt nördlich des Polarkreises. Mit der **Ausstellung „Jenseits des Sehens“** des Stiftes Admont wurde zum ersten Mal eine Ausstellung in der russischen Hauptstadt gezeigt, die blinden wie sehenden BesucherInnen gleichermaßen zugänglich war.

Die Wanderausstellung des BMEIA in Zusammenarbeit mit dem Land Salzburg „**mitgebracht – aus Italien bis China**“ mit Werken von jungen Künstle-

Zielsetzungen und Schwerpunkte

rInnen aus dem Atelier-Austauschprogramm des Landes Salzburg tourte mit großem Erfolg im Österreichischen Kulturforum (ÖKF) Budapest, in Frankreich und in Albanien. In Tirana wurde die Ausstellung im Mai vom Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer im Beisein der albanischen Kulturministerin eröffnet. Im Juni wurde im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung in der „Cité internationale des Arts“ der Gründerin der Cité, Simone F. Brunau, von Botschafterin Ursula Plassnik das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst überreicht.

Die Fotoausstellung des Jüdischen Museums Wien „Jude Sein/Being Jewish“ von Peter Rigaud absolvierte im Rahmen des **European Jewish Identity Project** mit Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich die Stationen Mailand, Berlin, Prag und fand unter dem Ehrenschutz der griechischen EU-Ratspräsidentschaft in Athen ihren Ausklang.

Die gemeinsame Architektur-Wanderausstellung „**Getting things done: Evolution of the built environment in Vorarlberg**“ des BMEIA mit dem Land Vorarlberg wurde im September im Werkraum Bregenzerwald in Andelsbuch von Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Harald Sonderegger eröffnet und anschließend erstmals erfolgreich im Ausland mit dem ÖKF Madrid im Colegio de Arquitectos de Burgos präsentiert.

Anlässlich des 25. Jubiläums der österreichisch-ungarischen Grenzöffnung 1989 wurde die **Video/Fotoausstellung des BMEIA „Woher kommst du?“** von Barbara Zeidler am ÖKF Budapest gezeigt. Der ungarische Minister für Verwaltung und Justiz, Tibor Navracsics, nahm die Eröffnung vor. Die Ausstellung wurde auch in Zusammenarbeit mit Partnern des Teheraner EUNIC Clusters am Gedenktag des Falls der Berliner Mauer am ÖKF Teheran eröffnet und zum Europatag 2014 in der Universität Fribourg präsentiert.

Die seit 2009 bestehende erfolgreiche Kooperation des BMEIA mit dem MuseumsQuartier Wien in Form des Projekts „**freiraum quartier21 International**“ fand mit den internationalen Ausstellungen „Places of Transition“, „Connecting Sound Etc. Cable Works, Cable Sounds, Cables Everywhere“, „PCFS – Post Colonial Flagship Store“ ihre Fortsetzung.

Im Bereich **Musik** ist es nach wie vor das Ziel, das Musikland Österreich in allen Facetten als innovativ und dynamisch zu präsentieren. Die Unterstützung von österreichischer Musik des 20. und 21. Jahrhunderts ist daher weiterhin ein wichtiger programmatischer Schwerpunkt. Das Netzwerk der österreichischen Auslandskultur unterstützt dabei musikalische Darbietungen in einem weiten Spektrum, von der Klassik über Jazz und Pop bis hin zu Neuer Musik, Weltmusik und experimentellen Ansätzen (Elektronik, Klanginstallationen). Vorrangig unterstützt werden MusikerInnen, die für das im Jahr 2002 initiierte Unterstützungsprogramm für junge österreichische SolistInnen und Ensembles „The New Austrian Sound of Music“ (**NASOM**) ausgewählt wurden.

AutorInnenlesungen nahmen den größten Teil der Aktivitäten im Bereich **„Literatur“** ein, allen voran solche der für das Literaturförderprogramm „Schreib.ART Austria“ ausgewählten Autoren Xaver Bayer, Wolf Haas, Clemens Setz und Thomas Stangl, sowie der Autorinnen Olga Flor, Andrea Grill, Sabine Gruber, Maja Haderlap und Gerhild Steinbuch. Zu diesen kamen zahlreiche weitere AutorInnen, die zu Lesungen ins Ausland eingeladen wurden: Peter Simon Altmann, Martin Auer, Christoph W. Bauer, Zdenka Becker, Peter Berczeller, Toni Bernhardt, Peter Clar, Harald Darer, Marko Dinic, Rosemarie Eichinger, Janko Ferik, Juliane Fischer, Milena Michiko Flasar, Franzobel, René Freund, Arno Geiger, Thomas Glavinic, Constantin Göttert, Marianne Gruber, Norbert Gstrein, Erich Hackl, Händl Klaus, Klaus Hoffer, Paul Jandl, Gerhard Jaschke, Peter Stephan Jungk, Reinhard Kaiser-Mühlecker, Anna Kim, Robert Klement, Florian Klenk, Radek Knapp, Markus Köhle, Michael Köhlmeier, Christian Kössler, Alfred Komarek, Ulrich Ladurner, Monika Lichtenfels, Gerhard Loibelsberger, Karl Lubomirski, Nicolas Mahler, Beate Maxian, Mieke Medusa, Eva Menasse, Robert Menasse, Hanno Milesi, Alexander Peer, Martin Pollack, Ursula Poznanski, Teresa Präauer, Thomas Raab, Doron Rabinovici, Christoph Ransmayr, Elisabeth Reichart, Angelika Reitzer, Sophie Reyer, Kathrin Röggla, Peter Rosei, Eva Rossmann, Gerhard Rühm, Robert Schindel, Martina Schmitt-Jamek, Eva Schörkhuber, Sabine Scholl, Susanne Scholl, Maria Seisenbacher, Cordula Simon, Michael Stavanja, Lizi Stein, Folke Tegethoff, Cornelia Travnicek, Jutta Treiber, Peter Turini, Anna Weidenholzer und Josef Winkler.

Im **Theaterbereich** gab es erneut eine breite Palette an von der Auslandskultur unterstützten Auftritten bei internationalen Festivals und an Theatern im Ausland. Dabei waren klassische Theaterformen wie szenische Lesungen und Aufführungen von Theaterstücken österreichischer DramatikerInnen ebenso vertreten wie spezifischere und experimentellere Genres. Neben renommierten Mittelbühnen wie Schauspielhaus Wien und Garage X gastierten auch etliche Freie Gruppen (Teatro Capriolo), Figurentheater-Ensembles (Schubert Theater, Karin Schäfer Figurentheater), Straßentheatergruppen (Irrwisch), Performance-Ensembles (God's Entertainment, Superamas) und experimentell arbeitende Improvisations- und Performance-Gruppen (Ad Hoc Theater, Verein Cocon) im Ausland.

Im Bereich des Schwerpunktes **„Tanz“** wurden Auftritte von ChoreographInnen und TänzerInnen bzw. Tanzkompagnien aus Österreich bei Festivals und im Rahmen von Workshops im Ausland unterstützt. Eine wichtige Rolle spielte wiederum das innovative Förderprogramm INTPA (international network for dance & performance austria), eine Kooperation von Tanzquartier Wien, BKA und BMELN. Im Ausland traten u.a. auf: Maria Anwander, Walter Baco, Gina Ballistic, Editia Braun Company, Cieľlaroque, Willi Dörner, tanz company gervasi, Chris Haring, An Kaler, Tamara Kronheim, KUK, Aline Kristin Mohl, das Salzburger Landestheater-Ballett, Jasmin Schaitl, Christian Ubl, Rosalie Wankl und Tom Zabel.

Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

Im **Filmbereich** wurden neben der Unterstützung der Teilnahme österreichischer Filme bei europäischen und internationalen Filmfestivals eine Reihe österreichischer Filmwochen oder Filmtage von den Vertretungsbehörden und Kulturforen initiiert. Die seit dem Jahr 2011 bestehende Kooperation mit der Ars Electronica Linz im Bereich des Animationsfilmes wurde aufgrund des ungebrochen großen Interesses fortgesetzt; bisher fanden Veranstaltungen in 29 Ländern statt. Die Kooperation mit der Akademie des Österreichischen Films im Bereich des Kurzfilmes wurde ebenfalls verlängert. Seit dem Jahr 2013 werden ausgewählte Filme als „Österreichische Kurzfilmschau“ durch das Auslandskulturnetzwerk des BMEIA im Ausland präsentiert. Bisher erfolgten 86 Präsentationen in 18 Ländern. Durch die „Österreichische Kurzfilmschau“ konnten bei zahlreichen Veranstaltungen Österreich-Schwerpunkte gesetzt und vor allem jungen Filmschaffenden eine Plattform geboten werden. Die Einbindung der Österreich-LektorInnen im Ausland in das Programm der „Österreichischen Kurzfilmschau“ führte eine Ausweitung der Kurzfilmvorführungen – mit ausgezeichneter Resonanz – in den internationalen Schul- und Universitätsbereich herbei. Die Kooperation wird aufgrund des großen positiven Echos auch im kommenden Jahr fortgesetzt. In Kooperation mit dem Internationalen Filmfestival „Tricky Women“ in Wien, dem weltweit einzigen Filmfestival, das sich ausschließlich dem Animationsfilmschaffen von Frauen widmet, wurde eine Reihe ausgewählter Animationsfilme österreichischer Künstlerinnen in 11 Ländern präsentiert. Das Programm stellt eine Möglichkeit dar, auch im Filmbereich zu einem möglichst ausgewogenen Geschlechterverhältnis beizutragen bzw. bewusste Akzente in diese Richtung zu setzen.

Österreich ist seit 2010 Mitglied des erweiterten Teilabkommens des EurK für **Europäische Kulturstraßen**. Die EK, der EurK, das EP und die Mitgliedstaaten haben sich darauf verständigt, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusindustrie die Kulturstraßen in der EU sowie deren nachhaltige Entwicklung und Qualitätsorientierung zu fördern.

Im April wurde die Via Habsburg vom Europarat mit dem **Zertifikat für europäische Kulturrouten** ausgezeichnet. Die offizielle Übergabe der Auszeichnung fand am 29. September in der Hofburg in Innsbruck statt. Neben den Mozartwegen, der Transromanica und der Europäischen Friedhofsrouten ist die Via Habsburg die vierte durch Österreich führende zertifizierte Kulturstraße.

14.2. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

Das Ende September 2013 bei den österreichisch-rumänischen Kulturverhandlungen in Bukarest erstellte kulturelle Arbeitsprogramm wurde am 10. Februar von Bundesminister Sebastian Kurz und Außenminister Titus Corlăţean am Rande des Rates der EU -Außenminister in Brüssel unterzeichnet.

Am 23. und 24. April tagte die erste österreichisch-albanische Gemischte Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Tirana. Die Kommission beschloss das erste gemeinsame Arbeitsprogramm und einigte sich auf die Durchführung der Projektausschreibung von Ende Mai bis Ende September. Die vereinbarte gemeinsame Auswahl Sitzung fand am 5. Dezember in Wien statt. Für die nächsten zwei Jahre wurden insgesamt zehn gemeinsame Forschungsprojekte, darunter wissenschaftliche Umweltprojekte, ausgewählt.

Bundesminister Reinhold Mitterlehner und der israelische Botschafter Zvi Heifetz unterzeichneten am 1. Oktober im Beisein des Präsidenten der Knesset, Yuli-Yoel Edelstein, ein Abkommen über die Koproduktion von Filmen zwischen Österreich und Israel.

Zum sechsten Mal fanden am 9. Oktober in Wien die österreichisch-türkischen Kulturgespräche statt.

Bei der 13. Tagung der Österreichisch-Ungarischen Kulturkommission am 1. Dezember in Budapest wurde ein neues kulturelles Arbeitsprogramm für die Jahre 2015–2017 beschlossen, das neben einer großen Bandbreite an gemeinsamen Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Sprache, Kultur, Kunst, Jugend und Sport erstmals die Zusammenarbeit in Frauenangelegenheiten und Gleichstellung umfasst und den Austausch von ExpertInnen, insbesondere im Bereich Gewalt an Frauen, vorsieht. Weiters wurde die Fortführung der erfolgreichen „Aktion Österreich-Ungarn, Wissenschafts- und Erziehungskooperation“ für den Zeitraum 2015–2017 und deren neues Arbeitsprogramm beschlossen. Die Aktion soll durch ihre Tätigkeiten den Austausch von Studierenden, Graduierten, WissenschaftlerInnen und Lehrkräften an Universitäten, Hochschulen und an Fachhochschul-Studiengängen unterstützen und ausweiten. Auch die Durchführung weiterer gemeinsamer wissenschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Bildungsprogramme und Veranstaltungen soll ermöglicht und gefördert werden.

Am 10. Dezember fand in Podgorica die dritte Tagung der österreichisch-montenegrinischen Gemischten Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Die Kommission nahm das Arbeitsprogramm für die Jahre 2015–2016 an und wählte insgesamt acht wissenschaftliche Kooperationsprojekte aus.

Kulturabkommen dienen als wichtige Instrumente zur grenzüberschreitenden und internationalen Kulturvermittlung, weshalb das Interesse am Abschluss neuer bilateraler Kulturabkommen nach wie vor groß ist. Derzeit wird mit Brasilien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo und der Ukraine verhandelt. Mit Bulgarien konnten die Verhandlungen über ein neues Kulturabkommen nach knapp zweijähriger Dauer abgeschlossen werden.

Die Unterstützung und Förderung gemeinsamer Forschungsprojekte ist das Ziel wissenschaftlich-technischer bzw. technologischer Vereinbarungen. Zur Ermöglichung internationaler Forschungsvorhaben werden derzeit Verhand-

Österreich-Bibliotheken

lungen mit Brasilien und Bosnien und Herzegowina über den Abschluss bilateraler wissenschaftlich-technologischer Abkommen geführt.

14.3. Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland sind nach einer rund 20-jährigen Entwicklung etablierte Plattformen des interkulturellen Dialogs, die seit 1989 einen besonderen Beitrag zur Überwindung der geistigen Ost-West-Teilung Europas leisten. Schwerpunktmäßig befinden sie sich in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, weiters auch in der Schwarzmeer-Region, im Kaukasus und in Zentralasien.

Durch die institutionelle Anbindung an Universitäten und Nationalbibliotheken werden sie von Studierenden und Lehrenden aus dem wissenschaftlichen Bereich wie auch von der breiten Öffentlichkeit besucht. Neben ihrer Eigenschaft als Österreichs Wissenschaftssatelliten im Ausland entwickeln sie sich zusehends zu Informations- und Kulturzentren, die in Kooperation mit den österreichischen Kulturforen und Botschaften kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen. Sie bilden einen unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Auslandskulturpolitik, die nicht nur im mitteleuropäischen Rahmen hinsichtlich der Breite und Mannigfaltigkeit zur Vermittlung und Förderung von österreichischer Kultur und Geisteswissenschaft im Ausland wesentliche und nachhaltige Akzente setzen.

Zum Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählen derzeit 64 Bibliotheken in 28 Ländern. Diese führen neben dem klassischen Bibliotheksbetrieb rund 1.000 Veranstaltungen mit über 130.000 BesucherInnen pro Jahr durch. Mehr als 135.000 Personen frequentierten 2014 die Österreich-Bibliotheken, deren Bestände auf rund 411.000 Bücher, über 5.500 Tonträger, 2.414 CD-Roms und 5.070 DVDs angewachsen sind. Alle Österreich-Bibliotheken sind mit W-Lan ausgestattet.

Die über das Web-Portal der Österreich-Bibliotheken www.oesterreich-bibliotheken.at zugängliche Datenbank der österreichischen Literatur in Übersetzungen (Auslands-Austriaca) umfasst bereits 20.133 Titel zuzüglich jener in externen Datenbanken in Japan, Russland und Italien. Die im Umfeld von Österreich-Bibliotheken entstandenen Übersetzungen werden vielfach mit Übersetzerprämien des BKA und Auszeichnungen im Gastland bedacht.

Die Österreich-Bibliotheken an den Auslandsgermanistikinstituten werden meist von den LektorInnen des Österreichischen Austauschdiensts (OeAD) mitbetreut, die als VernetzerInnen österreichischer Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsarbeit von den LeiterInnen der Österreich-Bibliotheken besonders geschätzt werden. An Standorten mit Österreich-Bibliotheken wird auch das Österreichische Sprachdiplom (ÖSD) vorbereitet, geprüft und vergeben.

In langjähriger Kooperation mit dem Referat „Kultur und Sprache“ im BMBWF werden an ausgewählten Veranstaltungsorten im Ausland und in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen Österreich-Tage zu speziellen Österreicherthemen abgehalten. Programmgestaltung und Organisation erfolgen gemeinsam durch „Kultur und Sprache“ und die lokalen Kooperationspartner. Die Kurzseminare dienen der Deutschlehrerfortbildung im Ausland.

Österreich-Bibliotheken sind Kulturveranstalter, Sprachvermittler und Vermittler der vielfältigen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im bilateralen und multilateralen Kontext. Ein wichtiges Anliegen des BMEIA ist die Vernetzung der Österreich-Bibliotheken, was durch regelmäßige Treffen gefördert wird.

Publikationen, die im Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland entstehen, werden seit 2009 in der Reihe „Transkulturelle Forschungen an den Österreich-Bibliotheken im Ausland“ im LIT-Verlag veröffentlicht. Ein prominent besetztes österreichisches Herausgebergremium betreut diese Wissenschaftsreihe; als deren Band 10 erschien Bianca Bican (Cluj-Napoca/Klausenburg): „Deutschsprachige kulturelle Presse Transsilvaniens. Einblicke in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und in die Zwischenkriegszeit“.

In der von Rudolf Agstner (Wien) herausgegebenen Reihe „Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes“ erschienen im LIT-Verlag als Band 9 „Die Hitze ist hier wieder kolossal...“ Das Kaisers Diplomaten und Konsuln auf Reisen. Reiseschilderungen 1808 - 1918“ und als Band 10 „1915/1916 - Das etwas andere Lesebuch zum 1. Weltkrieg. Heinrich Winkler. Tagebuch“.

Die Österreich-Bibliotheken beteiligten sich neuerlich an der Kampagne „Österreich liest. Treffpunkt Bibliothek“, die mehr als eine halbe Million BesucherInnen im In- und Ausland verzeichnen konnte und von den Mitveranstaltern im Ausland besonders nachgefragt und geschätzt wird.

Im September fanden im Rahmen der vierten grenzüberschreitenden Tagungsreihe der LeiterInnen, wissenschaftlichen BetreuerInnen und MitarbeiterInnen von Österreich-Bibliotheken im Ausland an Standorten mit Österreich-Bibliotheken in České Budějovice (Budweis) und Brno (Brünn) sowie am ÖKF Prag in Kooperation mit der Karls-Universität Prag Symposien zum Thema „Frieden und Krieg im mitteleuropäischen Raum. Historisches Gedächtnis und literarische Reflexion“ statt. Die wissenschaftlichen Tagungen boten die Gelegenheit, sich mit dem Kulturraum der historischen Länder der Böhmisches Krone auseinanderzusetzen. Die Reise stand auch im Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren.

Mit Festveranstaltungen, Symposien, Vortragsreihen, Ausstellungen und Konzerten wurden die 20-jährigen Bestandsjubiläen der Österreich-Bibliotheken, u.a. in Vilnius, begangen.

Mit der Eröffnung der 63. Österreich-Bibliothek durch Wiens Bürgermeister Michael Häupl an der I. B. Purkyně-Universität in Ústí nad Labem (Aussig an

Wissenschaft, Bildung und Sprache

der Elbe) am 3. April verstärkte Österreich seine kulturelle Präsenz in der Tschechischen Republik. Die Gründung erfolgte auf langjährigem Wunsch des Lehrstuhls für Germanistik der Universität. Die wertvolle Erweiterung des dort vorhandenen Austriaca-Bestandes wurde durch eine großzügige Spende der Österreichisch-Tschechischen Gesellschaft ermöglicht.

Die Bibliothek des ÖKF Budapest an der Andrássy-Universität Budapest wurde am 11. November in Anwesenheit des Leiters der kulturpolitischen Sektion im BMELN, Martin Eichtinger, in das Netz der Österreich-Bibliotheken im Ausland eingegliedert. Als nunmehr 64. Österreich-Bibliothek trägt sie zu Ehren des Romanciers, Herausgebers literarischer Zeitschriften und Visionärs eines geistigen Mitteleuropas den Namen György Sebestyén. Sie kooperiert fachlich und wissenschaftlich eng mit der Germanistischen Fakultät der Eötvös Loránd Universität (ELTE).

Neben den Österreich-Bibliotheken im Ausland wurden Buchspenden an germanistische und sozialwissenschaftliche Institute an Universitäten in aller Welt, insbesondere mit Schwerpunkt zur österreichischen Geisteswissenschaft übergeben, unter anderem in Brasilien, Chile, Finnland, Israel, Polen und Südafrika.

14.4. Wissenschaft, Bildung und Sprache

14.4.1. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland

Diese Einrichtungen an Universitäten, vor allem in Europa und Nordamerika sowie in Israel, haben die Aufgabe, im akademischen Leben des Gastlandes die **Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen** zu initiieren, zu vertiefen und zu betreiben sowie wissenschaftliches Arbeiten samt Publikationen im jeweiligen Themenbereich anzuregen. Regelmäßige Kooperationen der Lehrstühle und Studienzentren mit Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen tragen zur Erfüllung dieser Aufgaben maßgeblich bei.

14.4.2. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich

Die Betreuung von Stipendiatinnen und der Administration verschiedener Mobilitätsprogramme wie Erasmus+ und bilateraler Stipendienprogramme, Programme der Entwicklungszusammenarbeit sowie der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erfolgt durch die **OeAD-GmbH**. Diese fungiert als Partner des BMELN, welches in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information sowohl für die Vertretungsbehörden im Ausland als auch für die ausländischen Vertretungen in Österreich übernimmt.

14.4.3. Offices of Science and Technology Austria (OSTA)

Die Offices of Science and Technology Austria (OSTA) in Washington D.C. und in Peking vermarkten den Technologiestandort Österreich und sind die erste Adresse für den Ausbau der österreichischen Beziehungen zu den USA und Kanada bzw. China auf dem Gebiet der Forschung und Technologieentwicklung. Diese Büros sind als strategische Schnittstellen und Informationsdrehscheiben in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Hochschul- sowie Technologiepolitik konzipiert. Die OSTAs arbeiten in enger Kooperation mit den österreichischen Ministerien und Forschungseinrichtungen und ihren zugeordneten Forschungs-, Wissenschafts- und Technologieorganisationen (wie z. B. Austrian Institute of Technology, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft, Austria Wirtschaftsservice, Wissenschaftsfonds, Österreichischer Austauschdienst, AustriaTech) sowie den Außenstellen der Wirtschaftskammer.

14.4.4. Sprache

Die **Österreich-Institut GmbH** zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und Förderung des Deutschunterrichts im Ausland und zur Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen wurde 1997 gegründet, um die für die österreichische Auslandskulturpolitik wichtigen, bis dahin an den Österreichischen Kulturinstituten angebotenen Deutschkurse eigenverantwortlich weiterzuentwickeln. Die Zentrale befindet sich in Wien. Österreich-Institute bestehen in Belgrad, Breslau, Brünn, Budapest, Krakau, Pressburg, Rom und Warschau. Alle Österreich-Institute verstehen sich als Zentren zur Förderung des Studiums und der Pflege der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung.

14.4.5. Bildungsnetzwerke und Auslandsschulen

Derzeit gibt es acht **Österreichische Auslandsschulen**: zwei in Budapest, je eine in Prag, Istanbul, Guatemala City, Shkodra, Querétaro und Liechtenstein. Diese Schulstandorte sind aufgrund historischer, wirtschaftspolitischer und kulturpolitischer Überlegungen entstanden. An diesen Schulen gilt der österreichische Lehrplan in Kombination mit curricularen Adaptierungen an das jeweilige Gastland.

Durch die Projektarbeit der **Beaufragten für Bildungskooperation des BMBF** werden des Weiteren einschlägige Reformen in Ost- und Südosteuropa unterstützt.

Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union

14.5. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich legte weiterhin besonderes Augenmerk auf die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas zur Festigung seiner Rolle als Standort der Hochtechnologie und beteiligte sich an Programmen wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (**COST**) in Brüssel, der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) in Genf, der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (**EUMETSAT**) in Darmstadt. In diesen Organisationen wird Österreich durch das BMEIA gemeinsam mit dem BMVIT bzw. dem BMWFW vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (**EMBC**) in Heidelberg, beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (**IIASA**) in Laxenburg, beim Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (**ECMWF**) in Reading (Großbritannien) sowie beim Europäischen Institut für Weltraumpolitik (**ESPI**) in Wien wahrgenommen.

Besondere Bedeutung kommt der Förderung der Vernetzung der Aktivitäten der internationalen wissenschaftlichen Institutionen mit Sitz in Österreich zu. Österreich ist seit 1971 Mitglied von **COST**, dessen 35 Mitgliedstaaten (sowie Israel als Kooperationsstaat) wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorwettbewerblichen Forschung fördern. Schwerpunktsetzungen liegen in naturwissenschaftlichen Bereichen wie Chemie, Nanowissenschaften und interdisziplinärer Forschung. Österreich ist die Förderung der Drittstaatenbeteiligung ein spezielles Anliegen, die Beteiligung von WissenschaftlerInnen der westlichen Balkanländer wurde durch die Finanzierung eines eigenen COST-Fonds ermöglicht. Österreich wirkt in der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) mit, deren Konvention eine selektive Beteiligung an ESA-Programmen mit garantiertem Investitionsrückfluss ermöglicht. Diese ESA-Programmbeteiligungen sind ein guter Ausgangspunkt für anwendungsorientierte industrielle Serienproduktionen. So ist Österreich über ESA am Bau des Europäischen Navigations- und Ortungssystems **GALILEO** und am künftigen europäischen satellitengestützten Globalen Umwelt- und Sicherheitssystem (**GMES**) beteiligt.

14.6. Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union

Kulturpolitik ist gemäß Artikel 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (**AEUV**) ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Der EU kommt lediglich eine unterstützende und koordinierende Rolle zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in diesem Bereich zu.

In den EU-Außenbeziehungen wurde die Kultur als zentrales Element erstmals in der Kulturagenda 2007 anerkannt. Hier wurden der Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt sowie der interkulturelle Dialog als Prioritäten festgelegt. Seither hat sich Österreich immer wieder, auch in den letzten Monaten bei den Verhandlungen für den neuen EU-Arbeitsplan für Kultur (2015–2018), für die strategische Einbeziehung von Kultur in den EU-Außenbeziehungen stark gemacht. Die von der EU in Auftrag gegebene „Vorbereitende Maßnahme zur Kultur in den Außenbeziehungen der EU“, die im Sommer fertiggestellt wurde, erhob in Form einer Studie in 54 Ländern sowie eines Abschlussberichts das Potential einer europäischen Kulturpolitik in Drittstaaten.

Der Doppelrolle der Kultur in der EU entsprechend, wirkt die österreichische Auslandskultur daher an EU-Kulturinitiativen mit, die ein gemeinsames EU-Bewusstsein stärken. Dabei arbeiten österreichische Vertretungsbehörden eng mit den Vertretungen der anderen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen zusammen.

14 der 31 österreichischen Kulturforen und Kooperationsbüros, 38 der 64 Österreich-Bibliotheken und sieben der acht Österreich-Institute weltweit sind in der EU tätig. Sie engagieren sich für kulturellen Austausch, die Förderung der europäischen Mehrsprachigkeit, v.a. der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung innerhalb der EU und unterstützen die Karrierechancen österreichischer KünstlerInnen auf dem für diese besonders wichtigen europäischen Kunst- und Kulturmarkt.

Eine weitere Form der europäischen Kulturkooperation stellt das Netzwerk der Nationalen Europäischen Kulturinstitute (**EUNIC**) dar. EUNIC wurde 2006 als informelles Netzwerk gegründet und 2011 als statutenmäßiger Verein konstituiert. Ihm gehören derzeit 33 europäische Kulturinstitute an. Weltweit haben sich bereits 94 sogenannte EUNIC-Cluster als Kooperationsnetzwerke der lokalen EU-Kulturinstitute formiert. In vier der Cluster führen österreichische Kulturforen bzw. Botschaften den Vorsitz. Im August gelang es dem EUNIC-Netzwerk, einen Zuschlag für das Projekt „Crossroads for Culture“ aus dem Creative Europe Programm der EU zu erhalten.

14.7. Interkultureller und Interreligiöser Dialog

Religiöse Intoleranz, Radikalisierung und fundamentalistischer Extremismus scheinen immer mehr Konflikte zu prägen, die mit großer Brutalität geführt werden. Insofern verstärkt Österreich seine Bemühungen um die Förderung der Werte der Toleranz und des Zusammenlebens innerhalb und zwischen den verschiedenen Religionen und setzt klare Maßnahmen gegen Ausgrenzung, Extremismus, Aufwiegelung und der Verbreitung von Hass und Gewalt. Österreich führt den **Dialog zwischen und mit den großen Weltreligionen** bereits erfolgreich seit den 80er Jahren. Dialogwerkzeuge werden dabei kontinuierlich weiter entwickelt. Die Dialog-Strategien des BMEIA

Interkultureller und Interreligiöser Dialog

widmen sich Themen im Spannungsfeld von Migration und Integration ebenso wie den zentralen politischen Herausforderungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Einhaltung der Grund- und Menschenrechte sowie der Förderung gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt. Dialog ist damit ein wichtiges Instrument für „Diversity Management“ und für nachhaltige Konfliktprävention und Konfliktlösung.

Österreich ist an einem umfassenden **Dialog mit dem Islam** interessiert, vor allem an der Entwicklung eines europäisch geprägten Islams. Dafür sind die Erfahrungen auf dem Westbalkan besonders wertvoll. Das wissenschaftliche Programm mit den Ländern des Westbalkans wird kontinuierlich fortgesetzt. In den Dialogaktivitäten mit muslimisch geprägten Gesellschaften vornehmlich in Asien, der arabischen Welt und der Türkei wird großes Augenmerk auf die verstärkte Einbindung von Frauen, ihre gesellschaftliche und politische Partizipation sowie die Einbeziehung von Jugendlichen gelegt.

Auf multilateraler Ebene nahm das BMELA am **6. Globalforum der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC)** auf Bali (29. bis 30. August) zum Thema „Gemeinsam in Vielfalt: Vielfalt feiern für gemeinsame und geteilte Werte“ teil.

Zum fünften Mal fanden **landeskundliche Schulungen für Imame** (5. bis 10. April) und ehrenamtliche **Frauenbeauftragte** in österreichischen Moscheevereinen (26. September bis 3. Oktober), ebenso wie Vertiefungsschulungen statt. Diese werden in Kooperation mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich organisiert, deren Präsident Fuat Sanac an der Abschlussveranstaltung und Urkundenverleihung am 5. Dezember teilnahm.

Das 2012 in Wien eröffnete **Internationale König Abdullah Bin Abdulaziz Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog (KAICIID)** widmete sich insbesondere dem Problem von Gewalt im Namen von Religion. Das Dialogzentrum brachte seine Expertise im Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik ein und veranstaltete vom 18. bis 19. November ein Symposium zur Problematik des Missbrauchs von Religion durch terroristische Gruppen in Syrien und im Irak.

Mit dem Zentrum soll dem Dialog von VertreterInnen von Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen eine dauerhafte Plattform gegeben werden. Durch Konferenzen, Seminare und Fortbildungsprojekte sollen Kommunikation, Verständigung, aber auch konkrete Kooperationen zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Zugehörigkeit entstehen bzw. unterstützt werden. Das Zentrum ist der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der VN und der Förderung und Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte verpflichtet.

14.8. International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) und Fragen der NS-Vergangenheit

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), eine internationale Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin, wurde als Task Force für Internationale Zusammenarbeit für Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust (ITF) 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Ihr Ziel ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu fördern. Sie kann dabei auf namhafte internationale wissenschaftliche ExpertInnen zurückgreifen. Mit ihrem Ausschuss zur Bekämpfung von Antisemitismus und Holocaustleugnung und der zusätzlichen Schwerpunktsetzung Roma kommt die IHRA aktuellen Entwicklungen nach. Die Einflussdiplomatie gegen Revisionismus sowohl des (seit März von Großbritannien innegehabten) Vorsitzes als auch der 31 Mitgliedstaaten nimmt weiter an Bedeutung zu.

Österreich wurde im Jahr 2001 in die ITF aufgenommen, hatte im Gedenkjahr 2008 den Vorsitz inne und zählt seither innerhalb der Allianz zu deren zentralen Akteuren. Die österreichische Delegationsleitung wird vom BMEIA und dem Nationalfonds der Republik Österreich wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen wirken sowohl österreichische RegierungsvertreterInnen als auch ExpertInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Nationalfonds, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, der Organisation „_erinnern.at_“ sowie des Vereins Gedenkdienst mit. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der IHRA hohes Ansehen.

14.9. Zukunftsfonds

Der Zukunftsfonds der Republik Österreich wurde Ende 2005 als ein verzehrender Fonds aus Restmitteln des im Jahr 2000 errichteten und mit 31. Dezember 2005 geschlossenen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds) geschaffen. Seine Aufgabe umfasst die Förderung von Projekten, die den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen und zu einer Förderung der Achtung der Menschenrechte und der gegenseitigen Toleranz auf diesen Gebieten beitragen, sowie die Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten über diese Themen. Die ihm gleichfalls übertragene Verwaltung von Restmitteln und der Restabwicklung der Leistungserbringung des Versöhnungsfonds ist mit Jahresende 2010 ausgelaufen.

Das BMEIA leistet dem Zukunftsfonds technische und administrative Unterstützung. Darüber hinaus besteht bei zahlreichen der vom Zukunftsfonds

Zukunftsfonds

geförderten internationalen Projekte eine enge Zusammenarbeit mit dem BMEIA und den einzelnen Vertretungsbehörden, wie insbesondere bei der Neugestaltung der Ausstellung in der österreichischen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, bei der Bildungsinitiative zu den Themen Holocaust und Völkermord-Prävention des Salzburg Global Seminar, und beim 2014 erstmals vergebenen Intercultural Achievement Award (IAA). Weitere Zusammenarbeit bestand im Berichtszeitraum beim von der Diplomatischen Akademie veranstalteten Ausbildungs-/Trainingskurs für Master StudentInnen aus Israel, Palästina und Jordanien, bei Kulturprojekten mit Holocaust-Bezug in Johannesburg und in Zagreb sowie im Rahmen eines UNESCO-Forschungsprojekts zu Holocaust-Education. Die in Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie veranstalteten Werkstattgespräche zur Präsentation ausgewählter, vom Zukunftsfonds geförderter Projekte wurden fortgesetzt.

15. Integration

15.1. Einleitung

Mit der am 1. März in Kraft getretenen Bundesministeriengesetz-Novelle 2014 fand das Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund erstmals Eingang ins Bundesministeriengesetz und kam zum Wirkungsbereich des BMFLA hinzu.

15.2. Zielsetzungen und Schlüssel zur gelungenen Integration

Der von der Bundesregierung im Jahr 2009 mit allen zentralen Anspruchsgruppen erarbeitete Nationale Aktionsplan für Integration (NAPI) wurde im Jänner 2010 beschlossen. Er zielt auf Integration durch Partizipation an wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Prozessen sowie die Einhaltung der damit verbundenen Pflichten ab und enthält dafür einen ausführlichen Katalog an allgemeinen integrationspolitischen Leitlinien, Herausforderungen und Zielen. Der NAPI gliedert sich in die sieben Handlungsfelder Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, Interkultureller Dialog, Sport und Freizeit, sowie Wohnen und die regionale Dimension der Integration, mit jeweils definierten Herausforderungen, Grundsätzen und Zielen (siehe Kapitel 15.4).

Die Zielgruppen des Nationalen Aktionsplans für Integration sind die Gesamtgesellschaft, ausländische StaatsbürgerInnen, die dauerhaft in Österreich wiedergelassen sind, österreichische StaatsbürgerInnen, die im Ausland geboren wurden, sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die dauerhaft in Österreich wiedergelassen sind bzw. bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, aber deren Eltern im Ausland geboren wurden.

Dabei bedeutet der neue Zugang „Integration durch Leistung“, dass Menschen nicht nach ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion beurteilt werden sollen, sondern danach, was sie für Österreich beitragen wollen. Es gilt, diese Leistung einzufördern, zu ermöglichen und anzuerkennen. Wesentlich dabei ist das klare Vermitteln österreichischer Werte – sie und die deutsche Sprache stellen die Basis für unser Zusammenleben in Österreich dar. Gleichzeitig gilt es, die richtigen Rahmenbedingungen für Integration zu schaffen, denn Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der bei der Mehrheitsbevölkerung Vorurteile abzubauen hilft und der bei den Zuwanderern Motivation und Zuversicht schafft, das jeweils individuelle Ziel in Österreich zu erreichen.

15.2.1. Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2013–2018

Integration konnte im Regierungsprogramm der aktuellen Legislaturperiode fest verankert werden: so wurden etwa Themen wie die Anerkennung von

Thematische Schwerpunkte 2014

im Ausland erworbenen Qualifikationen, die qualifizierte Zuwanderung und die Willkommenskultur, sowie die verbesserte Sprachförderung in den Vordergrund gerückt und werden umgesetzt.

15.3. Integrationsgremien

15.3.1. Integrationsbeirat

Im Integrationsbeirat, der in § 18 des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes (NAG) verankert ist, sind RepräsentantInnen von Bund, Ländern, Sozialpartnern und Interessensvertretungen sowie NGOs vertreten. Der Beirat tritt zweimal pro Jahr zusammen und dient der kompetenzübergreifenden Vernetzung und Abstimmung. Damit trägt er der Tatsache Rechnung, dass die Querschnittsmaterie Integration viele verschiedene Akteure des öffentlichen Lebens betrifft. Diskutiert wird über den Fortschritt und die Umsetzung der Ziele des Nationalen Aktionsplans für Integration. Im Jahr 2014 wurden unter anderem die Themen „50 Jahre Anwerbeabkommen Österreich – Türkei“, Diversität in der öffentlichen Verwaltung sowie Maßnahmen gegen Radikalisierung sowie Prävention thematisiert.

Die Integrationsmaßnahmen und -projekte der Mitglieder des Integrationsbeirats werden, als Teil des jährlichen Integrationsberichtes, in der Online-Datenbank „Integrationsprojekte in Österreich“ gesammelt. Die Datenbank ist unter www.bmeia.gv.at/integration/datenbank-integrationsprojekte/ abrufbar.

15.3.2. Expertenrat für Integration

Der unabhängige Expertenrat für Integration besteht aus 16 ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis unter dem Vorsitz von Prof. Heinz Faßmann. Der aus ursprünglich 14 ExpertInnen bestehende Rat wurde im Frühjahr erweitert, um den Entwicklungen im Bereich der Strategie „Integration von Anfang an“ Rechnung zu tragen (siehe Kapitel 15.4.1.). Der Rat ist das Kompetenzzentrum für Integrationsthemen und berät zu Fragen und Herausforderungen des Integrationsprozesses. Im Jahr 2014 fanden insgesamt acht Sitzungen statt. Eine Hauptaufgabe des Expertenrates ist die Erstellung des jährlichen Integrationsberichtes, der diesmal insbesondere Handlungsempfehlungen für die Integrationsvorhaben des aktuellen Regierungsprogrammes enthält.

15.4. Thematische Schwerpunkte 2014 – Bilanz

15.4.1. Integration von Anfang an

Ein frühzeitig ansetzender Integrationsprozess, möglichst noch im Herkunftsland, ist ein Eckstein für erfolgreiche Integration. Um diesen Prozess

gut steuern und begleiten zu können, wurde 2013 die erste Integrationsbeauftragte an die Österreichische Botschaft in Ankara entsandt. Ursprünglich als Pilotprojekt konzipiert, konnte das erfolgreiche Modell der Integrationsbeauftragten nun um einen weiteren Standort ergänzt werden: seit Oktober werden auch ZuwanderInnen in Serbien von einer Integrationsbeauftragten beraten. Im Rahmen dieser Maßnahmen gibt es eine intensive Abstimmung mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) und den Österreich-Instituten (ÖI). Der österreichische Zugang zu Vorintegrationsmaßnahmen wird europaweit als Best-Practice-Modell bewertet.

Ebenso entscheidend für Integration in Österreich ist die gelebte Willkommenskultur den ZuwanderInnen gegenüber. Um eine positive und wertschätzende Haltung auch in österreichischen Institutionen, allen voran Niederlassungs- und Aufenthaltsbehörden, zu verankern, startete das BMELA einen umfassenden Prozess mit den Pilotbundesländern Niederösterreich und Steiermark. Erarbeitet wurde, wie Willkommenskultur im praktischen Alltag einer Behörde gelebt werden kann.

15.4.2. Sprache und Bildung

Ziel der 2012 zwischen dem Bund und den Bundesländern abgeschlossenen Vereinbarung nach Art. 15a B-VG war es, im Zeitraum 2012 bis 2014, drei- bis sechsjährige Kinder, die institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen besuchen, so zu fördern, dass diese mit Volksschuleintritt „die Unterrichtssprache Deutsch (...) möglichst beherrschen“ (Art. 1). Ein spezieller Fokus wurde dabei insbesondere auf die Förderung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache gelegt.

Der Bund stellte den Ländern für die Umsetzung dieser Vereinbarung insgesamt 15 Millionen Euro zur Verfügung. Voraussetzung war, dass die Bundesländer den Bundesanteil verdoppeln und im Zeitraum 2012 bis 2014 ebenfalls insgesamt 15 Millionen Euro in die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen investieren.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln konnte insbesondere in zusätzliches Förderpersonal wie etwa mobile SprachberaterInnen investiert werden, ebenso in die Durchführung von Sprachstandsfeststellungen, auf deren Grundlage gezielte und individuelle sprachliche Frühförderungen für Kinder mit Förderbedarf umgesetzt wurde, in die Anschaffung von speziellem Lehrmaterial, z. B. zum Errichten einer digitalen Kinderbücherei, sowie in die Weiterbildung des pädagogischen Personals, vor allem in Bezug auf die frühe sprachliche Förderung von Kindern mit nicht-deutscher Erstsprache.

Seit Inkrafttreten der Vereinbarung wurde bei rund **188.300 Kindern**, die eine institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung besuchten, in den Kalenderjahren 2012 bis 2014 **eine Sprachstandsfeststellung durchgeführt**. Dabei wurde bei rund **66.000 Kindern ein sprachlicher Förderbedarf** festgestellt in

Thematische Schwerpunkte 2014

Folge wurden diese Kinder gezielt sprachlich gefördert. Zur Messung des Erfolgs der Vereinbarung wird von den Bundesländern eine Wirkungskennzahl erhoben, welche sich aus der Differenz der Kinder mit Sprachförderbedarf vor, reduziert um die Anzahl der Kinder mit weiterhin bestehendem Sprachförderbedarf nach der sprachlichen Frühförderung errechnet. Diese Wirkungskennzahl wird derzeit ausgewertet und mit dem Evaluationschlussbericht 2014, welcher in der zweiten Jahreshälfte 2015 erstellt wird, veröffentlicht.

Um den weiterhin bestehenden Bedarf an zusätzlicher früher sprachliche Förderung zu decken, wurde ab dem Sommer mit den Bundesländern über eine Verlängerung der Art. 15a B-VG Vereinbarung über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen verhandelt. Die Verlängerung der Vereinbarung beinhaltet eine **Aufstockung der Bundesmittel von bisher 5 Millionen Euro auf 20 Millionen Euro pro Jahr**. Mit diesen zusätzlichen Mitteln soll weiter in die sprachliche Frühförderung investiert werden, damit verstärkt zielgruppenspezifische Projekte umgesetzt, noch mehr Förderpersonal eingestellt und die Kinder bei der Festigung der Unterrichtssprache Deutsch gezielt und individuell unterstützt werden können. Außerdem können mit den zusätzlichen Mitteln flächendeckendere Sprachstandsfeststellungen durchgeführt, und im Bedarfsfall auch der **Entwicklungsstand** jener Kinder, die Sprachförderbedarf aufweisen, gefördert werden. Die Fortsetzung der Vereinbarung soll ab dem Beginn des Kindergartenjahres 2015/16 gelten und wird die kommenden drei Kindergartenjahre umfassen.

15.4.3. Arbeit und Beruf

Der verstärkte Zuzug aus dem EU-Ausland nach Österreich und die damit verbundene Zuwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte unterstreichen die Bedeutung der im NAP.I gesetzten Ziele für dieses Handlungsfeld. Die Teilnahme am Arbeitsmarkt ist ein zentraler Schlüssel zur Integration, weshalb insbesondere Nachqualifizierung, Erwerbstätigkeit von Frauen sowie ausbildungsadäquate Beschäftigung im Fokus der Integrationspolitik liegen.

Rund 30 % der erwerbstätigen Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere Frauen, sind für ihre Tätigkeit überqualifiziert. Daher wurde im Jahr 2014 der Schwerpunkt auf die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen gelegt, um die ausbildungsadäquate Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund zu stärken und zu verbessern. Ausgehend vom Regierungsprogramm, das ein österreichisches Anerkennungsgesetz vorsieht, wurden die Gespräche zu einer solchen rechtlichen Regelung auf Expertenebene und in institutioneller Abstimmung, wie im „Netzwerk Anerkennung“, initiiert. Als begleitende Maßnahme wurde außerdem eine Informationsoffensive, bestehend aus der Neuauflage der Broschüre Anerken-

nungs-ABC sowie dem Relaunch der Webseite www.berufsanerkennung.at eingeleitet.

Auch die Zielgruppe der Hochqualifizierten im Allgemeinen und der internationalen Studierenden im Besonderen wurde verstärkt in den Fokus gerückt, da Österreich qualifizierte Zuwanderung benötigt. Gemeinsam mit WKÖ, BMWFW, U NIKO, ÖIF und ÖAD wurden bei der Veranstaltung „Brain Drain – Brain Gain. Potentiale von internationalen Studierenden für Wirtschaft und Wissenschaft“ am 5. November zahlreiche Maßnahmen diskutiert, wie der Verbleib von StudienabsolventInnen in Österreich verbessert werden kann, und das neue Handbuch „Studieren und Arbeiten in Österreich“ vorgestellt. Dieses Handbuch spricht gezielt die Gruppe der internationalen Studierenden an und soll sie über ihre Möglichkeiten am österreichischen Arbeitsmarkt insbesondere nach Studienabschluss informieren.

15.4.4. Gesundheit und Soziales

Soziale Sicherheit und Gesundheit sind wesentliche Eckpfeiler für eine gelungene Integration. Der NAPI gab aufgrund des demografischen Wandels sowie der steigenden Diversität innerhalb Österreichs als Ziel vor, das Diversitätsbewusstsein innerhalb des Gesundheits- und Sozialsystems zu erhöhen und somit allen einen chancengerechten Zugang und eine optimale Versorgung zu gewährleisten.

Neben strukturellen Veränderungen bedarf es auch auf individueller Ebene einer Stärkung der Gesundheitskompetenz (health literacy) von MigrantInnen.

Um langfristig strukturelle Veränderungen zu erzielen, wurden im Hauptverband und bei den einzelnen österreichischen Sozialversicherungsträgern IntegrationskoordinatorInnen etabliert und eine eigene Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Im Zuge dieser Kooperation gelang es, das Bewusstsein für Zugewanderte als Zielgruppe und AkteurInnen zu stärken und Programme regional zu erweitern. Weiters ist das BMELN aktiv in den breit angelegten bundesweiten Prozess der Rahmen-Gesundheitsziele involviert.

15.4.5. Interkultureller Dialog

Integration ist ein Aufeinanderzugehen von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion oder Kultur. Der interkulturelle Dialog, dessen Erleichterung und Förderung schaffen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Integrationsprozess.

Ein wesentlicher Aspekt des interkulturellen Dialogs ist der interreligiöse Austausch, der weiter intensiviert wurde (siehe Kapitel 14.7.). Gerade am Beginn des Integrationsprozesses stellt Religion für viele Menschen einen wichtigen Anker dar. Religion, begriffen als Teil der Lösung und nicht des

Thematische Schwerpunkte 2014

Problems, bleibt dabei die Handlungsdevise. Die Wertschätzung für die Vielfaltigkeit wurde dabei v.a. in der Begehung und Ausrichtung zahlreicher religiöser Treffen verdeutlicht (u. a. Empfang der fremdsprachigen katholischen und evangelischen Gemeinden, Empfang zu Ramadan und Muharrem, Rosch Haschana-Empfang).

Der am 2. Oktober von Bundesminister Josef Ostermayer und Bundesminister Sebastian Kurz präsentierte Entwurf für ein neues Islamgesetz regelt Rechte und Pflichten für die beiden islamischen Religionsgesellschaften und schafft Rechtssicherheit in vielen Schnittpunkten zwischen Staat und Religion. Die diesbezüglichen Vorarbeiten begannen bereits 2012 im Zuge des „Dialogforum Islam“.

Medien spielen für den interkulturellen Dialog eine wichtige Rolle. Ziel der Integrationsarbeit ist es, Anreize zu schaffen, um die sachkundige Berichterstattung über Integration voranzutreiben. Der „Journalistenpreis Integration“ wurde 2014 zum dritten Mal vergeben. Dieser mit 10.500 Euro dotierte Medienpreis richtet sich an JournalistInnen, die sich den vielfältigen Aspekten von Integration in differenzierter und umfassender Weise widmen. Dabei steht nicht die Wiedergabe von bereits Bekanntem im Vordergrund, sondern ein eigenständiger Zugang zum Thema.

Weiters wurde das Integrationsglossar überarbeitet. Darin finden sich integrationsrelevante Begriffe leicht verständlich aufbereitet. Diese Handreichung für JournalistInnen soll Unklarheiten beseitigen und helfen, undifferenzierte Formulierungen zu vermeiden.

Der Kontakt mit verschiedenen Migrant*innenorganisationen wurde fortgesetzt. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums zur Unterzeichnung des sogenannten Anwerbeabkommens zwischen Österreich und der Türkei wurde der Kontakt mit der türkischen Community intensiviert. So fanden zwei inhaltlich miteinander abgestimmte Symposien in Ankara (15. Mai) und in Wien (16. Juni) statt. Diskutiert wurden insbesondere die Bedeutung des Anwerbeabkommens für die Wirtschaft in Österreich, Migration aus der Türkei damals, heute und in Zukunft, sowie die Entwicklung der türkischen Community in Österreich.

15.4.6. Rechtsstaat und Werte

Der Bezug auf eine gemeinsame Wertegrundlage, die sich rechtsstaatlich primär in der österreichischen Bundesverfassung abbildet bzw. auf dieser fußt, ist für das gedeihliche Zusammenleben aller langfristig in Österreich lebenden Menschen unentbehrlich. Die Kommunikation, die Vergegenwärtigung und der Schutz dieser Werte muss dabei multidisziplinär erfolgen und wurde dementsprechend in diversifizierter Weise vorangetrieben.

In Hinblick auf die im NAP/I vorgesehene Attraktivitätssteigerung der österreichischen Staatsbürgerschaft wurde die erst 2013 neu entwickelte Staatsbürgerschaftsprüfung positiv evaluiert und Verbesserungen vorgenommen.

Neu initiiert wurde mit dem Symposium zum Thema „Identität“ am 10. November ein Prozess mit dem Ziel, sich mit Begriffen wie Heimat, Identität, Stolz etc. differenziert auseinanderzusetzen. Im Rahmen des Symposiums konnte diskutiert werden, welche Rolle „Heimat“ in der Identitätsbildung spielt, um die Ergebnisse in künftige Integrationsmaßnahmen einbringen zu können. Parallel zur vorrangig wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema fiel der Startschuss zu der social media- und Medienkampagne „#stolzdrauf“. Im Rahmen dieser gemeinsamen Initiative des BMFA und des ÖIF äußern sich BürgerInnen und IntegrationsbotschafterInnen von „Zusammen:Österreich“, wie vielfältig Österreich ist und worauf sie als ÖsterreicherInnen – mit und ohne Migrationshintergrund – stolz sind.

Aufgrund der Beteiligung von auch aus Österreich stammenden ausländischen terroristischen Kämpfern an den brutalen Aktivitäten der Terrororganisation des „Islamischen Staats im Irak und in der Levante“, ISIL/Da'esh, seit Ende 2013 rückte auch im Integrationsbereich die Intensivierung der Präventions- und Aufklärungsarbeit gegen Radikalisierung in den Fokus. Am 14. Oktober fand in diesem Zusammenhang ein von Bundesminister Sebastian Kurz, Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner und Bundesminister Wolfgang Brandstetter organisierter Gipfel gegen Hass und Hetze in Wien statt. Die eintägige Konferenz brachte zahlreiche Stakeholder aus Wissenschaft und Praxis mit dem Ziel zusammen, Möglichkeiten aufzuzeigen um Radikalisierungstendenzen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Dschihadismus, mittels logistischer, vor allem aber auch präventiver Maßnahmen sinnvoll entgegenzuwirken. Am 1. Dezember wurde von Bundesminister Sebastian Kurz, Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner und Bundesministerin Sophie Karmasin eine im BMFJ angesiedelte Beratungsstelle Extremismus zur Krisenintervention und Prävention präsentiert. In Zusammenarbeit mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) und dem ÖIF gelangte im November ein Folder zur flächendeckenden Verteilung an Moscheen und Moscheevereinen, der über die Verfehlung der Vereinnahmung des Islam durch den Terrorismus informiert.

15.4.7. Sport und Freizeit

Freizeit und Sport bieten Handlungsräume in denen Begegnung, Interaktion und sozialer Austausch ermöglicht werden. Gemeinsame Aktivitäten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund u. a. in Sportvereinen dienen dem Integrationsprozess und unterstützen die Prävention bzw. den Abbau von Vorurteilen.

Die jährliche Vergabe des Integrationspreises Sport wurde bereits zum zweiten Mal von der (Fach-)Tagung „Integration bewegt“ umrahmt. Der themati-

Thematische Schwerpunkte 2014

sche Schwerpunkt lag auf der Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen und der Nutzung von Medien und Social Media zur Erreichung der MigrantInnen als (neue) Zielgruppe.

15.4.8. Wohnen und die regionale Dimension der Integration

Dem Stellenwert des Themas Integration in Stadt- und Raumordnungspolitik wurde bereits innerhalb des NAPI in den Zielsetzungen zum Handlungsfeld „Wohnen und die regionale Dimension der Integration“ Rechnung getragen. Die Zuwanderungs- und Integrationsprozesse wurden dabei als wichtige Faktoren des Zusammenlebens in Österreich erkannt. Es gilt in Gemeinden und Städten soziale und ethnische Segregation zu vermeiden. Aus diesem Grund lag 2014 ein Schwerpunkt in der Betrachtung der Wohnungsvergabe an MigrantInnen.

Auf Grundlage der Studie „Besiedlungsrechte der Gemeinden“ wurde eine Arbeitsgemeinschaft Vergaberichtlinien gegründet, deren Mitglieder sich aus VertreterInnen der Wohnpartner, der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen sowie anderen ExpertInnen zusammensetzen. Mit der Publikation „Leitfaden für sozial-integrative Wohnungsvergabe“, die sowohl Gemeinden als auch gemeinnützigen Bauvereinigungen bei der Implementierung eines sozial-integrativen Vergabemanagements unterstützen soll, wird der Herausforderung einer ungleich gewichteten Wohnungsvergabe begegnet.

Abseits davon erfolgt eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema Wohnumfeld, die sich in der laufenden Kooperation mit dem Kommunal-Magazin und in der im Sommer abgeschlossenen ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ widerspiegeln. Die Ergebnisse dieser ÖREK-Partnerschaft wurden in einem Abschlussbericht veröffentlicht.

15.4.9. Integrationsförderung

Das BMEIA tritt im Integrationsbereich als Fördergeber auf und unterstützt eine Vielzahl von nachhaltigen und innovativen Integrationsprojekten im Rahmen der nationalen Integrationsförderung sowie mit europäischen Fördermitteln aus dem Bereich Inneres. Die inhaltliche Grundlage für die Integrationspolitik und die nationale Förderstrategie bildet dabei der NAPI.

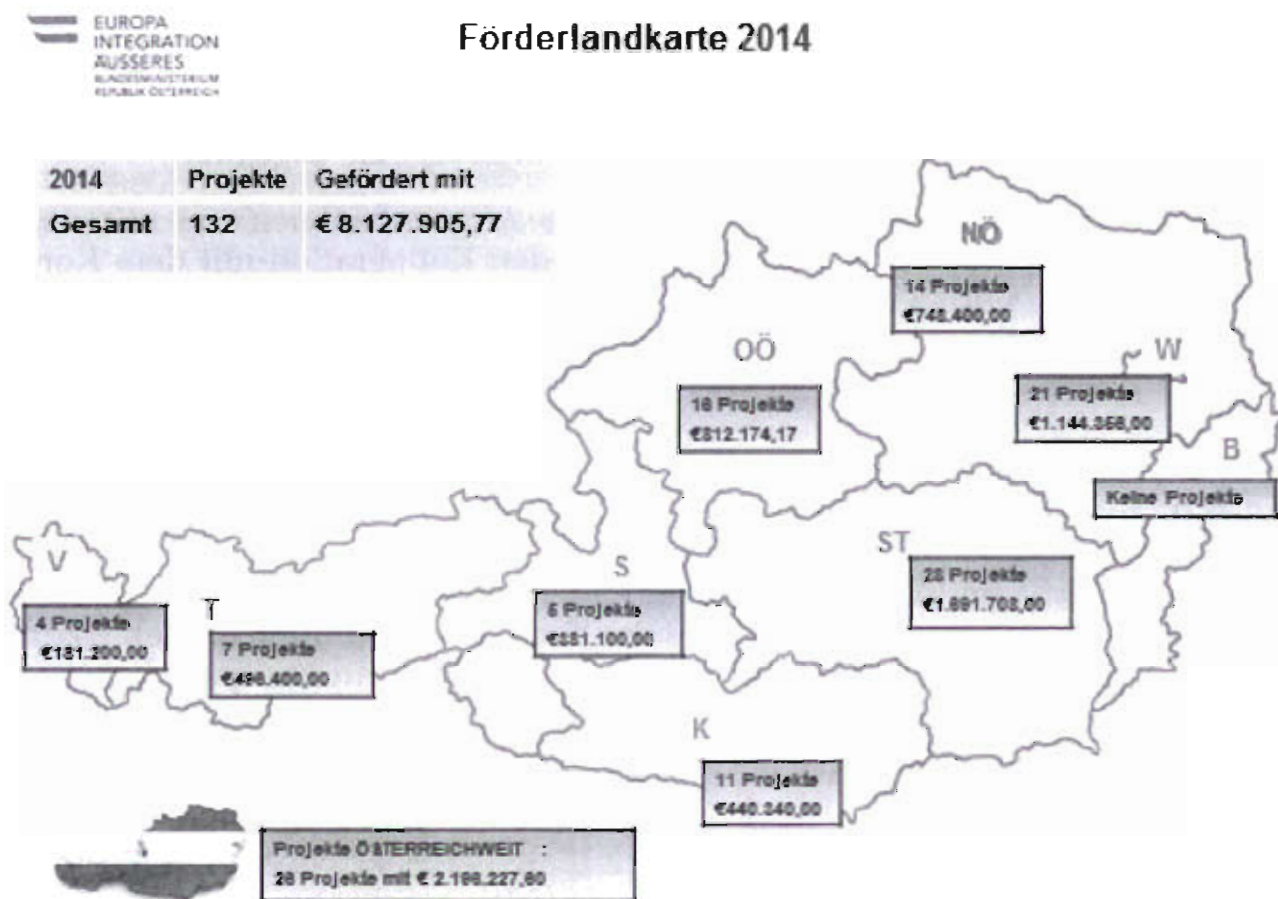
Zielgruppe der nationalen Integrationsförderung sind zugewanderte Drittstaatsangehörige mit längerfristiger Aufenthaltsperspektive, Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, zugewanderte EU-BürgerInnen, österreichische StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund sowie die österreichische Bevölkerung mit nichtdeutscher Muttersprache und Angehörige der Aufnahmegesellschaft. Im Rahmen der Umsetzung des NAPI wurden 2014 insge-

samt 70 nationale Integrationsprojekte mit einer Fördersumme von 3,8 Millionen Euro unterstützt.

Ergänzt wurde die nationale Integrationsförderung 2014 durch Mittel des **Europäischen Integrationsfonds (EIF)**, einem der vier EU-SOLID-Fonds⁵. Die Gesamtdotierung des EIF für den Förderzeitraum 2007–2013 belief sich auf 825 Millionen Euro, wovon Österreich rund 14 Millionen Euro für die Integrationsförderung im Rahmen des EIF erhielt. Zielgruppe des EIF waren ausschließlich Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in Österreich aufhalten.

Für die Abwicklung des EIF war bis Februar das BMI zuständig, seit der Bundesministerien-Gesetz-Novelle 2014 ist das BMEIA Zuständige Behörde für den EIF. Der letzte Projektauftrag im Rahmen des EIF und die letzte Fördermittelvergabe fanden 2013 statt. Die letztmals im EIF ausgewählten 62 Projekte liefen 2014 und wurden mit insgesamt 4,3 Millionen Euro gefördert, wovon rund 3 Millionen Euro aus EU-Mitteln stammen.

2014 wurden vom BMEIA insgesamt 132 Projekte mit rund 8 Millionen Euro gefördert. Entsprechend der **Förderlandkarte 2014** stellt sich die Verteilung dieser Projekte innerhalb Österreichs wie folgt dar:



5) Zu den EU-SOLID-Fonds gehören der Europäische Flüchtlingsfonds (EFF), der Europäische Integrationsfonds (EIF), der Europäische Rückkehrfonds (ERF) und der Europäische Außengrenzenfonds (AGF)

Thematische Schwerpunkte 2014

Außerdem galt es 2014, die **Förderperiode des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) vorzubereiten**, der im Integrationsbereich den EIF ablöst. Für die Umsetzung des AMIF stehen Österreich 64,5 Millionen Euro zur Verfügung, von welchen 44 % für die Verbesserung der Integration von Drittstaatsangehörigen (Nicht-EU-BürgerInnen) gewidmet sind. Das BMI ist die Zuständige Behörde für den gesamten Fonds; das BMEIA übernimmt die Abwicklung des Integrationsbereichs und die Vergabe der Integrationsfördermittel für Projekte, welche auch in den kommenden Jahren die Integration der Zielgruppe weiter stärken und verbessern sollen.

15.4.10. Internationale Gremien

Der internationale themenbezogene Austausch sowie die Kooperation im Rahmen der EU wurden fortgesetzt. Dieser findet ausschließlich im koordinierenden Rahmen statt. Der Erfahrungsaustausch im Bereich der Integration wurde im „Netzwerk der nationalen Kontaktstellen für Integration“ (NCPI) weiterverfolgt. Das NCPI-Netzwerk, 2002 in Verfolg der Schlussfolgerungen des Rates für Justiz und Inneres eingerichtet, wird von der EK koordiniert. Zielgruppe dieses Austausches sind Drittstaatsangehörige und EU-BürgerInnen ebenso wie die Aufnahmegesellschaft.

Das „Europäische Integrationsforum“ tagte 2014 zweimal. Mit Jänner 2015 wird dieses Gremium in das „Europäische Migrationsforum“ umgewandelt. Die Organisation erfolgt weiterhin durch die EK gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Das Forum dient als Diskussionsplattform für Vertreter der Zivilgesellschaften mit den Europäischen Institutionen sowie mit Vertretern der Mitgliedstaaten.

16. Medien und Information

16.1. Pressearbeit

Eine zentrale Aufgabe des BMEIA ist es, die Öffentlichkeit zu außenpolitischen Entwicklungen, zu Europafragen, Krisen und konsularischen Hilfeleistungen für im Ausland in Not geratene ÖsterreicherInnen etc. zu informieren. Dies erfolgt – zu Spitzenzeiten mit mehr als 100 Medienanfragen pro Tag – über elektronische, Print- und andere Medien.

Um JournalistInnen in- und ausländischer Medien ein optimales Service zu bieten, werden neben Pressekonferenzen auch Hintergrundgespräche zu bedeutenden Themen organisiert und bei internationalen Konferenzen sowie anderen Veranstaltungen die Betreuung der MedienvertreterInnen sichergestellt.

16.2. Öffentlichkeitsarbeit, Neue Medien, Internetauftritt

Die sozialen Medien sind mittlerweile auch in der Außenpolitik ein wichtiges Instrument, um Inhalte rasch zu transportieren und der interessierten Öffentlichkeit vielfältige Möglichkeiten zur digitalen Interaktion anzubieten. Das Engagement in den sozialen Medien ist somit eine logische Fortsetzung des Selbstverständnisses des BMEIA, dass das Service an den österreichischen Bürgerinnen und Bürgern eine seiner zentralen Aufgaben ist („Weltweit für Sie da“).

Bei der Nutzung der sozialen Medien kommt dem BMEIA in der öffentlichen Verwaltung Österreichs eine Vorreiterrolle zu. Das Engagement in diesem Bereich wird laufend ausgebaut. Am 12. Dezember 2014 erreichte die Zahl der Follower auf Facebook 30.000, die Zahl der Follower des Twitter-Accounts stieg auf fast 8.000. Das Informationsangebot des BMEIA umfasst auch einen YouTube-Kanal, Flickr, und die Smartphone-Applikation „Auslandsservice“ zur konsularischen Unterstützung bei Auslandsreisen. Seit 2014 ist das BMEIA auch auf Instagram und Storify präsent.

Der Großteil des öffentlichen Informationsbedarfs wird weiterhin durch den klassischen Webauftritt bedient, der die Homepage des Ministeriums und über 100 auf derselben technischen Plattform betriebene Websites österreichischer Vertretungsbehörden umfasst. Der Webauftritt des BMEIA wurde einem umfassenden Relaunch unterzogen. Die benutzerfreundliche und barrierefreie Homepage fügt sich nahtlos in das erneuerte Corporate Design des BMEIA ein. Allein die Ressortwebsite www.bmeia.gv.at verzeichnete 2014 rund 3 Millionen Besuche mit 7 Millionen Seitenaufrufen, wobei das Hauptinteresse den Reiseinformationen sowie den Kontaktdetails der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und der ausländischen Vertretungen in Österreich galt. Die kumulierten Besucherzahlen der Vertretungswebsites erreichten eine ähnliche Größenordnung. Einen wichtigen Bestandteil des

Europainformation

Webauftritts des BMEIA bilden die Seiten www.auslandsservice.at und www.reiseregistrierung.at zur konsularischen Unterstützung bei Auslandsreisen.

Ein weiteres neues und bereits stark genutztes Informationsangebot des BMEIA bilden speziell auf Schülerinnen und Schüler abgestimmte Besuchs- und Vortragsprogramme im Haus am Minoritenplatz zum gesamten Tätigkeitsbereich des Ministeriums.

16.3. Europainformation

Im ersten Quartal 2014 stand die Europainformation im Zeichen der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai. Um über die Europawahl und den Zeitpunkt der Europawahl zu informieren gab es eine gemeinsame österreichweite Inseratenkampagne mit dem Bundeskanzleramt. In Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) fanden Aktivitäten unter dem Motto „Laufen für Europa – 25. Mai – I bin dabei“ im Vorfeld sowie bei dem Wien Marathon statt, wo rund 800 LäuferInnen mit den „Laufen für Europa“-Shirts an den Start gingen, um so auf den Wahltermin aufmerksam zu machen. Auch in den sozialen Medien setzte das BMEIA einen Europawahlschwerpunkt, unter anderem ein „Europa Quiz“ auf der Facebook-Seite des BMEIA. Darüber hinaus gab es einen gemeinsamen Wahlspot des BMI und des BMEIA, der auch in den sozialen Medien eingesetzt wurde. Beim öffentlichen Teil der Botschafterkonferenz am 2. September wurde auch die Europakommunikation des Hauses in einem Videospot präsentiert und Europa-Gemeinderätin Renate Ofner-Rucker stand der Moderatorin Arabella Kiesbauer Rede und Antwort über ihr Engagement in der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“.

Interessierte BürgerInnen konnten sich auch 2014 weiterhin über regelmäßig online gestellte Kurzvideos zur EU und zu den EU-Informationsinitiativen des Ministeriums informieren.

Die Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und der ÖGfE im Bereich der europapolitischen Bildung an Schulen wurde auch 2014 fortgesetzt. Die seit 2010 gemeinsam betreute Wanderausstellung „Die EU und DU – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“ (www.die-eu-und-du.at) war im ersten Halbjahr an 28 Stationen (davon 25 Schulen) zu sehen, rund 2000 SchülerInnen besuchten die begleitenden Diskussionsveranstaltungen, an denen auch VertreterInnen des BMEIA als GastreferentInnen mitwirkten. Seit März 2010 wurde die Ausstellung an insgesamt rund 200 Stationen präsentiert, wobei alle Bundesländer und Schultypen einbezogen wurden.

Am 2. Oktober wurde im Beisein von Bundesminister Sebastian Kurz, der serbischen Europaministerin Jadranka Joksimović, dem interimistischen Lei-

ter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Johann Sollgruber, und dem Generalsekretär der ÖGfE, Paul Schmidt, die neue gemeinsame Wanderausstellung „EUROPA – was ist jetzt?“ präsentiert. Von Oktober bis März 2014 wurde sie an insgesamt 20 Schulen präsentiert und erreichte über 3.860 SchülerInnen.

Des Weiteren bestand für SchülerInnen bei den zahlreichen Besuchen im BMEIA die Möglichkeit, sich bei Präsentationen und Vorträgen zu aktuellen EU-Themen durch ExpertInnen des BMEIA zu informieren. Auf der anderen Seite traten MitarbeiterInnen des BMEIA bei EU-Informationsveranstaltungen als Gastvortragende auf.

Auch beim Tag der offenen Tür des BMEIA am 26. Oktober lag ein Schwerpunkt auf der EU-Information. Neben Informationsständen zu aktuellen Themen und Fragen der europäischen Integration sowie einem „Europa-Quiz“ stand der Tag der offenen Tür auch im Zeichen des 20. Jahrestags des österreichischen EU-Beitritts. Unter anderem wurden Originaldokumente zum österreichischen EU-Beitritt ausgestellt. Präsentiert wurde auch die Ausstellung „Europa #was ist jetzt?“. Ein eigener Informationsstand widmete sich erstmals der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“. Die Europa-Gemeinderäte Christian Huber aus Katzelsdorf und Franz Raz aus Traiskirchen berichteten den interessierten BesucherInnen über ihre Tätigkeiten im Rahmen der Initiative.

16.4. Die Europagemeinderäteinitiative

Im Jahr 2010 startete die vom BMEIA und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich ins Leben gerufene Initiative „Europa fängt in den Gemeinden an“. Das Ziel der Initiative ist es, in möglichst vielen Städten und Gemeinden BürgermeisterInnen bzw. GemeindevorteilerInnen als „Europa-Gemeinderäte“ zu etablieren, die als zentrale Ansprechpartner für Themen zur EU für die lokale Bevölkerung fungieren sollen. Mit Ende 2014 konnte ein Mitgliedsstand von rund 700 beteiligten BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen aus allen Bundesländern und politischen Parteien verzeichnet werden.

Im Vorfeld der Europawahlen organisierten zahlreiche Mitglieder der Initiative in ihren Gemeinden Informationsveranstaltungen zu den Europawahlen bzw. zu aktuellen europapolitischen Fragen. Weitere Beispiele für Initiativen von Europa GemeinderätInnen in den jeweiligen Gemeinden und Städten sind zum Beispiel eine regelmäßige Seite mit Informationen zur Europäischen Union in den Gemeindenachrichten, EU-Stammtische, EU-Kinderaktionen in den Schulen sowie ein EU-Ausschuss in der Gemeinde.

Das BMEIA dient den Europa-GemeinderätInnen dabei als zentrale Service- und Ansprechstelle. Darüber hinaus gibt es für EU-GemeinderätInnen die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Angeboten wie ein Mail-Informati-

Medientagung

onssystem mit knapp gefassten Fakten zu aktuellen EU-Fragen, eine elektronische Plattform mit EU-Informationen zur Vernetzung der Europa-GemeinderätInnen, Informationsseminare für Mitglieder der Initiative, sowie Informationsreisen nach Brüssel. Vom 29. bis 31. Jänner und vom 19. bis 21. November nahmen je 25 Europa-GemeinderätInnen an der insgesamt sechsten bzw. siebten Informationsreise nach Brüssel teil.

Die Generalversammlung zum Thema „Europa: Unsere Chance mitzugestalten“ fand am 11. April in Salzburg statt. Auf dem Programm standen ein Vortrag und anschließende Diskussion mit Bundesminister Sebastian Kurz sowie eine Podiumsdiskussion mit Andreas Wimmer, dem Landesvorsitzenden der Jungen Industrie Salzburg, Richard Kühnel, dem Vertreter der EK in Österreich, Helmut Mödlhammer, dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes und Brigitte Pallauf, der Präsidentin des Salzburger Landtags.

16.5. Publikationen

Die unterschiedlichen, vom BMEIA herausgegebenen Publikationen über die Tätigkeit des Ministeriums dienen vor allem der Aufgabe, die Öffentlichkeit möglichst umfassend zu informieren. Ein großes Augenmerk liegt hierbei auf dem Außen- und Europapolitischen Bericht, mit dem der Bundesminister das Parlament und die Öffentlichkeit über die außen- und europapolitischen Entwicklungen informiert. Der Bericht wird sowohl in Buchform als auch elektronisch auf der Homepage des BMEIA in deutscher und englischer Sprache publiziert. Die bisher nicht elektronisch verfügbar gewesenen Jahrgänge 1979 bis 1999 wurden im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit dem BMEIA von der Universitäts- und Landesbibliothek Tirol digitalisiert und in deren Online-Angebot aufgenommen. Im Katalog des Österreichischen Bibliotheksverbundes (OBV) ist eine dauerhafte Auffindbarkeit sichergestellt.

Weitere Publikationen umfassen unter anderem die aktuellen „Tipps für Auslandsreisende“ und eine Broschüre über das Unternehmensservice des BMEIA.

16.6. Medientagung

Wie jedes Jahr wurde, um der Bedeutung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Aktivitäten der Vertretungsbehörden Rechnung zu tragen, wieder eine Tagung für die an den Botschaften, Konsulaten und Kulturforen vorrangig mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit befassten Bediensteten abgehalten.

17. Der Österreichische Auswärtige Dienst

17.1. Einleitung

Wie praktisch alle souveränen Staaten verfügt auch die **Republik Österreich** über einen „auswärtigen Dienst“, um **weltweit** ihre Interessen und den **Schutz ihrer StaatsbürgerInnen** zu sichern. Völkerrechtlich werden die Rechtsstellung von Diplomatinen und Diplomaten, Konsulinnen und Konsuln, deren Befugnisse und deren Schutz in der „Wiener Diplomatenrechtskonvention“ und der „Wiener Konsularrechtskonvention“ verbindlich geregelt. In Österreich ist der auswärtige Dienst im sogenannten „Statut“⁶ gesetzlich verankert.

Seit 1. März 2014 ist das bisherige Außenministerium als „Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres“ (BMEIA) innerhalb der Bundesregierung auch als „Integrationsministerium“ für die Integrationsagenden zuständig.

Im internationalen Vergleich unterhält Österreich mit 100 Auslandsvertretungen einen schlanken auswärtigen Dienst. Mit insgesamt **1.160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** ist das BMEIA eines der kleineren Ressorts der Bundesverwaltung. Die hohe Mobilität der Bediensteten (abwechselnder Einsatz im In- und Ausland – „Rotationsprinzip“) und **modernste Informations- und Kommunikationstechnologien** (IKT) ermöglichen es dem BMEIA, trotz begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen den umfassenden außenpolitischen Auftrag zu erfüllen und die **konsularischen Serviceleistungen** im Ausland auszubauen.

Für die Durchsetzung österreichischer Interessen auf internationaler Ebene ist ein **leistungsstarkes diplomatisches Vertretungsnetz** unverzichtbar. Darüber hinaus ist eine Präsenz in bestimmten Märkten und Wachstumsregionen auf der ganzen Welt notwendig, um **Österreichs Außenwirtschaft** gezielt zu unterstützen. Die Verpflichtung Österreichs zum Engagement für Frieden und Entwicklung in der Staatengemeinschaft, aber auch die Rolle Wiens als internationaler Amtssitz und als Ort des Dialogs erfordern eine **entsprechende Präsenz bei den internationalen Organisationen und auf allen Kontinenten**. Darüber hinaus zeigt sich der Wert eines globalen Vertretungsnetzes nicht zuletzt auch in Krisensituationen, wenn rasche konsularische Hilfe benötigt wird.

2014 verfügte Österreich über 100 Berufsvertretungen im Ausland. Dieses Netzwerk wird laufend evaluiert. Als Reaktion auf geopolitische Veränderungen und budgetäre Erfordernisse werden immer wieder neue Vertretungsbehörden eröffnet und andere geschlossen.

6) Bundesgesetz über Aufgaben und Organisation des auswärtigen Dienstes – Statut, BGBl. I Nr. 129/1999 i.d.g.F.

*Arbeitgeber Außenministerium***17.2. Arbeitgeber Außenministerium**

Durch das im BMEIA geltende Rotationsprinzip ist der regelmäßige Wechsel zwischen der Zentrale in Wien und den Vertretungen im Ausland ein wesentlicher Bestandteil des Berufslebens, was neben der Flexibilität der MitarbeiterInnen und deren Familien auch eine umfassende organisatorische und logistische Planung erfordert. Jährlich werden bis zu **300 Bedienstete versetzt**.

Mit Ende 2014 betrug der Personalstand des BMEIA insgesamt **1.160 Bedienstete**, davon waren in der Zentrale 557 Personen (48 %) und im Ausland 603 Personen (52 %) tätig.

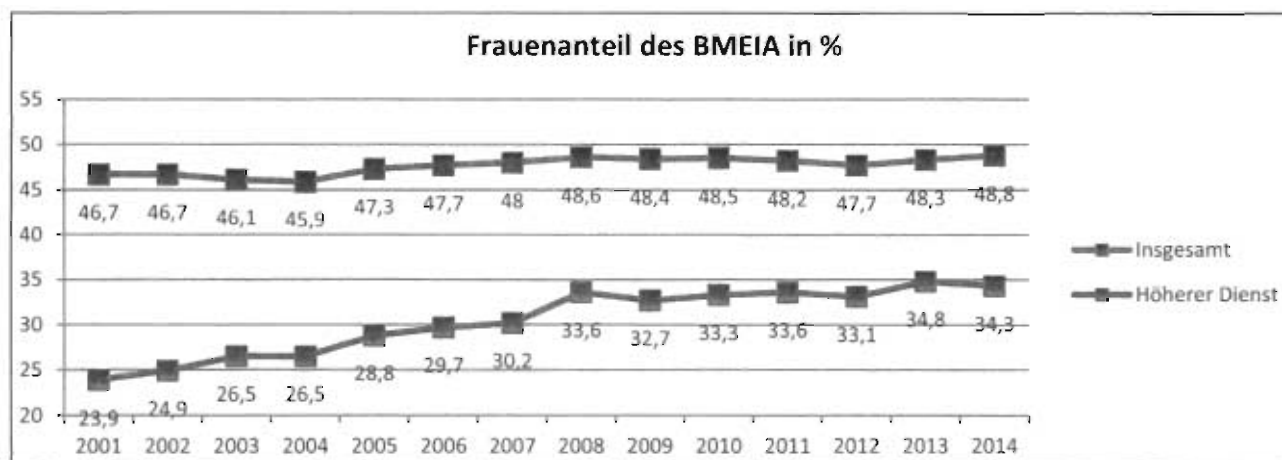
Personalstand des BMEIA 2014 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer		Frauen		insges./ Vw.- Grp.	Frauen- anteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	129	143	71	71	414	34,3
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	54	75	52	47	228	43,4
A3/v3, C/c (Fach- dienst);						
A4/A5/v4, D/d, (qualifizierter mitt- lerer bzw. mittlerer Dienst);	84	98	151	169	502	63,7
A7/v5, E/e (Hilfs- dienst)						
ADV	11	0	5	0	16	31,3
Summen Inland/ Ausland	278	316	279	287	1160	48,8
Gesamt	594		566		1160	

An den Auslandsvertretungen arbeiten weltweit **699 Lokalangestellte** (Stand 31.12.2014), die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden.

Die **Behinderteneinstellungsquote** erfüllt das BMEIA zum Stichtag 31.12.2014 mit einer Zahl von 43 Personen.

Im „höheren Dienst“, dem Bereich mit dem diesbezüglich größten Nachholbedarf, erreichte der **Frauenanteil 2014 34,3 %**.



Der Personalstand im auswärtigen Dienst des BMEIA ist seit mehreren Jahren rückläufig. Gleichzeitig sind zahlreiche Bedienstete des BMEIA für eine Tätigkeit im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) oder bei den Vereinten Nationen karenziert. 2014 erfolgten keine Neuaufnahmen für den auswärtigen Dienst. Das BMEIA unterschreitet bereits jetzt die vom BKA für 2018 gesetzten Einsparungsziele beim Personal (Vollbeschäftigungsäquivalente – VBÄ) per 31.12.2014: 1.141,17; VBÄ Zielvorgabe des BKA für 2018: 1.179).

Mit der Bundesministeriengesetz-Novelle 2014 erhielt das BMEIA die Zuständigkeit für Integrationsangelegenheiten. Die dafür bisher im BMI zuständigen MitarbeiterInnen wurden vom BMEIA übernommen, eine eigene Integrationssektion wurde eingerichtet.

Das BMEIA legt großen Wert auf die umfassende Ausbildung seiner Bediensteten im konsularischen Bereich, im Krisenmanagement sowie in Informationstechnologien und im Bereich Gleichstellung. 2014 lag der Schwerpunkt auf Wirtschaftsdiplomatie, **Medien-Trainings sowie Social Media-Schulungen**.

Das BMEIA bietet Studierenden und JungakademikerInnen die Möglichkeit, **Verwaltungspraktika im Inland oder im Ausland** zu absolvieren. 299 Personen nutzten 2014 diese Möglichkeit.

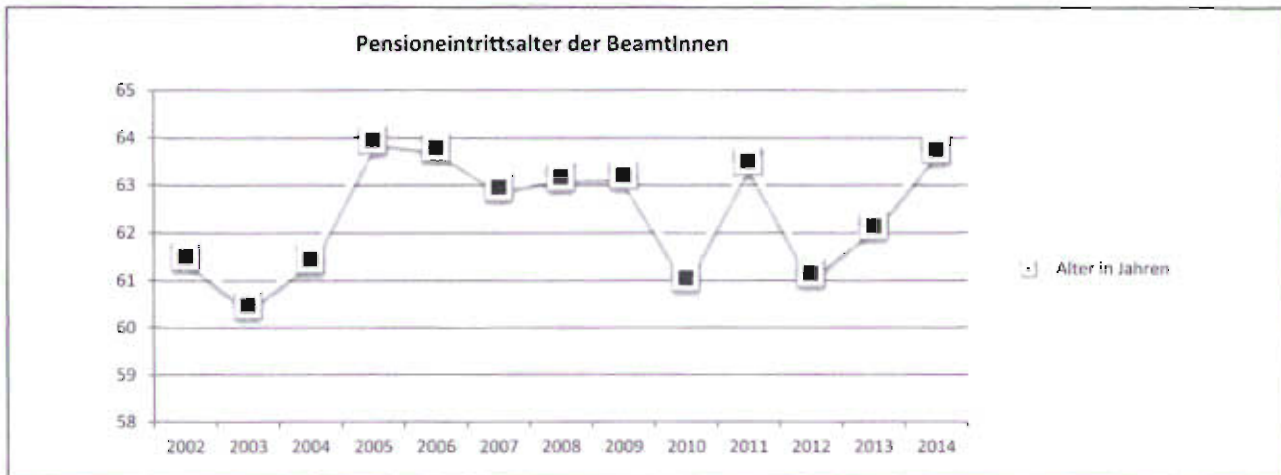
SchülerInnen, MaturantInnen und AkademikerInnen, die die Aufgaben und Arbeitsweise der Integrationssektion im BMEIA kennenlernen möchten, können **Kurzpraktika** in der Dauer von einem Monat in der **Integrationssektion** absolvieren.

Verwaltungspraktika	Verwendungsgruppe	Männlich	Weiblich	Gesamt
Inland	v1/v2	37	47	84
Ausland	v1/v2	71	144	215
		108	191	299
Kurzpraktika	v1/v2/v3	5	7	12

Das Budget des Außenministeriums

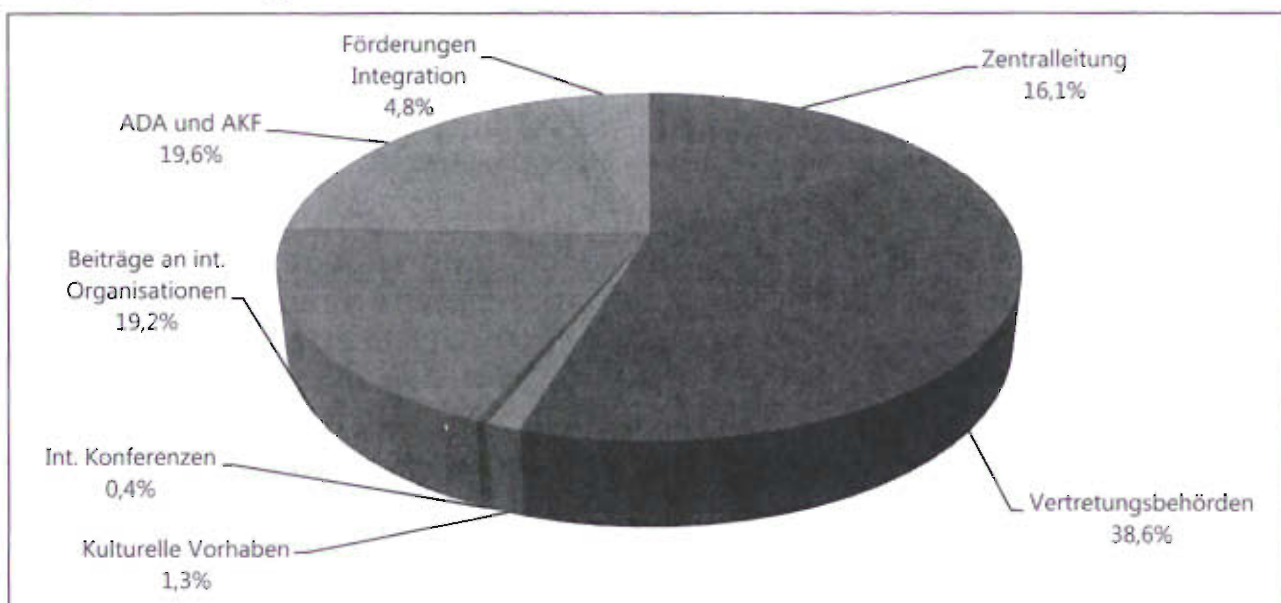
Seit 2009 bildet das BMEIA **Lehrlinge** zu „VerwaltungsassistentInnen“ aus. Mit Jahresende 2014 befanden sich acht Lehrlinge in einem solchen Ausbildungsverhältnis.

Das durchschnittliche **Pensionseintrittsalter der BeamtInnen** des BMEIA betrug im Jahr 2014 63,75 Jahre (Frauen: 64,2 Jahre, Männer: 63,43 Jahre). Es lag in den letzten zehn Jahren immer über der 60-Jahr-Grenze.



17.3. Das Budget des Außenministeriums

Der Bundesvoranschlag 2014 lautete auf 418,777 Millionen Euro. Davon wurden 67,542 Millionen Euro für die Zentralleitung, 161,605 Millionen Euro für die Vertretungsbehörden, 5,638 Millionen Euro für kulturelle Vorhaben, 1,700 Millionen Euro für internationale Konferenzen, 80,260 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen, 82,025 Millionen Euro für die Austrian Development Agency GmbH und den Auslandskatastrophenfonds sowie 20,007 Millionen Euro für die Förderungen im Bereich Integration budgetiert.



Budget 2005–2014 in Mio. Euro

Jahr	Budget des BMEIA	Anteil des BMEIA-Budgets am Bundesbudget in %
2005	380,000	0,59 %
2006	388,000	0,59 %
2007	388,109	0,56 %
2008	388,087	0,56 %
2009	435,675	0,56 %
2010	440,902	0,62 %
2011	427,100	0,61 %
2012	409,361	0,56 %
2013	402,654	0,54 %
2014	418,777	0,55 %

Vom BMI wurden 22,4 Millionen Euro für Integrationsangelegenheiten transferiert, davon 20,007 Millionen Euro für Förderungen.

17.4. Weltweite Infrastruktur**17.4.1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten**

Das Immobilienportofolio des BMEIA umfasst ca. 230 Liegenschaften bzw. 350 Objekte, die als Büro- und Veranstaltungsräumlichkeiten für Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen und Vertretungen bei internationalen Organisationen sowie für Wohnzwecke genutzt werden. Etwas mehr als die Hälfte der Liegenschaften befindet sich im Eigentum der Republik Österreich, der Rest wird angemietet. Das Immobilienmanagement wird von einem hausinternen ExpertInnenteam wahrgenommen und umfasst sämtliche Aspekte der Liegenschaftsverwaltung, Ankauf und Verkauf von Immobilien, Neubauprojekte, Adaptierungen und Sanierungen.

Die Bewirtschaftung der Objekte erfolgt im Rahmen der „**Facility Management Strategie**“ nach den Grundsätzen der Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Das BMEIA ist bemüht, seine Investitionen nachhaltig zu gestalten, d. h. den Wert der bundeseigenen Immobilien zu erhalten und gute Arbeitsbedingungen bei niedrigeren Betriebskosten zu schaffen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet eine Liegenschaftsdatenbank, die modernes Immobiliencontrolling und laufendes Kostenmonitoring ermöglicht.

Die Optimierung des Immobilienportfolios wurde fortgesetzt. Durch den Kauf bisher angemieteter Objekte konnten **Mietkosten reduziert** werden. Für Orte mit mehreren Vertretungsbehörden wie z. B. Rom oder Brüssel wurden

Weltweite Infrastruktur

Konzepte zur Nutzung räumlicher, personeller und organisatorischer Synergien entwickelt.

Sowohl bei Planungen von Neubauten als auch bei Sanierungen und Umbauten wird dem Faktor **Energieeffizienz**, dem Einsatz **erneuerbarer Energie** und den **ökologischen Rahmenbedingungen** ein großer Stellenwert eingeräumt.

An 15 Dienstorten besteht eine gemeinsame Unterbringung von Botschaften und Außenwirtschaftszentren der WKO, an 7 Standorten mit Vertretungen anderer europäischer Staaten und dem EAD. 2014 wurde eine Kolokation mit der Schweiz am Generalkonsulat in Los Angeles etabliert.

17.4.2. Informationstechnologie

Seit Jahren nimmt das BMEIA eine Vorreiterrolle im öffentlichen Dienst bei der Entwicklung und Nutzung von innovativen IKT-Instrumenten ein. Dadurch lassen sich einerseits Verwaltungsabläufe und die Kommunikation vereinfachen, andererseits aber auch Einsparungseffekte erzielen. In einem dreijährigen Rolloutprojekt werden seit 2013 die Auslandsvertretungen mit dem im BMEIA konzipierten IT-System **MOVE-IT** ausgestattet. Wesentliche Neuerungen sind die Erhöhung der Ausfallsicherheit, die Speichererweiterung, ein Backupkonzept, bei dem die Daten in die Zentrale repliziert werden können, sowie die Verknüpfung von Kommunikationsmöglichkeiten.

Von der Möglichkeit einer **Online-Registrierung für Auslandsreisende** wurde im Jahr 2014 etwas mehr als 35.000 Mal Gebrauch gemacht, dies ermöglicht es den Vertretungsbehörden, ÖsterreicherInnen und deren Angehörige im Falle einer Krise zu kontaktieren und zu betreuen. Vor allem bei Reisen in Ländern außerhalb Europas und speziell in Ländern mit Reisewarnung wird dieses Service gut angenommen.

Die **Online-Registrierung für AuslandsösterreicherInnen** wurde im Jahr 2014 mehr als 8.450 Mal in Anspruch genommen.

Das **Schengen-Visainformationssystem** mit der Erfassung biometrischer Daten (**VIS**) wurde auf die Regionen Australien (Ozeanien), Karibik, Nordamerika, Westbalkan und Türkei erweitert. Das **VIS** erhöht die Visa-Sicherheit und ermöglicht es allen Schengener Mitgliedsländern, bei der Ein- und Ausreisekontrolle auf vernetzte Visadaten zugreifen zu können.

17.4.3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Die in der Diplomatischen Akademie angesiedelte Außenpolitische Bibliothek verfügt über 109.700 Bücher, Zeitschriften und andere Publikationen, die auch von Studierenden und WissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland genutzt werden können.

Für Forschungs- und Publikationszwecke sowie zur Vorbereitung von Ausstellungen können WissenschaftlerInnen und Forschenden Akten des BMEIA zur Verfügung gestellt werden, 2014 erfolgte dies u. a. zu den Themen „Arbeitsmigration jugoslawischer Roma in den 1960-er Jahren“, „Beziehungen Österreich – Spanien während der Franco-Ära“, „Beziehungen Österreich zu UdSSR, DDR, BRD, ČSSR, Polen und Ungarn während der Jahre 1986–1992“ und „Kulturaußenpolitik Österreichs in der Sowjetunion 1955–1991“.

17.5. Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate

Dienststellen des BMEIA	Stand 31.12.2014
Bilaterale Botschaften	80
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	8
selbständige Kulturforen	6
sonstige Vertretungsbehörden	1
Gesamt	100

Auf Basis eingehender Evaluierungen des österreichischen Vertretungsnetzes auf Grundlage objektiver Kriterien (dazu zählen u. a. die Anzahl der konsularischen Serviceleistungen für ÖsterreicherInnen im Ausland, die Intensität des politischen Besuchs austausches, die Höhe des Handelsvolumens und der heimischen Direktinvestitionen) werden immer wieder Anpassungen im österreichischen Außennetz vorgenommen.

Neben den unmittelbar dem BMEIA unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich bei seiner weltweiten Präsenz auch auf die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), zurückgreifen. 2014 unterhielt die ADA zehn Koordinationsbüros im Ausland sowie ein Verbindungsbüro in Ramallah und ein Implementierungsbüro für EU-finanzierte Projekte in Belgrad.

Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch rund 300 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. Die Honorarfunktionäre, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

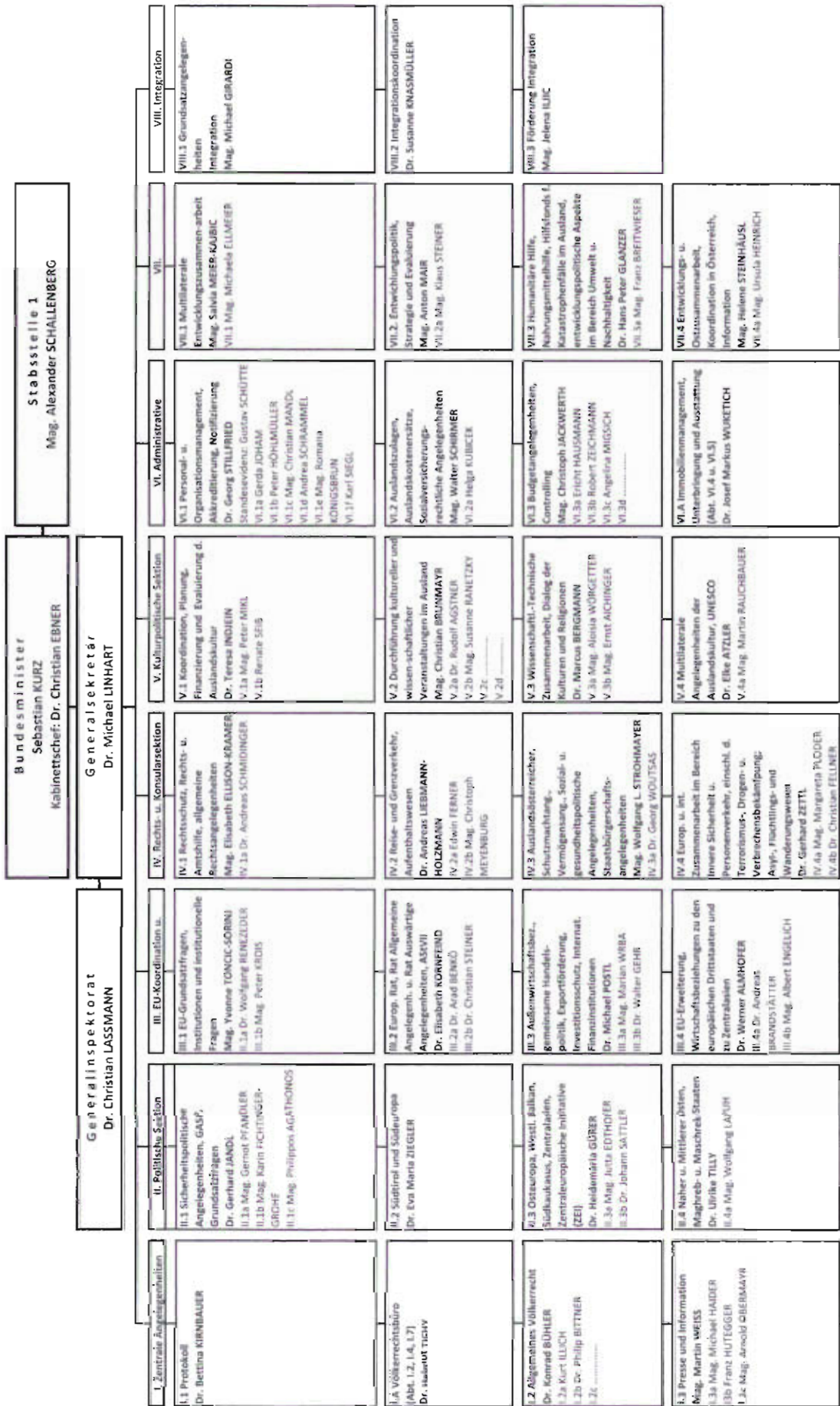
Im Jahr 2014 wurden acht neue Honorarämter eröffnet:

- Honorarkonsulat Vientiane, Laos
- Honorarkonsulat Cincinnati, Vereinigte Staaten von Amerika

Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate

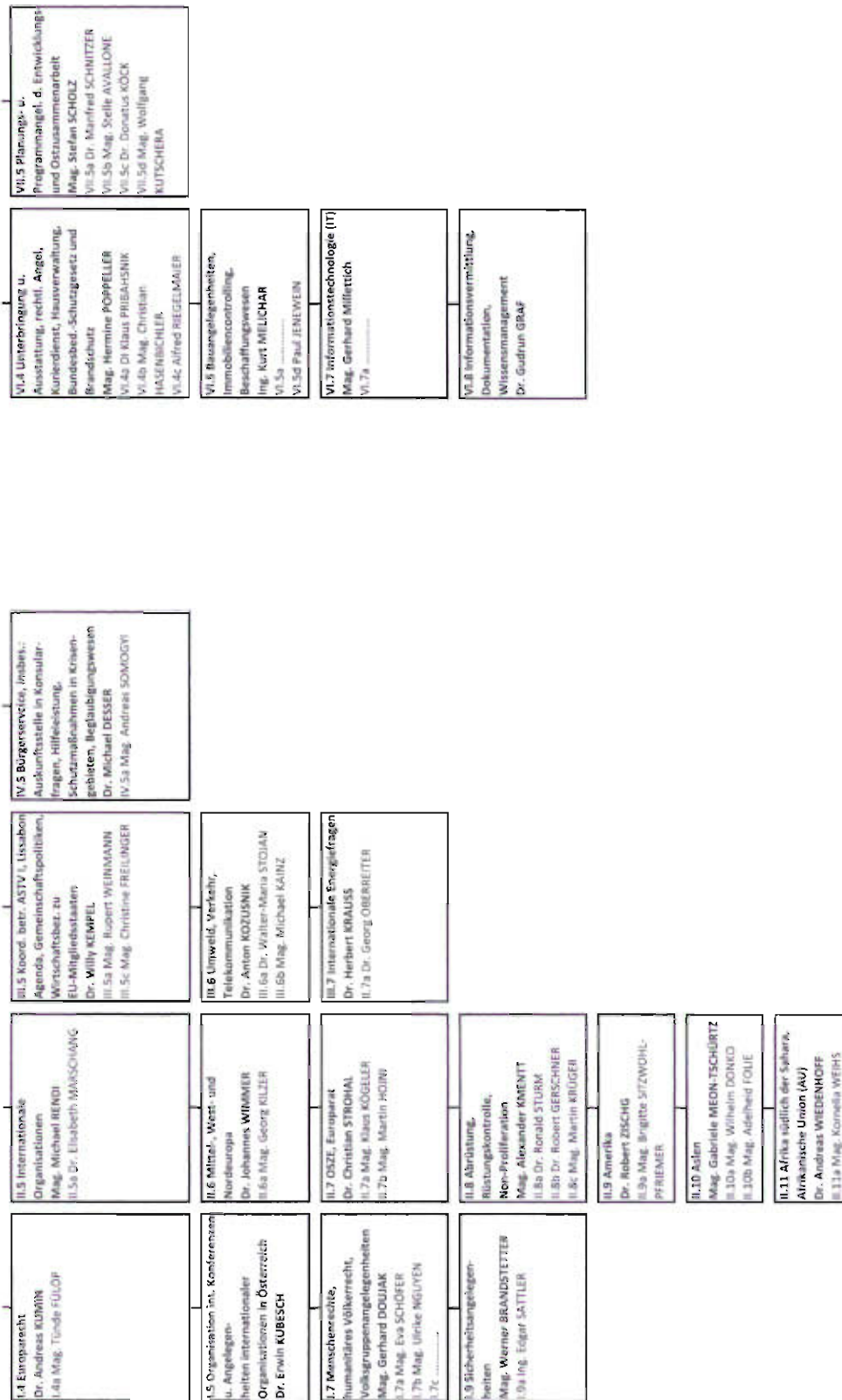
- Honorarkonsulat Odessa, Ukraine
- Honorarkonsulat Bromberg, Polen
- Honorarkonsulat Bitola, Mazedonien
- Honorarkonsulat Sousse, Tunesien
- Honorarkonsulat Skellefteå, Schweden
- Honorarkonsulat Groningen, Niederlande

17.6. Organigramm



Organigramm

Stand: 30.01.2015



17.7. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

ÄGYPTEN Eritrea, Sudan	ÖB Kairo *	Dr. Georg STILLFRIED **
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Thomas SCHNÖLL
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Dr. Franziska HONSOWITZ-FRIESSNIGG
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Dr. Karin PROIDL
ASERBAIDSCHAN Georgien	ÖB Baku	Mag. Axel WECH
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo, Uganda, Südsudan	ÖB Addis Abeba	Dr. Andreas MELAN
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall- Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neugui- nea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Helmut BÖCK
BELGIEN	ÖB Brüssel *	Mag. Jürgen MEINDL **
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Mag. Martin PAMMER
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Mag. Marianne FELDMANN
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag. Roland HAUSER
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Dorothea AUER
CHINA Mongolei	ÖB Peking * GK Hongkong GK Shanghai	Mag. Dr. Irene GINER-REICHL Dr. Claudia REINPRECHT Silvia NEURETTER, BM, MA
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Ernst-Peter BREZOVSKY
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin * GK München	Dr. Niklaus MARSCHIK Dr. Helmut KOLLER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Mag. Renate KOBLER
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Elisabeth KEHRER
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris * GK Straßburg	Dr. Ursula PLASSNIK Mag. Erika BERNHARD

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

GRIECHENLAND	ÖB Athen	Mag. Melitta SCHUBERT Mag. Andrea IKIG-BÖHM **
GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Martin EICHTINGER Mag. Elisabeth KÖGLER
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Alfons KLOSS
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi *	Mag. Bernhard WRABETZ
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Andreas KARABACZEK
IRAN	ÖB Teheran *	Dr. Friedrich STIFT
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Thomas NADER
ISRAEL	ÖB Tel Aviv *	Dr. Franz Josef KUGLITSCH
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand *	Dr. René POLLITZER ** Mag. Christoph MERAN Mag. Sigrid BERKA
JAPAN	ÖB Tokio ^	Dr. Bernhard ZIMBURG
JORDANIEN Irak	ÖB Amman	Mag. Astrid HARZ Dr. Michael DESSER **
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa ^	Mag. Arno RIEDEL
KASACHISTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Dr. Wolfgang BANYAI
KATAR	ÖB Doha	Sieglinde FEDELE DI CATRANO, Geschäftsträgerin a.i.
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Malawi, Ruanda, Sambia, Seychellen, Somalia, Tansania	ÖB Nairobi	Dr. Harald GÜNTHER
KOREA DVR Korea	ÖB Seoul	Dr. Elisabeth BERTAGNOLI
KOSOVO	ÖB Pristina	Dr. Johann BRIEGER Mag. Gernot PFANDLER **
KROATIEN	ÖB Agram *	Mag. Andrea IKIG-BÖHM Dr. Andreas WIEDENHOFF **
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Gerlinde PASCHINGER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum
 ** designiert

KUWAIT Bahrain	ÖB Kuwait	Mag. Ulrich FRANK
LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Arad BENKÖ **
LIBANON	ÖB Beirut	Mag. Ursula FAHRINGER
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Franz HÖRLBERGER Dr. Ronald STURM **
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Johann SPITZER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Thomas OBERREITER MMag. Gregor SCHUSTER- SCHITZ **
MALAYSIA Brunei Darussalam	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Christophe CESKA
MALTA	ÖB Valletta	DDr. Petra SCHNEEBAUER Dr. Michael SCHWARZINGER **
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER Dr. Johann BRIEGER **
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Thomas Michael BAIER
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panamá	ÖB Mexiko *	Dr. Eva HAGER
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Dr. Johann FRÖHLICH
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Werner DRUML
NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, São Tomé und Príncipe, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	Dr. Joachim ÖPPINGER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Thomas WUNDERBALDINGER
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Brigitta BLAHA
PERU Bolivien, Ecuador, Kolum- bien	ÖB Lima	Mag. Andreas RENDL
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Josef MÜLLNER
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau	Dr. Thomas BUCHSBAUM Mag. Martin MEISEL

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

PORTUGAL Kap Verde	ÖB Lissabon	Dr. Thomas STELZER
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest *	Mag. Gerhard REIWEGER
RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau *	Dr. Emil BRIX
SAUDI-ARABIEN Jemen, Oman	ÖB Riyadh	Mag. Gregor KÖSSLER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Arthur WINKLER-HERMADEN
SCHWEIZ	ÖB Bern *	Mag. Jürgen MEINDL Mag. Martin FALB **
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea- Bissau, Liberia, Mali, Sierra Leone	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DEISS
SERBIEN	ÖB Belgrad *	Dr. Johannes EIGNER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg *	Mag. Helfried CARL
SLOWENIEN	ÖB Laibach *	Dr. Clemens KOJA
SPANIEN Andorra	ÖB Madrid *	Dr. Peter HUBER
SÜDAFRIKA Angola, Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Swasiland, Simbabwe	ÖB Pretoria	Mag. Brigitte ÖPPINGER- WALCHSHOFER
SYRIEN	ÖB Damaskus	Mag. Isabel RAUSCHER
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Enno DROFENIK
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag *	Dr. Ferdinand TRAUTT- MANSDORFF Dr. Alexander GRUBMAYR **
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Gerhard WEINBERGER
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Klaus WÖLFER Christine WENDL Mag. Doris DANLER
UKRAINE	ÖB Kiew *	Mag. Wolf Dietrich HEIM Mag. Hermine POPPELLER **
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Ralph SCHEIDE Dr. Susanne BACHFISCHER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum
** designiert

Der Österreichische Auswärtige Dienst

VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Domini- kanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen, Trinidad und Tobago, Niederländische Karibikinseln (Aruba, Bonaire, Curacao, Saba, Sint Eustatius und Sint Maarten)	ÖB Caracas	Mag. Gerhard MAYER
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Mag. Peter ELSNER-MACKAY
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington * GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Hans Peter MANZ Mag. Wolfgang WALDNER ** Mag. Ulrike RITZINGER Dr. Georg HEINDL Mag. Christine MOSER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Thomas LOIDL
ZYPERN	ÖB Nicosia	Dr. Karl MÜLLER
Armenien, Usbekistan	ÖB Südkauka- sien (mit Sitz in Wien)	Dr. Alois KRAUT
Liechtenstein	ÖB Liechtenstein (mit Sitz in Wien)	Dr. Maria ROTHEISER- SCOTTI
Ständige Vertretung bei den VN in New York		Dr. Martin SAJDIK Mag. Jan KICKERT **
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf		Dr. Thomas HAJNOCZI
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und CTBTO in Wien		Dr. Christine STIX-HACKL
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel		Mag. Walter GRAHAMMER
Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg		Dr. Rudolf LENNKH
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien		Dr. Christian STROHAL
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris		Dr. Ursula PLASSNIK
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag		Dr. Werner DRUML
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel		Mag. Jürgen MEINDL **
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest		Dr. Ralph SCHEIDE
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid		Dr. Peter HUBER

Die Diplomatische Akademie

Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi	Dr. Harald GÜNTHER
ÖB Chisinau (Moldau)	Koordinationsbüro der Austrian Development Agency (ADA)
ÖB Singapur (Singapur)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
GK Guangzhou (China)	Zweignbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK Sao Paulo (Brasilien)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMWFW
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLFUW
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	untersteht dem BKA

Stand: 20.01.2015

* bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum
** designiert**17.8. Exkurs: Die Diplomatische Akademie**

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (DA) ist die älteste Schule ihrer Art. Sie wurde nach ihrer Schließung während des 2. Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert. Im Jahr 2014 wurden folgende Lehrgänge angeboten:

Lehrgang	Anzahl der TeilnehmerInnen	Davon ÖsterreicherInnen
50. Diplomlehrgang	21 (20 erfolgreicher Abschluss)	12
51. Diplomlehrgang	25	14
17. Master of Advanced International Studies (MAIS)-Lehrgang; Durchführung gemeinsam mit der Universität Wien	62 (60 erfolgreicher Abschluss, 1 Verlängerungsfrist für Abschluss)	17
18. MAIS-Lehrgang	72	13
19. MAIS-Lehrgang (1. Jahr)	60	18
6. Lehrgang Master of Science in Environmental Technology and International Affairs (ETIA); Durchführung gemeinsam mit der Technischen Universität Wien	25 (16 erfolgreicher Abschluss, 9 Verlängerungsfristen für Abschluss)	10
7. ETIA-Lehrgang	22	10
8. ETIA-Lehrgang (1. Jahr)	25	10

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Im Studienjahr **2014/15** studieren insgesamt **182 StudentInnen** aus **57 Ländern** aller Kontinente an der DA.

Im Zuge des Programms zur **diplomatischen Aus- und Fortbildung** (Executive Training Programmes) fanden Spezialkurse, vor allem für Diplomatinnen und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes aus folgenden Ländern bzw. Ländergruppen, statt: Südkaukasus und Südosteuropa, Irak (Kurdische Regionalregierung), Donauraum/Westbalkan, Schwarzmeerregion, Nahost (M.A.-StudentInnen), Karibik und Kasachstan. Ebenso wurden vor Ort in Afrika mehrere Seminare durchgeführt. Des Weiteren wurden Trainingsmodule für das BMEIA, die WKO, das Österreichische Parlament und das Europäische Patentamt durchgeführt. Für Berufstätige wurde ein Verhandlungs- sowie ein Protokolltraining angeboten.

Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** wurde von 69 TeilnehmerInnen aus 36 Ländern besucht. Weiters wurden **Sommerschulen** für das European Studies Institute der MGIMO Universität (Moskau) und die Freie Universität Brüssel organisiert sowie Seminare für die School of Youth Diplomacy der MGIMO Universität (Moskau) durchgeführt.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** fanden rund 100 öffentliche Veranstaltungen an der DA statt, u. a. mit dem Premierminister von Montenegro, den Außenministern Österreichs und Finnlands, den stellvertretenden AußenministerInnen von Bosnien- und Herzogowina und der Tschechischen Republik, zahlreichen BotschafterInnen und VertreterInnen der EU und Internationaler Organisationen. Konferenzen fanden u. a. zu den Themen „Gemeinsam gegen den Menschenhandel“, „The long shadow of Austria-Hungary: A counterfactual exploration“ und „Opportunities and Challenges for Kosovo's Membership in International Organisations“ statt, ebenso die Verleihung des „Bruno Kreisky-Preises für das politische Buch“ an den Historiker Christopher M. Clark. Das alljährliche Milton Wolf Seminar befasste sich mit „The Third Man Theme Revisited: Foreign Policies of the Internet in a Time of Surveillance and Disclosure“. Darüber hinaus wurde die Reihe „Werkstattgespräche“ mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich weitergeführt. Bei der Galaveranstaltung zum Doppeljubiläum 50 Jahre Diplomatische Akademie Wien und 260 Jahre Orientalische Akademie sprachen u. a. Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Sebastian Kurz, und der Verteidigungs- und vormalige Außenminister Brasiliens, Celso L. N. Amorim.

Das **International Forum on Diplomatic Training** (IFDT; jährliches Treffen der DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten unter dem Vorsitz der DA und der Georgetown University, Washington DC) fand auf Einladung des Department of International Relations and Cooperation der Republik Südafrika vom 24.-26. September 2014 in Pretoria statt.

Neben dem **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien** wurde gemeinsam mit dem Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung das Buch „Auf den Spuren Wallenbergs“ herausgegeben.

18. Ausgewählte Dokumente

Anmerkung: Bei sämtlichen Reden gilt das gesprochene Wort

18.1. Bundesminister Sebastian Kurz: Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Straßburg, 27. Jänner 2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrter Präsident des Gerichtshofes,
Sehr geehrter Herr Generalsekretär,
Sehr geehrte Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung,

Ich freue mich, hier als neuer österreichischer Außenminister heute erstmals in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sein zu dürfen.

Ich weiß weder, wie gut Sie über österreichische Innenpolitik informiert sind, noch, wie genau Sie die neue Regierungsbildung in Österreich verfolgt haben. Falls Sie sich über mein Alter wundern – ich kann Ihnen versichern, dass nicht alle Minister der Bundesregierung so jung sind wie ich!

Ich habe zweieinhalb Jahre als Staatssekretär für Integration arbeiten dürfen und unser Vizekanzler Michael Spindelegger hat sich vor wenigen Wochen entschieden, im Rahmen der neuen Regierungsbildung das Amt des Finanzministers anzunehmen. Er hat mich auch gebeten, Ihnen seine besten Grüße zu übermitteln und bedankt sich für die stets gute Zusammenarbeit mit dem Europarat. Er hat mich gebeten, die Aufgabe als österreichischer Außenminister zu übernehmen. Sie können sich vorstellen, dass das für mich nicht nur eine große Ehre, sondern auch eine große Herausforderung ist.

Dass wir in diesem Jahr 2014 den Vorsitz im Ministerkomitee innehaben freut mich auch besonders. Das macht zwar die Herausforderung noch größer, aber gleichzeitig freuen wir uns aus österreichischer Perspektive, hier im Europarat einen Beitrag leisten zu können.

Ich darf mich bei Ihnen, Frau Präsidentin, für das gute Gespräch bedanken und Ihnen zu Ihrer Wahl gratulieren. Ich darf Ihnen unsere Unterstützung zusichern und Sie bitten, gut mit uns zusammenzuarbeiten. Ganz persönlich freut es mich, dass ich jemanden kennenlernen durfte, der noch kürzer in der Funktion ist als ich, denn die letzten Wochen haben mir sehr viel Begegnungen mit Persönlichkeiten gebracht, die schon wesentlich länger im Amt sind als ich.

Als Vertreter der jungen Generation bringe ich definitiv nicht so viel Erfahrung ein, wie viele von Ihnen in den letzten Jahren und Jahrzehnten der Arbeit erworben haben. Was ich aber, glaube ich, einbringen kann, ist der

Blickwinkel einer jungen und pro-europäischen Generation. Einer Generation, die in einem zunehmend größeren Europa in Freiheit, Frieden, Demokratie aufgewachsen ist.

Was ich auch einbringen kann, ist die Dankbarkeit dieser Generation, denn es ist meine Generation, die wahrscheinlich von all der Arbeit und den Erfolgen des Europarats am meisten profitiert hat. Für meine Generation war und ist es in Österreich immer selbstverständlich gewesen, frei die Meinung zu äußern, keiner Polizeiwilkkür ausgesetzt zu sein und, dass unsere Rechte durch ein unabhängiges Justizsystem geschützt werden.

Diese Freiheit, wie ich sie stets in Europa erlebt habe und wie sie in vielen anderen Ländern Europas selbstverständlich ist, ist aber leider noch immer keine dauerhafte Realität für alle Europäerinnen und Europäer. Gerade am heutigen Internationalen Holocaust-Gedenktag müssen wir uns auch vor Augen halten, dass wir noch immer kein Europa haben, das frei von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus ist. Es bedarf also weiterhin unserer Anstrengungen und unserer gemeinsamen Arbeit, um die Errungenschaften des Europarates zu verteidigen und den Schutz der Rechte eines jeden Einzelnen zu gewährleisten.

Aus meiner Tätigkeit als Staatssekretär für Integration habe ich mitgenommen, dass oftmals gerade Menschen, die von einem Land ins andere auswandern, die auf der Flucht sind oder freiwillig eine neue Heimat suchen, von Diskriminierung betroffen sind. Gerade in einer globalisierten Welt, in der immer mehr Menschen ihre Heimatländer verlassen, um eine neue Heimat zu suchen, müssen wir umso mehr danach trachten, niemanden nach Herkunft, Hautfarbe oder Religion, sondern nur nach Charakter und Leistungsbereitschaft zu beurteilen.

In einer immer stärker durchmischten Gesellschaft müssen wir möglichst viel Teilhabe ermöglichen. Wir sollten es jedem Menschen, unabhängig davon, woher er kommt oder wo er seine Wurzeln hat, in einem geeinten Europa ermöglichen, sich bestmöglich einzubringen – im ehrenamtlichen Bereich, am Arbeitsmarkt genauso wie in der Politik oder der Verwaltung.

Daher müssen insbesondere bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, aber auch bei der Anerkennung von Qualifikationen, die vielleicht nicht immer auch abgebildet werden können, besser werden, um jedem Menschen zu ermöglichen, in seiner neuen Heimat einen Beitrag zu leisten.

In einer Zeit, in der die Gesellschaft stets vielfältiger wird, ist natürlich auch die Religion ein großes Thema. Wir haben immer mehr Menschen mit unterschiedlichen religiösen Bekenntnissen. Auch hier gibt es in den einzelnen Mitgliedsstaaten des Europarats eine wesentlich größere Vielfalt. Daher bin ich der Meinung, dass wir das Thema Religion niemals als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung in Fragen des Zusammenlebens sehen sollten. Das sind alles Ziele, für die sicher der Europarat stets stark gemacht hat

Ausgewählte Dokumente

und die hoffentlich auch in Zukunft von diesem Gremium stark vertreten werden.

Seit dem Beitritt zum Europarat 1956 hat sich Österreich stets bemüht, einen konstruktiven und aktiven Beitrag zu leisten. Zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, drei Generalsekretäre und zwei Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen waren Österreicher. Österreich führt auch bereits zum sechsten Mal den Vorsitz im Ministerkomitee, eine Aufgabe, die wir mit großer Ernsthaftigkeit erfüllen. Es ist auch eine besondere Ehre, dass der Europarat sein 65-jähriges Bestehen während unseres Vorsitzes feiern wird. Wir freuen uns, Sie, Frau Präsidentin, während des 124. Treffens des Ministerkomitees in Wien willkommen heißen zu dürfen.

Österreich hat sich für seine Präsidentschaft bewusst einige konkrete Ziele gesetzt und thematische Prioritäten definiert. Das ist zum Ersten die Freiheit der Meinungsäußerung ohne die es keine Demokratie geben kann. Das heißt, das Recht, Informationen, Meinungen und Ideen ohne behördliche Eingriffe ausdrücken zu können und es handelt sich dabei um eine Grundbedingung für eine Zivilgesellschaft, die sich beteiligt. Gerade Journalistinnen und Journalisten spielen eine Schlüsselrolle bei der Information der Öffentlichkeit. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hält klar fest, dass Journalisten die „Wächter“ der Gesellschaft sind. Diese Wächter brauchen Schutz und Unterstützung. Eine unserer Prioritäten ist daher die Meinungsfreiheit und insbesondere der Schutz von Journalistinnen und Journalisten.

Unsere zweite Priorität ist die Wahrung der Rechte im Internet. Das Internet ist aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken, es verbindet Menschen und erleichtert die Teilhabe. Das Internet ist ein offener Raum mit vielen Freiheiten, der längst nicht nur von jungen Menschen genutzt wird. Doch offen bedeutet keineswegs rechtsfrei. Auch bedeutet es, dass wir nicht wegsehen dürfen, wenn Menschenrechte und demokratische Grundregeln im Internet verletzt werden. Gerade das Recht auf Achtung der Privatsphäre ist zentral – kein Staat und kein Unternehmen darf ohne klare Rechtsgrundlage und Sicherheitsvorkehrungen Daten von Internetnutzern sammeln und ohne deren Wissen verwenden. Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen den Handlungsbedarf deutlich auf, um diese Rechte zu schützen. Ich darf Sie daher herzlich zu einer Expertenkonferenz am 13. und 14. März in Graz zum Thema „Shaping the digital environment – Ensuring our rights on the internet“ einladen, bei der es um die Rechte im Internet geht.

Die dritte Priorität unseres Vorsitzes ist die Bekämpfung des Menschenhandels, der ein Verbrechen und ein Schandfleck unserer Gesellschaft ist. Wir werden unseren Vorsitz nutzen, um mehr Staaten zu ermutigen, dem Übereinkommen des Europarats gegen Menschenhandel beizutreten. In Wien werden wir gemeinsam mit dem schweizerischen OSZE-Vorsitz am 17. und 18. Februar eine Konferenz abhalten, um Bilanz über unsere bisherige Arbeit zu ziehen und die nächsten Schritte zu planen. Wir müssen die Opfer des Menschenhandels besser schützen und gleichzeitig präventiv tätig sein.

Unseren Vorsitz haben wir bisher bereits genutzt, um uns in allen strukturellen, personellen und inhaltlichen Fragen einzubringen. So ist es gelungen, nach nicht immer einfachen Verhandlungen, ein Doppelbudget und das Programm des Europarates für die Jahre 2014–2015 anzunehmen. Als Vorsitz sind wir bei der Empfehlung des Ministerkomitees für die Wahl des Generalsekretärs besonders gefordert. Der Ständige Vertreter Österreichs in Straßburg hat den klaren Auftrag bekommen, diese Vorsitzaufgabe in voller Unparteilichkeit und mit der erforderlichen Transparenz wahrzunehmen.

Auch inhaltlich konnten wir neben der personellen und strukturellen Mitarbeit Akzente setzen. Mit der Nichtanwendung der Todesstrafe ist Europa weltweit Vorreiter und setzt weltweit Standards. Für meine Generation, die im modernen Europa aufgewachsen ist, ist dies ja bereits eine Selbstverständlichkeit. Wir wissen aber auch, dass diese grausame Strafe noch immer weit verbreitet ist und haben die Verpflichtung, darauf hinzuwirken, die Todesstrafe auch in allen anderen Ländern zu beseitigen. Mit einer am 18. Dezember angenommenen Erklärung des Ministerkomitees über die zuletzt erfolgten Hinrichtungen in Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika fordern wir diese Staaten auf, diese unmenschliche Praxis zu beenden bzw. als einen ersten Schritt zu ihrer Beendigung ein Moratorium zu verhängen, um als Beobachterstaaten des Europarates dessen Werte und Prinzipien zu respektieren.

Eine Erklärung wurde auch über die Situation in der Ukraine angenommen. Es gibt Todesopfer zu beklagen und es ist klar, dass diese Krise nur mit demokratischen und friedlichen Mitteln unter Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Freiheit der Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit, und mit einem ernsthaften und aufrechten Dialog gelöst werden kann. Ich unterstütze auch die Ankündigung des Generalsekretärs des Europarates, die umstrittenen Gesetze, die letzte Woche in fragwürdiger Weise im ukrainischen Parlament verabschiedet wurden, einer detaillierten und unabhängigen Analyse zu unterziehen. Wir zählen darauf, dass alle Seiten an einer Deeskalation mitarbeiten, damit Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, historische Errungenschaften des Europarates, auch in der Ukraine voll respektiert werden.

Auch die Mitarbeit am Reformprozess ist natürlich Teil der Präsidentschaft. Der Europarat verfügt über eine Vielzahl von Werkzeugen, die einen echten Unterschied im Alltag der Europäerinnen und Europäer bewirken können. Unser gemeinsames Ziel ist es nun, diese Werkzeuge nicht nur zu nutzen, sondern sie auch zu optimieren und uns auf Kernaufgaben zu fokussieren. Gleichzeitig muss es unser oberstes Ziel sein, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und teilhaben zu lassen.

Sie alle wissen aber besser als ich, dass alle gemeinsamen Vorhaben und Vorsätze nur dann erfolgreich sind, wenn sie auch zu Hause konsequent umgesetzt werden. Wir müssen Europa nicht nur in Straßburg oder Brüssel, sondern vor allem zu Hause konsequent umsetzen. Wir müssen Europa nicht

Ausgewählte Dokumente

nur in Straßburg oder Brüssel, sondern vor allem zu Hause leben und erklären. Besonders beeindruckend ist meiner Meinung nach die Expertise des Europarats im Bereich der Menschenrechte. Die Qualität der Arbeit bringt wertvolle Anregungen zur Weiterentwicklung unserer eigenen, nationalen Schutzmechanismen. Ein Beispiel aus Österreich zeigt, wie schnell diese Expertise eine konkrete Veränderung auslösen kann.

So hat der Menschenrechtskommissar 2012 im Rahmen seines regulären Österreich-Besuchs einen nationalen Aktionsplan für Menschenrechte angeregt. Bereits ein Jahr später haben wir diesen Vorschlag ins Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung aufgenommen.

In den letzten Jahren sind ermutigende Fortschritte bei der Reform des Europäischen Systems des Menschenrechtsschutzes erzielt worden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat hier eine einzigartige Stellung und ist ein Symbol für ein Europa, das die Rechte des Einzelnen ernst nimmt. Grundlegende Bedeutung hat hier das Individualbeschwerderecht. Leider gibt es hier Anlass zu ernster Besorgnis, denn die Kommentare hochrangiger politischer Vertreter eines Mitgliedsstaates, in denen Stellung des Gerichtshofs und Urteile in Zweifel gezogen wurden, gehen nach unserer Meinung in die falsche Richtung.

Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Gerichtshof sind unverzichtbare Pfeiler des Menschenrechtsschutzes und der Rechtstaatlichkeit in Europa. Wir müssen alles tun, um eine Schwächung des Systems zu vermeiden. Daher werden wir während unseres Vorsitzes auf eine effektivere Umsetzung der Konvention und der Urteile des Gerichtshofs auf nationaler Ebene achten. Ich konnte bereits heute mit dem Präsidenten des Gerichtshofs darüber sprechen.

Für den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention ist alles soweit vorbereitet. Entsprechende EU-interne Entscheidungsprozesse wurden gestartet und während unseres Vorsitzes sollen hoffentlich auch noch weitere Schritte folgen. Was die Zusammenarbeit zwischen Europarat und EU betrifft, so sollten wir dieser auch in Zukunft viel Aufmerksamkeit widmen. In den letzten Jahren hat praktische Zusammenarbeit für mehr als 500 Millionen EU-Bürger und rund 820 Millionen „Europarats-Bürger“ konkrete Ergebnisse gebracht. Wir sollten die sinnvolle Zusammenarbeit und das Teilen von Arbeit fortsetzen und hoffentlich noch weiter vertiefen – selbstverständlich unter Bewahrung der Eigenständigkeit beider Institutionen.

Sehr geehrte Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung, ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen im Rahmen unserer Präsidentschaft und bin mir sicher, dass ich von Ihrer Erfahrung profitieren kann. Ich hoffe, dass wir das gemeinsame Potential des Europarates auch ordentlich nutzen können. Kämpfen wir gemeinsam für die Ideale und Grundsätze dieser Organisation, für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Schützen und fördern wir sie, damit noch viele andere Menschen so von den Leistungen des Europarats profitieren können, wie ich es zeit meines Lebens in Österreich konnte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen und bin gespannt auf die Diskussion.

18.2. Bundesminister Sebastian Kurz: Stellungnahme zur Ukraine vor dem Plenum des Nationalrates Wien, 24. Februar 2014

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!
Sehr geehrter Herr Präsident,

Vielen Dank für die Gelegenheit heute hier über eine außenpolitische Situation zu berichten, die uns alle betroffen macht.

Unabhängig von der Frage, wann dieser Bericht vor dem Parlament erfolgt, bin ich froh, dass es dazu die Möglichkeit gibt. Ich glaube zudem, dass es auch einen Konsens aller Parteien gibt, dass die Situation in der Ukraine ein Thema ist, das wir hier im Parlament behandeln sollten.

Wer die Bilder in Fernsehen oder Zeitungen sieht, ist geneigt zu glauben, es handle sich um Ereignisse, die weit weg von uns stattfinden.

Die Realität sieht aber anders aus. Die Ukraine ist ein integraler Teil Europas und ist weniger als 500 km von unserer Landesgrenze entfernt!

Wochenlang demonstrierten tausende Menschen im Zentrum Kiews, um ihre Unzufriedenheit mit den Verhältnissen im Land auszudrücken und einen Kurswechsel zu fordern.

Die Versuche der Regierung, diese Protestbewegung zu unterdrücken, und blutig niederzuschlagen, sind nach hinten losgegangen.

Mitte letzter Woche kam es dann zu einer dramatischen Eskalation der Situation, die dutzende Tote und über 1000 Verletzte forderte.

Gerade für einen jungen Menschen wie mich ist die Situation in der Ukraine wahrscheinlich noch unvorstellbarer.

Meiner Generation und mir selbst war es immer selbstverständlich, in einem Land aufzuwachsen, in dem man frei seine Meinung äußern kann, in dem man keiner Polizeiwilkkür ausgesetzt ist und in dem eine unabhängige Justiz die Rechte jedes Einzelnen schützt.

Die Ereignisse in der Ukraine führen drastisch vor Augen, dass diese Freiheit leider noch immer keine dauerhafte Realität für alle Europäerinnen und Europäer ist.

Ausgewählte Dokumente

Für viele – insbesondere junge – Menschen in der Ukraine ist daher die Europäische Union ein Sinnbild für Freiheit, für Rechtsstaatlichkeit und auch für die Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Gerade diese Menschen dürfen wir aus österreichischer und europäischer Sicht nicht enttäuschen!

Ich bin daher froh, dass die Europäische Union von Anfang an nicht weggehen, sondern sich klar engagiert hat.

Sie hat zunächst auf Vermittlung und Dialog gesetzt, aber schlussendlich, als sich die Situation verschärfte, hat sie auch mit großer Entschlossenheit und Geschlossenheit reagiert.

Schon beim letzten Außenministerrat am 10. Februar hat die Europäische Union explizit Sanktionen in den Raum gestellt und klar gemacht, dass sie sofort auf eine Verschärfung der Lage vor Ort reagieren wird.

Nachdem die Situation am Dienstag eskaliert ist, wurde innerhalb von kürzester Zeit eine Sondersitzung der Außenminister einberufen und ein einheitliches und klares Signal gesetzt.

Ich möchte dafür der Hohen Vertreterin der EU, Catherine Ashton, gratulieren. Sie hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass diese Reaktion der EU so rasch, eindeutig und geschlossen ausgefallen ist.

Und ich darf mich an dieser Stelle auch bei allen österreichischen Behörden bedanken, die zusammengearbeitet haben, um einerseits dafür zu sorgen, dass die Sanktionen in Österreich umgehend umgesetzt werden können, und andererseits über die Finanzmarktaufsicht sicherzustellen, dass auch schon vor einem in Kraft treten der Sanktionen das Abziehen von Geldern aus Österreich bestmöglich verhindert werden kann.

Parallel zu dieser Sondersitzung in Brüssel verhandelten im Auftrag von Lady Ashton und stellvertretend für die EU die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens mit Regierungsvertretern, Opposition und Maidan-Vertretern und bekräftigten die drohenden Sanktionen direkt vor Ort.

Der Europäischen Union wird immer wieder – und manchmal sogar zu Recht – vorgeworfen, dass Abstimmungsprozesse sehr lange dauern und dass es in vielen Fragen keine gemeinsame Linie, sondern nur 28 Einzelmeinungen gibt.

In diesem Fall war es anders!

Im Gegenteil: Das geschlossene und entschiedene Auftreten der EU gegenüber der Ukraine hat Wirkung gezeigt!

Seitdem haben sich in der Ukraine die Ereignisse überschlagen: Präsident Janukowitsch wurde vom ukrainischen Parlament abgesetzt, Timoschenko-Vertrauter Alexander Turtschinow wurde zum Übergangspräsidenten ernannt und vorgezogene Wahlen wurden für den 25. Mai beschlossen.

Wir alle sind erleichtert, dass das Blutvergießen in der Ukraine ein Ende gefunden hat.

Entscheidend ist jetzt aber, dass wir uns nicht dem Irrglauben hingeben, die Situation in der Ukraine sei gelöst.

Es braucht konkrete Unterstützung für die Ukraine, um den Transformationsprozess zu unterstützen und auch die pro-europäischen Kräfte und die europäische Perspektive zu bestärken.

Die heutige neuerliche Reise von Catherine Ashton in die Ukraine ist ein eindeutiges Signal, dass sich die EU auch weiterhin engagieren wird.

Die Ukraine hat einen Finanzbedarf in Milliardenhöhe. Russland hat seine Finanzhilfe ausgesetzt und ich halte es daher für das absolut richtige Signal, wenn die EU jetzt rasch mit dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ein umfassendes Wirtschaftspaket auf die Beine stellt.

Es können aber auch zwei andere internationale Organisationen, die derzeit unter österreichischem und schweizer Vorsitz stehen, einen wesentlichen Beitrag leisten: Der Europarat und die OSZE.

Nach der Gewalt, nach den vielen Toten und Verletzten der vergangenen Tage, muss eine unabhängige Untersuchung der gewaltsamen Vorgänge in der Ukraine erfolgen.

Wir haben unseren Vorsitz im Europarat genutzt, um den Generalsekretär Jagland aufzufordern, als Europarat alle Möglichkeiten zur Unterstützung der Ukraine anzuschöpfen. Und ich bin froh, dass der Europarat als die zentrale europäische Menschenrechtsorganisation an die Ukraine bereits ein konkretes Unterstützungsangebot für eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse gerichtet hat.

Auch die OSZE wird eine wichtige Rolle spielen und gemeinsam mit der EU ihre Wahlbeobachtungsexpertise für die im Mai stattfindenden Wahlen anbieten, damit diese frei und fair ablaufen.

Neben der Europäischen Union und den internationalen Organisationen hat aber auch Österreich die Verantwortung und auch die Möglichkeit einen direkten Beitrag zu leisten:

Wir werden dies einerseits im humanitären Bereich tun, aber andererseits auch die Möglichkeit wahrnehmen, um eine nachhaltige Unterstützung zu gewährleisten.

Die wahrscheinlich langfristig nachhaltigste Unterstützung für die Ukraine ist die Unterstützung der jungen Menschen im Land.

Nicht nur weil gerade die jungen Menschen wesentlicher Träger der Protestbewegung waren, sondern auch weil sie es sind, die europäische Werte und Ideen, den Respekt der Menschenrechte und den Wunsch nach Rechtsstaatlichkeit in die Ukraine hineinbringen können.

Ausgewählte Dokumente

Ich halte es daher für ein wichtiges Signal, dass wir beschlossen haben, gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium auf die österreichischen Universitäten einzuwirken, damit wir im Rahmen des Erasmus+ Programms die Angebote und die Kooperationen der österreichischen Universitäten mit der Ukraine ausbauen. Damit werden wir mehr und mehr ukrainischen Studierenden die Möglichkeit geben, einen Teil ihres Studiums in Österreich zu verbringen.

Damit junge Ukrainer und Ukrainerinnen tatsächlich in die EU kommen können, haben wir darüber hinaus sichergestellt, dass für Studenten, Schüler, NGOs, Journalisten und den wissenschaftlichen Austausch weiterhin für über dreimonatige Visa nach Österreich keine Visagebühren eingehoben werden.

Das heißt diese Personengruppen können auch künftig ohne zusätzliche Finanzbelastung nach Österreich kommen.

Wir haben zudem die Österreichische Botschaft in Kiew angewiesen, die Verfahren zu beschleunigen und werden erforderlichenfalls dafür auch zusätzliche Mitarbeiter entsenden.

Österreich bietet darüber hinaus konkrete Hilfe im Bereich der Justizreform und dem Aufbau der Rechtsstaatlichkeit an.

In Absprache mit dem Justizministerium können wir der ukrainischen Regierung und den NGOs das Angebot machen mehrere österreichische Experten zu entsenden.

Eine solche Justizkooperation kann entweder bilateral erfolgen oder im Rahmen einer Mission des Europarates, an der der Generalsekretär des Europarates Jagland bereits intensiv arbeitet.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Die Situation in der Ukraine ist nach wie vor sehr volatil und kann weiterhin jederzeit umschlagen.

Ich möchte daher einen Appell an die politischen Verantwortlichen vor Ort richten, jegliche Gewalt zu vermeiden und jetzt nicht die Fehler der Vorgänger zu wiederholen.

Und auch wir als Europäische Union müssen uns im Klaren sein, dass wir bei aller Freude über den Erfolg der proeuropäischen Kräfte behutsam sein müssen und die Ukraine nicht überfordern dürfen.

Es muss für die Ukraine neben der wichtigen und notwendigen Annäherung an die EU stets auch die Möglichkeit geben die regionale Zusammenarbeit mit Nachbarn wie Russland zu pflegen.

Nur so wird es eine positive und friedliche Perspektive für die Ukraine geben.

18.3. Österreichischer Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates, 14. November 2013 – 14. Mai 2014: Abschlussbericht

Stocktaking of the Austrian Chairmanship of the Committee of Ministers of the Council of Europe (14 November 2013 – 14 May 2014)

The Austrian Chairmanship of the Committee of Ministers of the Council of Europe will conclude on 14 May 2014 when the handover of the chairmanship to Azerbaijan will take effect.

By then, Austria will have chaired the Committee of Ministers for exactly six months, since the Armenian Foreign Minister Edward Nalbandian handed over the chairmanship to Vice Chancellor and Foreign Minister Michael Spindelegger on 14 November 2013 in Strasbourg. The time of our chairmanship has been marked by important developments, not all of which were to be expected when Austria took the helm of the Organisation in mid-November 2013.

The situation in **Ukraine** certainly became the political focus of the Council of Europe over the last few months. It has been discussed at every meeting of Ministers' Deputies since the beginning of the year. It was also chosen as the topic of the informal working session for the 124th Session of the Committee of Ministers on 6 May in Vienna.

Since the beginning of the crisis, the Committee of Ministers has repeatedly called for a **peaceful solution of the current crisis through dialogue and negotiation** and has called for respect of international law, of the United Nations' Charter and of the Statute of the Council of Europe, and the full respect of the territorial integrity, unity and independence of Ukraine. It was also underlined that the illegal referendum held in the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol on 16 March 2014 and the subsequent illegal annexation by the Russian Federation cannot form the basis for any alteration of the status of the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol.

Minister Sebastian Kurz twice visited Ukraine as Chairman of the Committee of Ministers together with the Secretary General. The Committee of Ministers and the Secretary General offered concrete and tailor-made assistance to Ukraine, which includes an **International Advisory Panel** to promote confidence through an independent investigation of acts of violence, as well as a **tripartite working party** involving the Parliament, the Ministry of Justice of Ukraine and the Council of Europe to bring forward the legislative reforms, which the Council of Europe stands ready to support, including regarding constitutional reform through its Venice Commission.

Furthermore, following a request made by the Ukrainian authorities, the Committee of Ministers instructed the Advisory Committee of the Framework Convention for the **Protection of National Minorities** to review the situ-

Ausgewählte Dokumente

ation of national minorities in Ukraine. Following a visit of the Advisory Committee and the submission of the Advisory Committee's report, the Ministers' Deputies noted the concerns raised therein and called on the parties concerned to effectively follow up on all the report's conclusions. The Committee also invited the Advisory Committee to continue to monitor the situation of national minorities throughout Ukraine, including in Crimea, using all available means and welcomed in this context the launching of the third monitoring cycle regarding the implementation by Ukraine of the provisions of the European Charter for Regional or Minority Languages and the fourth monitoring cycle regarding the implementation by Ukraine of the provisions of the Framework Convention for the Protection of National Minorities, under which an assessment regarding the protection of the rights of persons belonging to national minorities, including regional or minority languages, will be provided throughout Ukraine, including in Crimea.

In the context of the Council of Europe's assistance package for Ukraine, the Ministers' Deputies welcomed the immediate assistance measures for Ukraine presented by the Secretary General, including the important tasks assigned to the Venice Commission in assisting Ukraine in various areas of reform, encouraged their rapid implementation and invited member States to urgently consider granting voluntary contributions for their financing.

The Ministers' Deputies also firmly recalled the duty of all member States to comply with the commitments undertaken under the Statute of the Council of Europe and the relevant instruments of the Organisation and stressed in this context the importance of the interim measure granted by the European Court of Human Rights following the Inter-State application lodged by Ukraine and called on the two Parties concerned to comply with this measure without delay. They urged the Russian Federation to enter into a direct dialogue with the Government of Ukraine.

The acting Minister of Foreign Affairs of Ukraine, Mr Andrii Deshchytzia, addressed a meeting of Ministers' Deputies, in which the commitment of the Ukrainian authorities -reiterated by Minister Deshchytzia on this occasion- to effectively implement reforms aimed at strengthening human rights protection, the functioning of democratic institutions and the rule of law in line with the Council of Europe's values, was welcomed.

As set out in the presentation of the **priorities of the Austrian Chairmanship** at its start in November 2013, our priorities had been defined in response to challenges in all three areas of the Council of Europe's core mission – human rights, democracy and the rule of law – and on the basis of the common priorities agreed upon by Andorra, Armenia and Austria.

The chairmanship has continuously worked on the implementation of its priorities during the last six months and is pleased to be able to report on initiatives and events held in this context:

Respect for freedom of expression and the safety of journalists, whose watchdog function has repeatedly been highlighted by the European Court of Human Rights, remain primary concerns of Austria. The Chairmanship thus welcomes that the Thematic Debate on "Safety of Journalists", which was held in December 2013 upon the proposal by Austria, has led to the creation of a Task Force chaired by the Deputy Secretary General, consisting of representatives of the relevant Secretariat departments. This Task Force has taken stock of work already under way for a better protection of journalists and identified areas for further consideration and concrete action. The Ministers' Deputies have taken note of these follow-up proposals made by the Secretary General and invited him to implement these proposals and to report in due course.

Moreover, the Committee of Ministers has adopted a declaration on the protection of journalism and safety of journalists and other media actors in which it alerted member States of the increasing number of reports of attacks on journalists and other media actors in several parts of Europe. It decided to facilitate the development of an Internet-based platform drawing on information supplied by interested media freedom organisations to record and publicise possible infringements of the rights guaranteed by Article 10 of the European Convention on Human Rights. The Committee of Ministers also urged member States to fulfil their positive obligations to protect journalists and other media actors from any form of attack, and to end impunity in compliance with the European Convention on Human Rights and in the light of the case law of the European Court of Human Rights and invited member States to review at least once every two years the conformity of domestic laws and practices with these obligations on the part of member States. In the declaration, the Committee of Ministers also encouraged member States to contribute to the concerted international efforts to enhance the protection of journalists and other media actors by ensuring that legal frameworks and law-enforcement practices are fully in accord with international human rights standards. The implementation of the UN Plan of Action on the Safety of Journalists and the Issue of Impunity is deemed an urgent and vital necessity in this context.

Furthermore, the Committee of Ministers agreed to intensify its standard-setting and co-operation activities for the protection of journalism and the safety of journalists and other media actors as a priority and to contribute expertise to other international organisations with regard to the particular competence of the Council of Europe. It will consider further measures to ensure the protection of journalists from threats and acts of violence, as well as measures to eradicate impunity, and the alignment of laws and practices concerning defamation, anti-terrorism and protection of journalists' sources with the European Convention on Human Rights. It also will address the specific challenges and threats that women journalists are confronted with in the course of their work.

Ausgewählte Dokumente

The Internet as a vital tool for connecting people and for participation in democratic processes was another focus of the Austrian Chairmanship. At the Conference “**Shaping the Digital Environment – Ensuring our Rights on the Internet**” held in Graz in March this year, over 150 participants from 37 countries, representing governments, international organisations, civil society and industry, addressed the impact of the Internet on human rights, the rule of law, and democracy. The conference featured on its agenda issues such as privacy on the internet, public interest content and industry responses to user rights. Participants also assessed the progress made on the Council of Europe’s Internet Governance Strategy 2012–2015 and identified strategic priorities beyond 2015. As the conclusions of the Conference show, the Council of Europe’s Internet Governance Strategy has delivered many tangible results and more progress is expected. The coming two years will focus on the delivery of appropriate legal and political instruments and other tools, such as key instruments and tools on net neutrality, transparency, free flow of Internet content, through relevant bodies and actors of the Council of Europe as well as by co-operation arrangements between governments, the private sector, civil society and relevant technical communities.

In April this year, the Committee of Ministers adopted a **Guide to human rights for Internet users** to help them better understand their human rights online and what they can do when these rights are challenged. The Guide is based on the rights and freedoms contained in the European Convention on Human Rights, as interpreted by the European Court of Human Rights, and on other Council of Europe conventions and legal texts. It focuses on the human rights on which the internet has most impact: access and non-discrimination, freedom of expression and information, freedom of assembly, association and participation, privacy and data protection, education and literacy, protection of children and young people, and the right to effective remedies for violations of human rights.

The fight against trafficking in human beings has been a further priority of the Austrian Chairmanship. In February this year, the conference “**Not for Sale – Joining Forces Against Trafficking in Human Beings**”, jointly organised with the Swiss Chairmanship of the OSCE, was held in Vienna. With over 450 participants, this conference received a high level of attention from interested stakeholders as well as media representatives. The aim of the conference was to take stock of the progress made so far and to discuss the challenges in the implementation of the Council of Europe Convention on Action against Human Trafficking. It also provided an opportunity for exchanges on how legally binding standards, monitoring mechanisms and political strategies can mutually reinforce each other and lead to effective action to counter trafficking in human beings. Following the conference, a “Framework for Joint Action” was drafted with the aim of making concrete proposals for follow-up to the conference. It was circulated among Delegations who were given the opportunity to comment on it. The Austrian Chairmanship is in

close contact with the Swiss Chairmanship of the OSCE as well as experts from the Secretariats of the two organisations regarding the implementation of these proposals. Austria considers this cooperation with the OSCE as an excellent example for **strengthened synergies** between both organisations and stands ready to support the continuation of such a close cooperation **with the OSCE and other international organisations.**

A conference on strengthening the capacity of parliamentarians, judges and prosecutors to prevent corruption in their own ranks held at the International Anti-Corruption Academy in Laxenburg, Austria in April this year brought together around 70 participants from GRECO member States, as well as from international organisations and other relevant stakeholders. In addition to taking stock of national experience and main findings in the prevention of corruption in respect of members of parliament, judges and prosecutors, it also provided an opportunity to review policies, exchange information on good practices and to identify future action in the light of GRECO's Fourth Evaluation Round. The conference opened with a high-level segment with several Ministers and high-level officials. In the following expert sessions, GRECO delegates of all member States worked together with experts and representatives from the different sectors concerned to highlight achievements on prevention of corruption in respect of members of parliament as well as judges and prosecutors.

At the conference "**Human Rights and Disability**", organised by the Austrian Chairmanship in April this year in Vienna, the political perspectives and the legal instruments on human rights of the Council of Europe and the United Nations and their importance for persons with disabilities were discussed, introduced by high level keynote speakers.

The **protection of women against violence**, including domestic violence was another priority area for our Chairmanship. Austria constantly highlighted the importance of the Council of Europe's pioneer work in this field. The Istanbul Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence will enter into force on 1 August 2014. This treaty, for the first time in Europe, sets legally binding standards to prevent violence against women, to protect its victims and punish perpetrators.

Having actively promoted among member states the ratification of the Istanbul Convention in multilateral fora as well as on bilateral level together with Turkey in order to allow for an early entry into force, Austria is particularly pleased that this goal was assured during our Chairmanship. Austria expresses its appreciation to Andorra, Albania, Bosnia-Herzegovina, Denmark, Italy, Montenegro, Portugal, Serbia, Spain and Turkey whose ratifications next to our own made it possible to surpass the number of ratifications necessary to achieve this. At the same time, Austria continues to encourage all member states that have not yet done so to sign and ratify this key convention.

Against the background of an ageing society, the sustainability of pension systems and issues regarding the fight against poverty were discussed by

Ausgewählte Dokumente

experts in the conference “**Old-age pensions for women – entitlement and poverty avoidance**“ organised by the Austrian Chairmanship in Vienna in April this year.

With a view to the commemoration of the outbreak of the **First World War**, Austria together with Hungary organised the conference “The First World War in Central European Memory: Trans/national perspectives, European contexts” from 20–22 April in Vienna. The aim of the conference was to discuss the various national historical narratives of the events from 1914–1918 and to link them in order to develop a transnational perspective on these different narratives.

The importance the Austrian Chairmanship attributes to **interinstitutional relations** was highlighted through the high level participation of Austrian representatives at the sessions of the **Parliamentary Assembly** and the Congress of Local and Regional Authorities. Next to the two oral communications by Austria’s Foreign Minister Sebastian Kurz, Chairman of the Committee of Ministers, to the Parliamentary Assembly, both Austrian Federal President Heinz Fischer and Austrian Federal Chancellor Werner Faymann addressed the Assembly. The Austrian Federal Minister for Agriculture, Forestry, Environment and Water, Andrä Rupprechter, representing the Austrian Chairmanship of the Committee of Ministers, addressed the **Congress of Local and Regional Authorities** at its March Session, during which the Congress also celebrated its 20th anniversary.

Visits of the Chairman of the Committee of Ministers and of the Austrian Federal President to the **European Court of Human Rights** underlined the importance Austria attaches to the protection system set up under the European Convention on Human Rights and to the right to individual application as well as the respect for the Court.

On **internal issues of the Council of Europe**, the chairmanship is pleased to note that the Organisation’s **reform process** was further pursued over the last semester. The adoption of the biennial Programme and Budget for 2014–2015 took place during the Austrian Chairmanship. It comprises 31 operational programmes, covering the intergovernmental sector, the institutions, the partial agreements and the independent mechanisms, all of which allows the Organisation to further streamline and focus its activities in line with its mandate. Austria is looking forward to a continuation of the reform process.

During the Austrian Chairmanship, the Committee of Ministers also fulfilled its statutory obligations regarding the **election process for the post of Secretary General**, with effect from 1 October 2014. It decided in accordance with the rules of procedure and the joint interpretative statement to submit to the Parliamentary Assembly the candidatures of Mr Thorbjørn Jagland (Norway) and Mrs Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Germany), with a view to the election of the next Secretary General by the Assembly during its June session.

18.4. Verleihung des EU-Kandidatenstatus an Albanien: Schreiben von 16 EU-AußenministerInnen an die Hohe Vertreterin Catherine Ashton und die griechische EU-Präsidentschaft, 5. Juni 2014

CATHERINE ASHTON, HIGH REPRESENTATIVE OF THE EU
FOR FOREIGN AFFAIRS AND SECURITY POLICY
EVANGELOS VENIZELOS, DEPUTY PRIME MINISTER AND
MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS, GREECE

5 June 2014

Dear Ms. Ashton, dear Mr. Venizelos,

During recent years Albania has moved considerably and consistently forward on its path to EU-integration, as confirmed by the European Commission's recommendation of October 2013 to grant candidate status.

Last December, the Council welcomed the further action taken by Albania in the fight against corruption and organised crime, the commitment of the new government and commended its intensified efforts in these areas.

Now, Albania's commitment and progress, as outlined in the Commission's June 2014 report, clearly merit further recognition by the European Union. Albania has convincingly fulfilled the conditions that the European Union has asked for. During recent months, Albania has strengthened its efforts in the area of rule of law.

In the fight against corruption and organized crime Albania has shown continued political will to act decisively. To name a few examples: The legal and institutional framework on anticorruption has been strengthened. Law enforcement agencies have intensified their activities; the police have undertaken a number of operations against criminal activities, including fighting drug trafficking. International cooperation has been stepped up. The country has also demonstrated its commitment to judicial reform and started working with the Venice Commission to improve the independence, accountability and professionalism of the judiciary.

Looking ahead to the June General Affairs Council and subsequent the European Council we therefore reiterate our support in favour of granting candidate status to Albania.

This would encourage Albania to continue its reform path and keep up the reform momentum. It would also have the potential to signal to the previous government, that the reform foundations they put in place are being recognised, facilitating in this way the establishment of a more inclusive political culture.

Ausgewählte Dokumente

The enlargement process is a demanding process with strict conditionality. It is therefore important to show that once this conditionality is fulfilled, the European Union stands ready to reward progress and help countries in their path towards membership. Granting candidate status to Albania therefore will send a strong and important signal to the countries of the region and enforce the transforming and stabilising power of the enlargement process – a process that benefits both the EU's and the enlargement countries' citizens. We also send this letter to Commissioner Stefan Füle, as well as our colleagues in the General Affairs Council.

Sincerely,

Sebastian Kurz, Federal Minister for Europe, Integration and Foreign Affairs of Austria

Federica Mogherini, Minister of Foreign Affairs of Italy

Vesna Pusić, First Deputy Prime Minister and Minister of Foreign and European Affairs of Croatia

Karl Erjavec, Deputy Prime Minister and Minister of Foreign Affairs of Slovenia

Miroslav Lajčák, Deputy Prime Minister and Minister of Foreign and European Affairs of the Slovak Republic

Titus Corlătean, Minister of Foreign Affairs of Romania

Kristian Vigenin, Minister of Foreign Affairs of Bulgaria

Radosław Sikorski, Minister of Foreign Affairs of Poland

János Martonyi, Minister of Foreign Affairs of Hungary

Carl Bildt, Minister of Foreign Affairs of Sweden

Ioannis Kasoulides, Minister of Foreign Affairs of Cyprus

Urmas Paet, Minister of Foreign Affairs of Estonia

Eamon Gilmore, Minister for Foreign Affairs and Trade of Ireland

Edgars Rinkēvičs, Minister of Foreign Affairs of Latvia

Linas Linkevičius, Minister of Foreign Affairs of Lithuania

George W. Vella, Minister of Foreign Affairs of Malta

18.5. Bundesminister Sebastian Kurz: Rede beim öffentlichen Segment der Botschafterkonferenz des BMEIA Wien, 2. September 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Sie ganz herzlich zum öffentlichen Teil unserer diesjährigen Botschafterkonferenz begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Sie alle hier sind, dass unsere Botschafterinnen und Botschafter aus der ganzen Welt angereist sind und ich freue mich natürlich auch, dass so viele interessierte Gäste und insbesondere Ehrengäste heute bei uns sind.

Ich kann mich noch gut erinnern, als mich vor knapp neun Monaten Michael Spindelegger gefragt hat, ob ich mir vorstellen könnte, ihm im Außenministerium nachzufolgen. Ich hab ihm damals sofort meine Sorge darüber mitgeteilt, wie ich mich denn in die thematische und geographische Breite des Aufgabenspektrums des Außenministeriums hineinfinden könne. Er hat mir in diesem Punkt zwar zugestimmt, aber auch gemeint: „Der Vorteil ist, dass es selten große Krisen gibt. Du wirst Dich also in aller Ruhe einarbeiten können“.

Es kam wie es kam, er hat nicht unbedingt Recht behalten. Es war ein sehr intensiver Einstieg. Wenige Tage nach dem Start im Außenministerium gab es einen sehr schwierigen Konsularfall in Dubai, wenige Wochen später der Beginn der Krise in der Ukraine, dann in Gaza und vieles andere ist gefolgt. Ich warte also noch immer auf die ruhige Einarbeitungsphase.

Gleichzeitig stehe ich aber heute in großer Dankbarkeit da für die große Unterstützung und die herzliche Aufnahme, die ich in den ersten acht Monaten in diesem Ministerium erleben durfte. Ich möchte heute diesen öffentlichen Teil daher auch dafür nutzen, allen Diplomatinen und Diplomaten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums ganz herzlich zu danken.

Wir sind ein kleines Team, aber ein Team, das weltweit Großes leistet. Wir haben international, was unsere Diplomaten betrifft, einen ausgezeichneten Ruf. Das hilft mir natürlich in meiner täglichen Arbeit, das ist der Garant für den Erfolg des Außenministeriums. Es hilft aber vor allem der gesamten Republik. Daher vielen Dank an alle für die Arbeit, die in diesem Ministerium geleistet wird.

Heute ist eine Premiere, nicht nur für mich, weil es meine erste Botschafterkonferenz ist, sondern für uns alle, weil wir ganz bewusst ein öffentliches Segment bei dieser Botschafterkonferenz eingeplant haben. Es soll die Möglichkeit schaffen, einen Einblick in die Arbeit des Außenministeriums zu geben. Es soll aber auch die Möglichkeit schaffen für Gespräche und Kon-

Ausgewählte Dokumente

takte. Und wenn Vorstandsdirektor Stefan Szyszkowitz sagt, er habe schon in einer halben Stunde mit so vielen Botschafterinnen und Botschaftern sprechen können, wie sonst in einem ganzen Jahr nicht, dann ist das auch genau das Ziel, das wir heute erreichen wollen.

Wir wollen einen Überblick geben über die breite Palette an Themen und an Regionen, an denen wir arbeiten. Ich möchte daher jetzt gar nicht den Versuch starten, auf alle Themenfelder einzugehen, die uns in unserer täglichen Arbeit beschäftigen. Vielmehr darf ich kurz drei Punkte herausheben, die uns im Moment akut und besonders betreffen.

Ich darf starten mit der wahrscheinlich größten Krise, die Europa seit langem erlebt. Die Krise in der Ukraine ist nicht nur omnipräsent, sondern sie ist vor allem für junge Menschen wie für mich, die den Kalten Krieg nur aus den Geschichtsbüchern kennen, etwas Unvorstellbares und Unfassbares.

Man kann es sich jetzt im Nachhinein natürlich leicht machen und sagen, es hätte doch alles vorhersehbar sein müssen, die Europäische Union hätte doch damit rechnen müssen und können. Aber wenn wir uns ehrlich sind, dann wissen wir wahrscheinlich alle miteinander, dass keiner von uns damit gerechnet hat, dass Präsident Janukowitsch am Tag, an dem das EU-Assoziierungsabkommen zur Unterschrift bereit lag, die Unterschrift verweigern würde. Wir hätten wahrscheinlich alle nicht vorhergesehen, dass darauf hin eine Maidan-Bewegung startet, die so stark ist, dass er das Land verlassen muss und eine neue Regierung die Führung übernimmt. Und wir hätten wahrscheinlich alle nicht damit gerechnet, dass Russland danach die Annexion der Krim durchführt und mittlerweile sogar im Osten der Ukraine nicht nur Separatisten unterstützt, sondern sogar russische Soldaten im Einsatz hat.

Das alles sind Entwicklungen, wo Europa zu Recht nicht wegsehen will und auch nicht wegsehen darf. Und ich bin froh, dass Europa gleich von Beginn an klargestellt hat, dass es keine militärische Antwort geben wird, sondern dass es eine politische Antwort auf diesen Konflikt geben muss.

Was wir nun in den letzten Tagen erleben, ist eine neuerliche Verschärfung des Konflikts. Das Faktum, dass russische Soldaten direkt im Einsatz sind, ist eine weitere Zuspitzung und wird dementsprechend auch von der Europäischen Union mit weiteren Sanktionen, mit weiteren restriktiven Maßnahmen, beantwortet werden müssen. Für uns heißt das innenpolitisch natürlich auch, dass wir uns auf mögliche weitere Gegensanktionen Russlands vorbereiten müssen und für die Europäische Union heißt das, dass wir parallel dazu auf jeden Fall auch Verhandlungen fortsetzen müssen. Denn das Ziel muss ja nach wie vor sein, einen Waffenstillstand und eine friedliche Lösung des Konflikts im Verhandlungsweg zu erreichen.

Die große Herausforderung für die Europäische Union und auch für Österreich ist aber, dass dieser Krisenherd – leider Gottes – im Moment nicht der einzige ist. Zeitgleich gibt es eine weitere weltpolitische Krise im Nahen

Osten. Neben der dramatischen Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten macht uns hier insbesondere die Situation im Irak und in Syrien betroffen. Es ist dramatisch zu sehen, wie hier nicht nur gekämpft wird, wie hier nicht nur militärisch vorgegangen wird, sondern wie hier auch Menschen abgeschlachtet werden und ganz bewusst versucht wird, religiöse Minderheiten wie die Jesiden und auch die Christen förmlich auszulöschen.

Für uns ist das eine doppelte Herausforderung: Einerseits eine außenpolitische, aber – nachdem mittlerweile bekannt ist, dass auch tausende Europäer in diesen für sie anscheinend „heiligen“ Krieg eingestiegen sind – natürlich andererseits auch eine innenpolitische Herausforderung und eine sicherheits- und integrationspolitische Herausforderung für die gesamte Europäische Union.

Außenpolitisch haben wir Österreicher gleich zu Beginn festgestellt, dass wir humanitäre Hilfe leisten wollen. Wir haben durch den Auslandskatastrophenfonds finanzielle Hilfe sichergestellt und wir haben es – Gott sei Dank – innerhalb von wenigen Tagen auch ermöglichen können, direkt vor Ort den Verfolgten mit medizinischen Gütern zu helfen.

Humanitäre Hilfe ist eine Facette des außenpolitischen Handelns, die wir rasch in die Wege leiten können und wo wir auch weiterhin einen noch größeren Beitrag leisten wollen. Darüber hinaus – und da dürfen wir nicht naiv sein – ist die humanitäre Hilfe allein aber alles andere als ausreichend. Es braucht auch ein entschlossenes Vorgehen gegen die IS-Terroristen. Hierfür – auch da müssen wir realistisch sein – gibt es andere Länder, die über ganz andere Möglichkeiten verfügen. Aber wir dürfen nicht so unehrlich sein und deren Agieren nur sehr vage oder gar nicht mittragen. In diesem Fall, glaube ich, braucht es auch von unserer Seite ein klares Bekenntnis dazu, dass etwa die Luftangriffe der Amerikaner nicht nur Sinn machen, sondern auch den verfolgten Minderheiten vor Ort geholfen haben. Und obwohl Waffenlieferungen stets ein Dilemma sind – man muss hier immer sehr behutsam vorgehen – bin ich trotzdem überzeugt, dass es in diesem Konflikt notwendig ist, dass andere europäische Staaten, die die Möglichkeiten haben, auch mit Waffenlieferungen all jene unterstützen, die sich vor Ort den IS-Terroristen entgegenstellen.

Innenpolitisch heißt das für uns, dass wir einen Fehler auf keinen Fall machen dürfen. Nämlich, dass wir all die 500.000 Muslime, die mittlerweile in Österreich leben, nun schief anschauen und unter einen Generalverdacht stellen. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Masse dieser Menschen nicht nur gut integriert ist, sondern einen ganz wesentlichen Beitrag in unserer Gesellschaft leistet.

Fakt ist aber auch, dass es rund 130 Personen gibt, die im Irak und in Syrien im Kampfeinsatz sind. Jeder einzelne davon ist ein Sicherheitsrisiko für uns und jeder einzelne ist auch einer zu viel. Wir werden daher die Präventions-

Ausgewählte Dokumente

maßnahmen dort ausbauen, wo es Sinn macht. Und dort, wo es schon zu spät ist, braucht es auch ein klares und entschlossenes Vorgehen der Polizei gegen die Extremisten. Wir unterstützen daher das Innenministerium und die Innenministerin ganz klar bei allen Bemühungen, die hier derzeit gesetzt werden!

Die dritte Region, die ich ansprechen möchte, ist keine Krisenregion, sondern ein wichtiger außenpolitischer Schwerpunkt Österreichs – ein Schwerpunkt schon seit langer Zeit und meiner Meinung nach auch zu Recht. Es ist der Westbalkan.

Ich bin mir bewusst, dass es in Österreich in der Mehrheitsmeinung nicht immer populär ist, sich für den Westbalkan einzusetzen. Ich bin mir auch durchaus bewusst, dass es alles andere als populär ist, sich für eine EU-Perspektive dieser Staaten einzusetzen.

Es ist zwar nicht populär, aber dafür das Richtige! Der Westbalkan ist eine Region, die mit uns eine enge wirtschaftliche, kulturelle und auch menschliche Verbundenheit hat. Die größte Gruppe an Migranten in Österreich sind Personen, die aus dieser Region zugewandert sind, unsere größten wirtschaftlichen Investitionen sind in dieser Region. Wir haben daher ein großes Interesse, dass in der Region die notwendigen Reformen durchgeführt werden, und wir haben auch ein großes Interesse daran, dass alle Westbalkan-Länder eine echte Beitrittsperspektive in der Europäischen Union haben.

Die wesentlichen Personalentscheidungen in der Europäischen Union sind inzwischen gefasst und es kann langsam die inhaltliche Arbeit der neuen Kommission beginnen. Und wir werden uns auch ihr gegenüber auf jeden Fall weiterhin dafür einsetzen, dass in der Region nicht nur die notwendigen Reformen durchgeführt werden, sondern dass der Westbalkan vor allem auch eine Perspektive in der EU hat.

Bei unserer Arbeit im Außen-, Europa- und Integrationsministerium – und das werden Sie heute auch sehen, wenn die einzelnen Bereiche noch vorgestellt werden – geht es stets darum, österreichische Werte und auch österreichische Interessen zu vertreten. Das ist unser Anspruch als Außenministerium. Das Motto ist „Weltweit für Sie da“, und das Ziel ist daher, österreichische Interessen weltweit zu vertreten. Ganz egal, ob das die Auslandsösterreicher oder Reisenden sind, ob das Kunst- und Kulturschaffende oder Wissenschaftler sind oder ob das Unternehmer und Wirtschaftstreibende sind.

Unser Ziel als Ministerium ist es, Serviceanbieter, Dienstleister für Sie alle zu sein. Und ich hoffe, dass die heutige Botschafterkonferenz Ihnen die Möglichkeit gibt, über das breite und vielfältige Angebot des Außenministeriums einen Überblick zu gewinnen. Ich hoffe, dass Sie auch sehen, unter welchen – teilweise schwierigen – Bedingungen Diplomaten in Krisengebieten tätig sind. Und ich hoffe vor allem, dass Sie sich dafür entscheiden, diese Servi-

ceangebote des Außenministeriums noch intensiver zu nutzen. Das ist unsere Zielsetzung des heutigen Tages.

Vielen Dank, dass Sie gekommen sind und ich freue mich auf die heutige Veranstaltung!

18.6. Bundesminister Sebastian Kurz: Rede bei der 69. Generalversammlung der Vereinten Nationen New York, 27. September 2014

Mr. President, Excellencies, Ladies and Gentlemen

It is with great respect that I stand at this podium for the first time as Austrian Foreign Minister.

Many eminent world leaders stood here before me and laid out their visions on international challenges and crises.

As you can tell – probably even from the last row – I look a bit younger than most of the other speakers before.

Indeed, I believe I am the only person under the age of 30 who has the privilege of speaking here this week.

So while I cannot speak from many years of experience, what I can offer is the perspective of a young generation.

My generation is the post Cold-War generation. The Iron Curtain collapsed 25 years ago when I was 3 years old.

For us in Europe, the years after the collapse of the Iron curtain were years filled with hope and new opportunities:

- We could travel freely, study in foreign countries and meet people from all over the world.
- We grew up in a society where human rights were respected, where the rule of law was a given and where religious freedom was practised.
- We communicate without borders on Facebook and Twitter, we have our entire lives stored on our smartphone and we consume the news online.

While the world after the Cold War offered fascinating new opportunities, it also proved to be not orderly at all, but quite messy and more uncertain than many had predicted.

Just two years after the wall came down, war returned to Europe in the Western Balkans. Thankfully, these horrors came to an end and these countries have a clear European perspective now.

Ausgewählte Dokumente

Ladies and Gentlemen,

After the fall of the Iron curtain, we believed that the world would move forward and that more and more people would benefit from the same opportunities that my generation in Western Europe enjoyed.

But the world today seems to be shifting into reverse.

We are facing situations and horrors we thought we had overcome many years ago.

For young people like myself who only learned about the cold war through history books it seems unbelievable that the thinking in terms of confrontational blocs could return to Europe.

The crisis in Ukraine is probably the most serious challenge to peace and security Europe has had to face in decades.

Looking back it is easy to claim that this development should have been predictable, that we should have foreseen it.

But let's be honest.

- Who would have predicted that after 3 years of negotiations President Yanukovich would refuse to sign the Association Agreement with the European Union?
- Who would have predicted that after this, the Maidan movement would be strong enough to force him to leave the country?
- And who would have predicted that Russia would react by annexing Crimea, actively supporting separatist movements?

We cannot accept that international law is broken and that recognized borders are challenged in Europe once again. At the same time, we need to find a political solution reaching beyond a mere ceasefire.

We need a solution offering a perspective for a free, stable and united Ukraine, a Ukraine, which enjoys strong economic ties with both the European Union and the Russian Federation.

Let us not return to Cold-war-thinking where two blocs face each other. Our political guideline must be to move from a policy of "either Europe or Russia" to a logic of "both, Europe and Russia".

Ladies and Gentlemen,

Some people have claimed that Ukraine would not be in this situation, had it not given up its nuclear weapons.

This kind of thinking is dangerous.

And we have to ask ourselves: Where would this lead us?

As long as nuclear weapons exist, the risk of their use – on purpose or by accident – remains real.

Let us be clear: nuclear weapons have the potential of ending life on this planet more than any other human action.

And let us not forget that 69 years after Hiroshima and Nagasaki the humanitarian consequences of a single nuclear explosion are terrifying and long-lasting.

The desire to prevent the humanitarian consequences of nuclear weapons should unite us all. We therefore hope that the next Conference on this subject – to be held in Vienna in December 2014 – will mark a real change of direction in international discussions on nuclear weapons.

Mr. President,

Looking beyond our region, we are currently witnessing a further rise of extremism in the name of religion with a new development:

foreign terrorist fighters who come from Western countries and travel to the Middle East in order to join the fight.

There is no time to lose: we must actively address what is happening in Northern Iraq where the so-called Islamic State is attempting to wipe out entire religious communities.

Where children are being beheaded, mothers raped and fathers hung because of their beliefs.

In Europe, we estimate that there are thousands of foreign fighters with European passports. In our case, there are more than 140 people from Austria fighting in the name of a so called "holy war".

We all know that these terrorist organizations operate worldwide. They get their terrorist fighters by global recruiting.

They finance themselves through global networks.

They buy arms and other resources on a global scale.

And they use – or rather abuse – the global communication networks to their benefit.

How is it possible that terrorist organizations have access to financial and economic resources that allow them to operate so effectively?

How is it possible that we allow terrorist organizations to abuse the right to freedom of expression by showing their barbaric acts on social media?

And how is it possible that they are able to recruit new fighters within our societies?

We all, governments and private sector, have the duty to develop preventive measures within our societies to stop the flow of foreign terrorist fighters, to cut off financial support to their organisations and to put an end to the abuse of social media networks by developing forms of voluntary self-restriction in these networks. The adoption of the Security Council resolution this week was an important first step. Now we have to implement it. And we must always remind ourselves that the battle lines in the confrontation are not limited to Iraq or Syria. These battle lines run through our very own Western societies.

Ausgewählte Dokumente

Ladies and gentlemen,

My generation in Austria was privileged to be able to grow up in freedom from fear and freedom from want.

There are of course other stories to be told of young people, growing up for example in Afghanistan or the Central African Republic.

Today half of the world's population is under 25 years of age.

Many of them lack nutrition, health care, education, and jobs – all in all not much perspective in life!

Therefore, the United Nations' work on development is crucial, to lift millions of people out of poverty, to help the hungry and the sick and to educate new generations throughout the world.

The United Nations needs and deserves our support and I can assure you that Austria fully stands behind the post-2015 development agenda.

But we also need to ensure that respect for human rights and the rule of law will receive proper attention.

Only a society that respects the rights of its citizens will be a society that allows the potential of each individual to develop.

We are therefore very glad to organize the Second United Nations Conference on Landlocked Developing Countries in Vienna in November this year.

And we are honoured that Secretary-General Ban Ki-moon has agreed to attend the conference.

Mr. President,

I am aware that the list of challenges that the international community and the UN are facing is long. Iraq, Ukraine, Syria, Gaza, Central African Republic, Mali and the outbreak of the Ebola disease, just to name a few.

In view of these challenges the United Nations needs and deserves our full support.

And I want to specifically thank Secretary-General Ban Ki-moon for his tireless efforts at the helm of the UN.

I can assure you that Austria remains committed to working actively together within the UN and its organisations to support your work and to address these global challenges be it as

- peacekeepers,
- president of the ECOSOC
- or as a member of the Human Rights Council.

We are particularly proud to host the United Nations Office in Vienna, which has become a landmark in Austria.

Austria has a long tradition of building bridges and serving as a place for international dialogue. We will continue to do so in the future and offer our

contribution to making our world a little bit safer and better for the generations to come.

Thank you.

18.7. Bundesminister Sebastian Kurz: Rede beim „Gipfel gegen HASS und HETZE“ Wien, 14. Oktober 2014

Sehr geehrte Regierungskollegen!

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgesellschaften in Österreich!

Sehr geehrte Expertinnen und Experten!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich, dass so viele von Ihnen heute unserer Einladung gefolgt sind! Der Anlass sind die dramatischen Entwicklungen, die sich in den letzten Wochen und Monaten zugetragen haben. Auf internationaler Ebene erleben wir im Nahen Osten die Ausbreitung der neuen, extrem brutal und rücksichtslos vorgehenden Terrororganisation des sogenannten Islamischen Staates oder „IS“. Der von dieser Organisation ausgehende Terror erreicht eine besondere Grausamkeit: Minderheiten, vermeintlich Andersgläubige und auch Frauen und Kinder werden unbarmherzig getötet. Der Großteil der Opfer sind dabei selbst Muslime.

Wenngleich die Ereignisse weit weg erscheinen, so haben sie doch weitreichende Auswirkungen auf Europa und Österreich. Etliche Europäer haben sich der Terrororganisation angeschlossen, darunter auch eine beträchtliche Anzahl von Personen aus Österreich.

Die schweren Kriegsverbrechen und unvorstellbaren Akte der Barbarei, die von den IS-Terroristen im Nordirak und Syrien verübt werden, müssen daher auf mehreren Ebenen und von mehreren Seiten aktiv bekämpft werden. Gefragt sind Ansätze sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene im Bereich der vorbeugenden Maßnahmen und der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden.

Im internationalen Bereich stand das Thema des IS-Terrorismus im Mittelpunkt der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen, insbesondere durch die am 24. September vom UNO-Sicherheitsrat einstimmig verabschiedete UNO-Resolution 2170 gegen Jihadisten bzw. Foreign Fighters. Österreich hat sich in diesem Rahmen klar zu den Zielen der Bekämpfung des IS-Terrorismus bekannt und sich der Anti-IS-Allianz angeschlossen. Österreich unterstützt den Kampf gegen des IS nicht nur mit politischen Mittel, sondern auch durch ganz konkrete humanitäre Unterstützung der Zivilbevölkerung. Österreich hat neben einer Million Euro für humanitäre Hilfe für den Nordirak im August und medizinischen Hilfspaketen für den

Ausgewählte Dokumente

Nordirak im Wert von 150.000 Euro Ende September zusätzlich weitere 500.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds für Syrienflüchtlinge bereitgestellt.

Auf Ebene der Europäischen Union haben wir uns auf ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen Foreign Fighters verständigt, um dem Problem der Ausländischen Kämpfer in Terrormilizen in Syrien und im Irak zu begegnen.

Österreich hat dabei mehrere wichtige Punkte in die Strategie eingebracht. Insbesondere wird das Vorgehen gegen Online-Propaganda verstärkt. Es soll mehr getan werden, um extremistische Inhalte aus dem Netz zu entfernen. Gerade dazu habe ich auch in den USA mit Facebook und Twitter Gespräche geführt, die ich in den kommenden Wochen fortsetzen werde.

Hoch relevant ist es, auch auf nationaler Ebene ganz konkrete Schritte zu setzen. Das grundsätzliche gute Zusammenleben in Österreich darf durch die jüngsten Entwicklungen nicht gefährdet werden. Darum muss die Präventions- und Aufklärungsarbeit intensiviert werden und klar gestellt werden, dass „Dschihadismus“ kein Spiel, sondern ein toderustes Problem ist.

Ich bin froh, dass wir uns bei diesem Thema mit dem BMI und dem BMJ auf eine gemeinsame Vorgehensweise verständigt haben. Unsere drei Ministerien setzen sich gemeinsam dafür ein, der Radikalisierung in Österreich Einhalt zu gebieten. Wir tun dies durch Gesetze und gemeinsame Präventionsarbeit.

Auch die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich steht in der Verantwortung um gegen radikale Tendenzen aktiv vorzugehen. Wir haben uns daher mit der Glaubensgemeinschaft auf eine Reihe von Maßnahmen verständigt. Eines der konkreten Ergebnisse, das auch den Konferenzunterlagen beiliegt, ist ein gemeinsamer Islam-Infofolder, in dem österreichische Musliminnen und Muslime die Grundwerte des Islam gegen jegliche Art von radikaler Vereinnahmung verteidigen. Der Missbrauch des Islam durch den IS-Terror wird durch angeführte religiöse Quellen angeprangert.

Damit wird unterstrichen, dass es kein Widerspruch ist, stolzer Österreicher und Moslem zu sein. Der Folder selbst wird in den über 200 Moscheen in Österreich aufgelegt und verteilt werden. Wir wollen damit eine breite Information und auch Klarstellung erreichen.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben, an dem wir gerade arbeiten, ist die Förderung der Fort- und Weiterbildung von Imamen, Moscheen-Verantwortlichen, Frauenbeauftragten und anderen wichtigen Multiplikatoren im Bereich der muslimischen Community. Dazu erarbeiten wir gerade gemeinsam mit der IGGiÖ ein umfassendes Fort- und Weiterbildungsprogramm.

Die heutige Veranstaltung unter Ihrer regen Teilnahme, die bisher ergangenen Maßnahmen und die bereits bestehenden Strukturen und rechtlichen Grundlagen sind eine wichtige Basis für unseren Kampf gegen den Terrorismus, der in unsere Länder getragen wird. Darüber hinaus bedarf es

jedoch eines weiter gehenden Schulterschlusses mit anderen Ministerien, Organisationen und Gebietskörperschaften.

Gerade im Bereich der Bildungspolitik, der aufsuchenden Jugendarbeit kann und muss noch viel getan werden um der Radikalisierung Einhalt zu gebieten. Man denke nur an den Bereich der Religionslehrer oder der Imame. Sie sind die Antennen, die in den Communities rechtzeitig auf falsche Entwicklungen reagieren und aufklären können. Auch der Bereich der Kindergärten und Kindergruppen, über die sich Berichte häufen, dass Radikalisierung und Terror verherrlicht und vermittelt werden, sind eine Herausforderung, die wir anpacken müssen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nur im Zusammenwirken gelöst werden können. Es ist mir aber auch wichtig zu betonen, dass man die Muslime in Österreich nicht unter einen Generalverdacht stellen darf.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen für diesen Gipfel alles Gute, bedanke mich bei den Expertinnen und Experten für ihre Teilnahme und freue mich, die Lösungsansätze, die heute erörtert und erarbeitet sind, in unserer politischen Arbeit aufgreifen zu dürfen.

18.8. Bundesminister Sebastian Kurz: Rede bei der Eröffnung der 2. Konferenz der Vereinten Nationen zu den Binnenentwicklungsländern Wien, Vienna International Center, 3. November 2014

Secretary General,

Distinguished Heads of State, Government and Ministers,
Ladies and Gentlemen,

Thank you for electing me as President of the Conference. It is a great pleasure for me to welcome you all here in Vienna to the second United Nations Conference on Landlocked Developing Countries.

There is one thing I personally share with 50 % of the people living in landlocked developing countries: We are all under 30 years of age!

But while Austrians of my age can look at a bright future full of opportunities, most of the young people in landlocked developing countries don't have the chance to follow their aspirations in life.

I hope that this conference can be a boost for landlocked developing countries and I am happy that we can host it in Vienna, because:

- Austria is a landlocked country itself.

Ausgewählte Dokumente

- Half of our partner countries for development cooperation are landlocked. We therefore know their problems well.
- And finally: as host of one of the United Nations headquarters we are always glad to be able to welcome the UN-family here in Vienna.

Ladies and Gentlemen,

As a landlocked country we know about the impact this particular geographic situation has on trade and business development.

We have learned that especially for landlocked countries it is important to seek close and sustainable relations with their neighbours.

Therefore regional integration has been for us a cornerstone for our foreign and economic policy in the past decades.

And joining the European Union has provided us with enormous economic opportunities for the private sector and for our citizens.

But we wouldn't have been able to profit from integration in trade, transit and infrastructure had it not been for the full participation of a strong private sector.

To use the words of the Secretary General: "business needs the space to do what it does best: create jobs and innovate".

Therefore I am particularly looking forward to tomorrow's Business and Investment Forum, where business leaders meet government officials from the LLDC group to discuss possible partnerships and strategies.

Ladies and Gentlemen,

10 years have passed since the adoption of the Almaty Programme of Action.

In some areas concrete progress has been achieved. But enormous challenges still lie ahead.

- In 2010, the trade volume of landlocked developing countries was just 61 % of the trade volume of coastal countries.
- But the transport costs of landlocked developing countries were 45 % higher than those of a seaborne economy.

It is therefore important that we not only restate our commitment to help the world's 32 landlocked developing countries.

Our aim should be to adopt here in Vienna a new Programme of Action with clear priorities and a concrete timeframe, which places the interests of the most vulnerable economies at the centre of international attention and action!

Ladies and gentlemen,

The preparation for this conference has been very intensive.

I would therefore like to take this opportunity to thank Under-Secretary-General Ascharia and his team for all their efforts.

I wish you and all of us a successful conference.

Thank you.

18.9. Bundesminister Sebastian Kurz: Rede bei der Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen Wien, Hofburg, 8. Dezember 2014

Excellencies,

Distinguished delegates,

Dear representatives from civil society

It is a great pleasure for me to welcome you all to the Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons. The fact that nearly 160 States, many international organizations, civil society and researchers from all over the world are here, is very encouraging for us.

In the world after the Cold War in which I grew up, most people seemed to stop worrying about nuclear weapons. They were seen as a relic from the past, only an abstract danger which didn't matter very much. But this is fundamentally wrong! The fact is: Over 16.000 nuclear warheads still exist – distributed among 14 countries and throughout the oceans – many of them on high alert and ready for use on short notice. And we have to be clear: As long as nuclear weapons exist, the risk of their use – on purpose or by accident – remains real.

Ladies and gentlemen, States that possess nuclear weapons consider them as important for their security – that nuclear weapons deter war precisely because of their destructive force. It is therefore no surprise that progress on nuclear disarmament has been so slow. But whatever value is given to nuclear weapons, it must be seen in the context of the risks that these weapons carry. Today we know more about these risks. Human error, technical flaws and cyber security among them. These risks can never be eliminated completely. Actually humankind has been very lucky on several occasions in the past. But can we continue to rely on luck for our safety?

Today we also know that the consequences of a single nuclear explosion would be even more terrifying and long-lasting than we thought. It would result in an immediate humanitarian emergency of enormous scale, an emergency that would not be constrained by national borders, but have regional and global effects. No national or international organization is capable of dealing with such terrible consequences. In such a scenario nobody would win, everybody would lose.

Ausgewählte Dokumente

Ladies and gentlemen, these are enough reasons for urgent action on nuclear weapons – and why we should focus on their risks and their humanitarian consequences. Austria wants strong international rules on nuclear weapons: a strong NPT and the CTBT in force. But most of all we want to see a new momentum for concrete progress on global nuclear disarmament. In the follow-up of the conferences in Norway and in Mexico we hope that our discussions in Vienna will contribute to this aim.

Ladies and gentlemen, we all agree that the world would be a better one without nuclear weapons. This objective has been stated over and over again, in legally binding treaties, in the UN, in countless policy statements over the past decades. It is high time to move from words to real action! We need to challenge old thinking, we need to take in the knowledge of experts, the voices of civil society and we need much more global awareness. I look forward to our discussions and would wish that this conference can be a step leading to a world without nuclear weapons.

Thank you for your attention.

18.10. Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen, 8.–9. Dezember 2014: Schlussdokument des österreichischen Vorsitzes

Humanitarian Pledge

In light of the important facts and findings that have been presented at the international conferences in Oslo, Nayarit and Vienna, and after careful consideration of the evidence, We, the States supporting and/or endorsing this pledge, have come to the following inescapable conclusions and make the subsequent pledge to take them forward with interested parties in available fora, including in the context of the NPT and its 2015 Review Conference:

Mindful of the unacceptable harm that victims of nuclear weapons explosions and nuclear testing have experienced and recognising that the rights and needs of victims have not yet been adequately addressed,

Understanding that the immediate, mid- and long-term consequences of a nuclear weapon explosion are significantly graver than it was understood in the past and will not be constrained by national borders but have regional or even global effects, potentially threatening the survival of humanity,

Recognizing the complexity of and interrelationship between these consequences on health, environment, infrastructure, food security, climate, development, social cohesion and the global economy that are systemic and potentially irreversible,

Aware that the risk of a nuclear weapon explosion is significantly greater than previously assumed and is indeed increasing with increased prolifera-

tion, the lowering of the technical threshold for nuclear weapon capability, the ongoing modernisation of nuclear weapon arsenals in nuclear weapon possessing states, and the role that is attributed to nuclear weapons in the nuclear doctrines of possessor states,

Cognisant of the fact that the risk of nuclear weapons use with their unacceptable consequences can only be avoided when all nuclear weapons have been eliminated,

Emphasizing that the consequences of a nuclear weapon explosion and the risks associated with nuclear weapons concern the security of all humanity and that all states share the responsibility to prevent any use of nuclear weapons,

Emphasizing that the scope of consequences of a nuclear weapon explosion and risks associated raise profound moral and ethical questions that go beyond debates about the legality of nuclear weapons,

Mindful that no national or international response capacity exists that would adequately respond to the human suffering and humanitarian harm that would result from a nuclear weapon explosion in a populated area, and that such capacity most likely will never exist,

Affirming that it is in the interest of the very survival of humanity that nuclear weapons are never used again, under any circumstances,

Reiterating the crucial role that international organisations, relevant UN entities, the Red Cross and Red Crescent Movement, elected representatives, academia and civil society play for advancing the shared objective of a nuclear weapon free world,

We regard it as our responsibility and consequently pledge to present the facts-based discussions, findings and compelling evidence of the Vienna Conference, which builds upon the previous conferences in Oslo and Nayarit, to all relevant fora, in particular the NPT Review Conference 2015 and in the UN framework, as they should be at the centre of all deliberations, obligations and commitments with regard to nuclear disarmament,

We pledge to follow the imperative of human security for all and to promote the protection of civilians against risks stemming from nuclear weapons,

We call on all states parties to the NPT to renew their commitment to the urgent and full implementation of existing obligations under Article VI, and to this end, to identify and pursue effective measures to fill the legal gap for the prohibition and elimination of nuclear weapons and we pledge to cooperate with all stakeholders to achieve this goal,

We call on all nuclear weapons possessor states to take concrete interim measures to reduce the risk of nuclear weapon detonations, including reducing the operational status of nuclear weapons and moving nuclear weapons away from deployment into storage, diminishing the role of nuclear weapons in military doctrines and rapid reductions of all types of nuclear weapons,

Ausgewählte Dokumente

We pledge to cooperate with all relevant stakeholders, States, international organisations, the International Red Cross and Red Crescent Movements, parliamentarians and civil society, in efforts to stigmatise, prohibit and eliminate nuclear weapons in light of their unacceptable humanitarian consequences and associated risks.

Anhang

I. Länderinformationen

AB = AußenwirtschaftsBüro, AC = AußenwirtschaftsCenter, GK = Generalkonsulat, HGK = Honorargeneralkonsulat, HK = Honorarkonsulat, ID = Österreichischer Informationsdienst, KF = Kulturforum, ÖAI = Österreichisches Archäologisches Institut, ÖB = Österreichische Botschaft, ÖBibl. = Österreich-Bibliothek, OEZA = Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, ÖHI = Österreichisches Historisches Institut, ÖI = Österreich Institut, OSTA = Office of Science and Technology, ÖW = Österreich-Werbung

Die Schengenvertretungen sind im Internet auf der BMEIA-Homepage unter www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/pass-und-visum/schengen-visainformationen.html abrufbar.

Die Außenhandelszahlen beruhen auf vorläufigen Ergebnissen (Quelle: Statistik Austria).

Die EZA-Zahlen sind gerundet und beruhen auf vorläufigen Zahlen ohne Anteile aus geographisch verteilten Stipendien- und NRO-Rahmenprogrammen.

Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt Mohammad Ashraf Ghani (seit 29. September)	Regierungsvorsitzender Abdullah Abdullah (seit 29. September)
--	---

ÖB: siehe Pakistan; AC: siehe Iran

Österreichische Exporte: 20,986 Millionen Euro (+91,2 %)

Importe: 183.000 Euro (+22,6 %)

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt Abdel Fattah Al-Sisi (seit 8. Juni)	Regierungschef Ibrahim Mahlab (seit 1. März)	Außenminister Sameh Shoukry (seit 17. Juni)
--	--	---

Kairo – ÖB, KF, Büro des Verteidigungsattachés, AC, ÖAI; Alexandria – HGK

Besuche in Österreich:

Papst Tawudros II., Empfang bei Bundespräsident Heinz Fischer anlässlich 50 Jahre Stiftung „Pro-Oriente“ (7. November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 89.792 Euro

Österreichische Exporte: 197,086 Millionen Euro (–2,2 %)

Importe: 92,989 Millionen Euro (+13,0 %)

Länderinformationen

Albanien

(Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bujar Nishani	Edi Rama	Ditmir Bushati

Tirana – **ÖB, Verbindungsbeamter des BMI, Koordinationsbüro der OEZA: AC** – siehe Slowener; Shkodra – **HK, ÖBibl.**

Besuche aus Österreich:

Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Präsident Bujar Nishani, Parlamentssprecher Ilir Meta und Premierminister Edi Rama (20. Mai); Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Treffen mit Kulturministerin Mirela Kumbaro, Wirtschaftsminister Arben Ahmetaj und Tourismusministerin Eglantina Gjermeni (27. Mai); Bundesminister Sebastian Kurz und Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Treffen mit Parlamentssprecher Ilir Meta, Premierminister Edi Rama und Außenminister Ditmir Bushati (17. Juni); Zweiter Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf, Treffen mit Präsident Bujar Nishani, Parlamentssprecher Ilir Meta und Premierminister Edi Rama (26. November).

Besuche in Österreich:

Minister für Soziales und Jugend Erion Veliaj, Treffen mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Bundesminister Rudolf Hundstorfer (11. Februar); Minister für Öffentliche Verwaltung Bledi Cuci, Treffen mit Bundesminister Josef Ostermayer (27. Februar); Justizminister Nasip Naco, Treffen mit Bundesminister Wolfgang Brandstetter (13. März); Premierminister Edi Rama, Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann und Teilnahme am Wirtschaftstforum Albanien der Wirtschaftskammer Österreich (12. Mai); Präsident Bujar Nishani, Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach (Alpbach, 25. August); Premierminister Edi Rama und Wirtschaftsminister Ali Ahmetaj, Teilnahme am 11. Vienna Economic Forum und am Gipfel der Zentraleuropäischen Initiative (24. November); Minister für Soziales und Jugend Erion Veliaj, Treffen mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek (25. November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 2.068 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 49.827 Millionen Euro (+1,3%)

Importe: 17.971 Millionen Euro (-11,9%)

Algerien

(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Abdelmalek Selal	Ramtane Lamamra

Algier – **ÖB, AC, MilAtt.**

Besuche aus Österreich:

Delegation des BMI, UAW und des Landes Tirol, erste Tagung der algerisch-österreichischen Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (28. Jänner); Delegation des BMVIT geleitet von Leiter der Stabstelle Technologietransfer und Sicherheitsforschung Gernot Grimm, Tagung der algerisch-österreichischen gemischten Eisenbahnkommission (18. Februar); Abgeordneter zum Nationalrat und Klubobmann Reinhold Lopatka, Gespräch mit Präsident des Senats Abdelkader Bensalah (4. Dezember).

Besuche in Österreich:

Delegation zum Maghreb-Schwerpunkt bei der Landwirtschaftsmesse AGRARIA (Wels, 26. - 29. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Die Rahmenvereinbarung über die dezentralisierte Zusammenarbeit zwischen dem Wilaya Khenchela und dem Land Tirol wurde am 26. Jänner in Khenchela unterzeichnet.

Am 2. April wurde von Air Algérie eine direkte Flugverbindung zwischen Wien und Algier aufgenommen.

Österreichische Exporte: 228,991 Millionen Euro (+0,5 %)

Importe: 276,950 Millionen Euro (+43,6 %)

Andorra

(Fürstentum Andorra), Andorra

Staatsoberhaupt

Kofürsten:

François Hollande

(französischer Staatspräsident)

Joan Enric Vives i Sicília

(Erzbischof von La Seu d'Urgell)

Regierungschef

Antoni Martí Petit

Außenminister

Gilbert Saboya Sunyé

ÖB: siehe Spanien; **AC:** siehe Spanien (Barcelona)

Besuche in Österreich:

Außenminister Gilbert Saboya, Teilnahme am 124. Treffen des Ministerkomitees des Europarates und Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz (5. und 6. Mai).

Österreichische Exporte: 6,228 Millionen Euro (+27,9 %)

Importe: 70.000 Euro (-32,4 %)

Angola

(Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt und Regierungschef

José Eduardo dos Santos

Außenminister

Georges Rebelo Chikoti

ÖB, AC: siehe Südafrika; Luanda – HK

Besuche in Österreich:

Delegation zur Teilnahme an der Wiener Konferenz zu den Humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen (8.–9. Dezember).

Österreichische Exporte: 14,574 Millionen Euro (-26,9 %)

Importe: 140.000 Euro (-1,0 %)

Antigua und Barbuda

(Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt

Königin Elizabeth II.

vertreten durch:

Generalgouverneur

Sir Rodney Williams

(seit 14. August)

Regierungschef

Gaston Browne

(seit 13. Juni)

Außenminister

Charles Fernandez

(seit 18. Juni)

ÖB, AC: siehe Venezuela; St. John's – HK

Österreichische Exporte: 485.000 Euro (+377,4 %)

Importe: 8.000 Euro (+100,0 %)

Länderinformationen

Äquatorialguinea (Republik Äquatorialguinea), Malobo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodoro Obiang Nguema Mbasogo	Vicenté Ehaté Tomi	Agapito Mba Mokuy

ÖB, AC: siehe Nigeria

Österreichische Exporte: 1,402 Millionen Euro (-22,9 %)

Importe: 26.000 Euro (-87,2 %)

Argentinien (Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenminister
Cristina Fernández de Kirchner	Héctor Timerman

Buenos Aires – ÖB, AC; Córdoba, Mendoza, Posadas (vorübergehend geschlossen), San Carlos de Bariloche – HK

Besuche aus Österreich:

Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMEIA Martin Eichtinger, Treffen mit Kulturstaatssekretär Jorge Coscia, Kulturminister der Stadt Buenos Aires Hernán Lombardi und Abteilungsleiterin für Kultur im Außenministerium Magdalena Faillace (28. März); Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Konsultationen mit Unterstaatssekretärin für Außenpolitik Carolina Pérez Colman (20. November).

Besuche in Österreich:

Minister für Wissenschaft, Technologie und produktive Innovation José Lino Barañao, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner (15. September).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Memorandum of Understanding zwischen der Republik Österreich und der Argentinischen Republik über den gegenseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt für Angehörige von Mitgliedern des diplomatischen, konsularischen, des Verwaltungs- und des technischen Personals der diplomatischen Vertretungen, Berufskonsulate und Ständigen Vertretungen bei internationalen Organisationen wurde am 23. Mai in Buenos Aires unterzeichnet.

Die Verhandlungen für ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie für ein Abkommen im audiovisuellen Bereich wurden fortgesetzt.

Österreichische Exporte: 121,072 Millionen Euro (-4,1 %)

Importe: 135.647 Millionen Euro (+21,0 %)

Armenien (Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Serzh Sargsyan	Hovik Abrahamyan	Edward Nalbandian (seit 13. April)

Wien – ÖB; Jerewan – **Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit, ÖBibl.; AC: siehe Russland; GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Ein Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit wurde am 8. September in Jerewan eröffnet.

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Sebastian Kurz, Treffen mit Staatspräsident Serzh Sargsyan, Außenminister Edward Nalbandian und Energieminister Jerwand Zakharyan (8. September); 6. Tagung des Österreichisch-Armenischen Gemischten Ausschusses für die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen (29. April).

Besuche in Österreich:

Staatspräsident Serzh Sargsyan, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und mit Bürgermeister Michael Häupl (11. Juni).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Armenien wurde am 11. Juni in Wien unterzeichnet.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 3,014 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 69,414 Millionen Euro (-37,0 %)

Importe: 2,387 Millionen Euro (-12,4 %)

Aserbaidshan

(Republik Aserbaidshan), Baku

Staatsoberhaupt

Ilham Alijew

Regierungschef

Artur Rasisade

Außenminister

Elmar Mammadjarow

Baku – ÖB, AC: siehe Moskau, Marketingbüro der WKO, ÖBibl.

Besuche aus Österreich:

Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Zweitem Präsidenten des Nationalrates Karlheinz Kopf (31. März bis 3. April); Marktsondierungsreise der WKO zum Thema Bildungsexport (6.–8. April); Bundesminister Sebastian Kurz in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation (11.–12. September).

Besuche in Österreich:

Vizeminister für Verkehr Musa Panahow, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über Zusammenarbeit im Bereich Verkehr zwischen dem aserbaidshanischen Verkehrsministerium und dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (25. April); Minister für Auswärtige Beziehungen Elmar Mammadjarow Teilnahme am 124. Treffen des Ministerkomitees des Europarates (5. und 6. Mai); Verkehrsminister Ziya Mammadov Teilnahme an der 2. VN-Konferenz zu den Binnenentwicklungsländern (3.–5. November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 67.933 Euro

Österreichische Exporte: 114,371 Millionen Euro (-1,8 %)

Importe: 370,823 Millionen Euro (-18,6 %)

Äthiopien

(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt

Mulatu Teshome Wirtu

Regierungschef

Hailemariam Desalegn

Außenminister

Tewodros Adhanom

Addis Abeba – ÖB, Koordinationsbüro der OEZA; AC: siehe Ägypten

Besuche in Österreich:

Premierminister Hailemariam Desalegn, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (5. November); Staatsminister Mebrahtu Meles, Treffen mit Leiter der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im BMEIA Peter Launsky-Tieffenthal (6. November)

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 6,145 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 7,574 Millionen Euro (-18,1 %)

Importe: 8,182 Millionen Euro (+22,7 %)

Länderinformationen

Australien

(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	Tony Abbott	Julie Bishop
vertreten durch:		
Generalgouverneur		
Peter Cosgrove		
(seit 28. März)		

Canberra – **ÖB**; Sydney – **HGK, AC, ÖW**; Brisbane, Melbourne – **HGK**; Adelaide, Brisbane, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Besuche in Österreich:

Senatspräsident John Hogg, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Präsident des Bundesrates Michael Lampel (29. April); Präsidentin des Repräsentantenhauses Bronwyn Bishop und Parlamentarierdelegation, Treffen mit der österreichischen Delegation zur Inter-Parliamentary Union (IPU), Gespräche mit Klubobmännern Andreas Schieder und Reinhold Lopatka sowie mit Abgeordneten zum Nationalrat Andreas Karlsböck, Gabriela Moser und Jessi Lintl (10. Oktober).

Österreichische Exporte: 792.933 Millionen Euro (+5,5 %)

Importe: 87.005 Millionen Euro (+30,8 %)

Bahamas

(Commonwealth der Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Perry G. Christie	Frederick A. Mitchell
vertreten durch:		
Generalgouverneurin		
Danae Marguerite Pindling		
(seit 8. Juli)		

ÖB: siehe Vereinigte Staaten von Amerika; **AC:** siehe Vereinigte Staaten von Amerika (New York); Nassau – **HK**

Österreichische Exporte: 11.574 Millionen Euro (+10,3 %)

Importe: 169.000 Euro (–95,9 %)

Bahrain

(Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Hamad Bin Isa Bin Salman Al-Khalifa	Prinz Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Scheich Khaled Bin Ahmed Bin Mohamed Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AC:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Investitionsschutzabkommen befindet sich in Verhandlung.

Österreichische Exporte: 23.157 Millionen Euro (+19,0 %)

Importe: 18.409 Millionen Euro (+68,3 %)

Bangladesch (Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Mohammad Abdul Hamid	Sheikh Hasina	Abul Hassan Mahmood Ali (seit 26. Februar)

ÖB, AC: siehe Indien; Dhaka – **HK, AB**

Seit 1. November ist Bangladesh in Wien vertreten.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 96.379 Euro

Österreichische Exporte: 42,041 Millionen Euro (+18,4 %)

Importe: 18,409 Millionen Euro (+68,3 %)

Barbados (Barbados), St. James

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	Freundel Jerome Stuart	Maxine McClean

vertreten durch:
Generalgouverneur
Elliot Belgrave

ÖB, AC: siehe Caracas; Bridgetown – **HK**

Abkommen/Verhandlungen:

Eine Anpassung des Doppelbesteuerungsabkommens befindet sich in Verhandlung.

Österreichische Exporte: 398.000 Euro (–42,0 %)

Importe: 193.000 Euro (–79,5 %)

Belarus (Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander Lukaschenko	Andrej Kabjakou (seit 27. Dezember)	Wladimir Makej

ÖB, AC: siehe Russland; Minsk – **HK, AB, ÖBibl.**

Seit 2013 ist Österreich mit einem residenten Diplomaten in Minsk vertreten, der im Gebäude der EU-Delegation koloziert ist (Außenstelle der ÖB Moskau).

Besuche aus Österreich:

Generaldirektor für Außenwirtschaftsbeziehungen im BMWFW Franz Wessig und Delegation, Teilnahme an der 11. Tagung der Österreichisch-Belarussischen Gemischten Kommission für die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (26.–28. Mai); Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl und Wirtschaftsdelegation, Treffen mit Premierminister Mikhail Misanikovich, Vize-Ministern für Energie, Wirtschaft Energie und Äußeres sowie mit Vorsitzendem der belarussischen Handels- und Industriekammer Michail Myatlikow, Teilnahme am Wirtschaftsforum (26.–27. Mai); Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Konsultationen mit Außenminister Wladimir Makej und Vize-Außenministerin Alena Kupchyna (15. September).

Besuche in Österreich:

Vize-Außenministerin Alena Kupchyna, Konsultationen mit Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert (3. Juni); Außenminister Wladimir Makej, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Sebastian Kurz (24. November).

Länderinformationen

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen wurde am 15. September in Minsk unterzeichnet.

Das Protokoll zur Abänderung des am 16. Mai 2001 in Minsk unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wurde am 24. November in Wien unterzeichnet.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlung) im Rahmen der OEZA: 35.200 Euro

Österreichische Exporte: 211,842 Millionen Euro (-13,9%)

Importe: 19,813 Millionen Euro (-12,3%)

Belgien

(Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Philippe	Charles Michel (seit 11. Oktober)	Didier Reynders

Brüssel - **ÖB, AC, ÖW:** Eupen, Gent, Lüttich, Namur – **HK**

Besuche aus Österreich:

Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme am Treffen der BürgermeisterInnen der EU-Hauptstädte (17. Februar); Landeshauptmann Peter Kaiser, Treffen mit Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Karlheinz Lamberts (2. April und 24. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Lüttich, 4. August); Landeshauptmann Erwin Pröll, Eröffnung der Ausstellung „REFLEKTIONEN/PROJEKTIONEN: zeitgenössische Architektur – Spiegelbild der Entwicklung einer europäischen Region“ (15. Oktober); Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme am Ministertreffen der Global Coalition to Counter ISIL (3. Dezember); Landeshauptmann Josef Pühringer, Übergabe des Friedenslichtes (15. Dezember).

Besuche in Österreich:

Politischer Direktor und Direktor für multilaterale Angelegenheiten im belgischen Außenministerium Jean-Arthur Regibiau, Treffen mit Leiter der Politischen Sektion im BMELA Jan Kickert (28. März); Generalsekretär im belgischen Außenministerium Dirk Achten, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart (18. Juni).

Österreichische Exporte: 1.707.605 Millionen Euro (+1,0%)

Importe: 2.051.023 Millionen Euro (+6,2%)

Belize

(Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II. (vertreten durch Generalgouverneur Sir Colville Norbert Young)	Dean Oliver Barrow	Willfred Peter Elrington

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; Belize Stadt – **HGK**

Österreichische Exporte: 3,201 Millionen Euro (-4,0%)

Importe: 258.000 Euro (+24,2%)

Benin**(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Thomas Boni Yayi	Pascal Ireneaus Koupaki	Nassirou Arifari Bako

ÖB, AC: siehe Nigeria; Cotonou – HK

Österreichische Exporte: 13,384 Millionen Euro (+65,1 %)

Importe: 58.000 Euro (+147,0 %)

Bhutan**(Königreich Bhutan), Thimphu**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Jigme Khesar Namgyel Wangchuck	Tshering Tobgay	Rinzin Dorji

ÖB, AC: siehe Indien; Thimphu – Koordinationsbüro der OEZA

Besuche in Österreich:

Parlamentspräsident Jigme Zangpo und Parlamentarierdelegation, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Gespräch mit Mitgliedern des Unterausschusses für Entwicklungszusammenarbeit des Außenpolitischen Ausschusses, Teilnahme am Festakt „25 Jahre Zusammenarbeit Bhutan und Österreich“ im BMEIA (9.–10. Oktober); Wirtschaftsminister Norbu Wangchuk und Delegation, Gespräche mit Leiterin der Sektion für Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration im BMWFW Bernadette Gierlinger, mit Geschäftsführer der Austrian Development Agency (ADA) Martin Ledolter sowie mit Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich Richard Schenz, Teilnahme am Festakt „25 Jahre Zusammenarbeit Bhutan und Österreich“ im BMEIA, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Handel und technische Zusammenarbeit (9.–10. Oktober).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 2,040 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 634.000 Euro (–92,1 %)

Importe: 299.000 Euro (k.A.)

Bolivien**(Plurinationaler Staat Bolivien), Sucre; Regierungssitz: La Paz**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Juan Evo Morales Aima	David Choquehuanca Céspedes

ÖB: siehe Peru; AC: siehe Chile; La Paz – HGK; Santa Cruz – HK

Treffen Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsident Evo Morales am Rande der 69. VN-GV (New York, 24. September).

Besuche in Österreich:

Präsident Evo Morales, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der 2. VN-Konferenz zu den Binnenentwicklungsländern (3.–5. November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 30.400 Euro

Österreichische Exporte: 49,886 Millionen Euro (+89,2 %)

Importe: 14,348 Millionen Euro (+47,5 %)

Länderinformationen

Bosnien und Herzegowina (Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt Staatspräsidium mit rotierendem Vorsitz Mladen Ivanić (seit 17. November) Bakir Izetbegović Dragan Čović	Regierungschef Vjekoslav Bevanda	Außenminister Zlatko Lagumdžija
--	-------------------------------------	------------------------------------

Sarajewo – **ÖB; AC, Büro des Verteidigungsattachés, Büro des Verbindungsbeamten des BMI, der Bildungsbeauftragten des BMBF, regionales österreichisches Kooperationsbüro in Wissenschaft und Kultur der Österreichischen Kulturvereinigung, Verbindungsbüro der Stadt Wien, nichtresidenter Sozialattaché, ÖBibl.;** Banja Luka, Tuzla – **ÖBibl.**

Besuche aus Österreich:

Abgeordnete zum Nationalrat Tanja Windbüchler-Souschill, Konsultationen mit Hohem Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina Valentin Inzko, bei EUFOR, bei der OSZE-Mission, sowie mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft (2. und 6. März); Bundesminister Sebastian Kurz, Truppenbesuch bei EUFOR, Arbeitsbesuch im Staatspräsidium, Gespräche mit Außenminister Zlatko Lagumdžija, Hohem Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina Valentin Inzko, Sonderbeauftragtem der EU Peter Sorensen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft (27. und 28. März); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Arbeitstreffen mit Sicherheitsminister Fahrudin Radončić (26. April); Bundeskanzler Werner Faymann und Bundesminister Gerald Klug, Truppenbesuch bei EUFOR, Arbeitsbesuch im Staatspräsidium, bei Premierminister Vjekoslav Bevanda sowie bei Hohem Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina Valentin Inzko (19. und 20. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsbesuch und Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten zu 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges (28. und 29. Juni); Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, Teilnahme an der Beobachtung der allgemeinen Wahlen (12. Oktober); Generalstabschef Othmar Commenda, Gespräche im bosnisch-herzegowinischen Generalstab und bei EUFOR (22. und 23. Oktober); Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Treffen mit Premierminister Vjekoslav Bevanda und mit HDZ-Chef Dragan Čović u. a. (4. und 7. November); Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Teilnahme an der Konferenz „Neue Impulse für die europäische Integration des westlichen Balkans“ (7. und 8. November).

Besuche in Österreich:

Staatspräsidiumsmitglied Nebojša Radmanović, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (1. Jänner); Außenminister Zlatko Lagumdžija, Teilnahme an der Wiener Westbalkan-Konferenz 2014 (2. und 3. Juni); HDZ1990-Chef Martin Raguž, Gespräch mit Bundesminister Sebastian Kurz (15. September); Abgeordnete Ismeta Dervoz, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Balkan als Chance, Erinnern – Versöhnen – Zukunft gestalten“ (Klagenfurt, 21. Oktober); Premierminister Vjekoslav Bevanda, Teilnahme am Gipfel der Zentraleuropäischen Initiative (24. November).

Österreich ist größter Truppensteller in der militärischen GSVP-Mission EUFOR, ALTHEA (ca. 340 SoldatInnen).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 677.183 Euro

Österreichische Exporte: 345.926 Millionen Euro (-1,5 %)

Importe: 455.807 Millionen Euro (12,5 %)

Botsuana **(Republik Botsuana), Gaborone**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Seretse Khama Ian Khama

Außenministerin
Pelonomi Venson-Moitoi
(seit 31. Oktober)

ÖB, AC: siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Besuche in Österreich:

Delegation geleitet vom Ständigen Vertreter Botsuanas bei den VN in New York, Teilnahme an der 2. VN-Konferenz zu den Binnenentwicklungsländern in Wien (3.–5. November); Delegation zur Teilnahme an der Wiener Konferenz zu den Humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen (8.–9. Dezember).

Österreichische Exporte: 1,427 Millionen Euro (–2,9 %)

Importe: 60.000 Euro (+381,1 %)

Brasilien **(Föderative Republik Brasilien), Brasília**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Dilma Vana Rousseff

Außenminister
Luiz Alberto
Figueiredo Machado

Brasília – **ÖB**; São Paulo – **ÖGK, AC**; Belo Horizonte, Curitiba, Porto Alegre, Recife, Rio de Janeiro, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Arbeitstreffen mit Justizminister José Eduardo Cardozo, Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot Monteiro de Barros, Präsident des obersten Gerichtshofs Ricardo Lewandovsky und Präsident des Bundesrechnungshofs Jorge Hage Sobrinho (3. September); Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Medien- und Filmschwerpunkt (Rio de Janeiro, 28. Oktober); Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Konsultationen mit Unterstaatssekretär im Außenministerium Carlos Antonio da Rocha Paranhos, Treffen mit stv. Direktor der Brazilian Cooperation Agency (ABC) João Tabajara (24. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Republik Brasilien über die Auslieferung wurde am 3. September in Brasilia unterzeichnet.

Ein Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Kunst und Kultur und ein Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit befinden sich in Verhandlung.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 43.600 Euro

Österreichische Exporte: 706,576 Millionen Euro (–17,3 %)

Importe: 321,322 Millionen Euro (–9,6 %)

Brunei **(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan**

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister
Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AC: siehe Malaysia

Österreichische Exporte: 897.000 Euro (+134,4 %)

Importe: 54.000 Euro (–63,9 %)

Länderinformationen

Bulgarien (Republik Bulgarien), Sofia

Staatsoberhaupt Rosen Plevneliev	Regierungschef Boyko Borissov (seit 7. November)	Außenminister Daniel Mitov (seit 6. August)
-------------------------------------	--	---

Sofia – **ÖB, AC, Verbindungsbüro der Stadt Wien, ÖBibl.**; Ruse – **ÖBibl.**; Veliko Tarnovo – **ÖBibl.**

Besuche aus Österreich:

Leiter der Politischen Sektion im BMELA Jan Kickert, Arbeitsgespräche im bulgarischen Außenministerium und im Präsidialamt (23.–24. Februar); Amtsführender Stadtrat Michael Ludwig, Arbeitsgespräche mit Bürgermeisterin von Sofia Jordanka Fandakova und Minister für Investitionsangelegenheiten Ivan Danov (6.–9. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Michael Linhart, Arbeitsgespräche im bulgarischen Außenministerium, im Präsidialamt und mit Vizeminister für Wirtschaft und Energie Ivan Avolov (19. März); Präsidentin des Bundesrates Ana Blatnik, Besuch der Musikschule in Kotel (23.–24. September); Bundespräsident Heinz Fischer, offizieller Besuch, Arbeitsgespräche mit Staatspräsident Rosen Plevneliev, Premierminister Georgi Bliznashki, Parlamentspräsidentin Tssetska Tsatcheva, Eröffnung eines bulgarisch-österreichischen Wirtschaftstforums (30.–31. Oktober); Bundesminister Alois Stöger, Arbeitsgespräch mit Ministerin für Verkehr und Telekommunikation Nikolina Angelkova (31. Oktober).

Besuche in Österreich:

Staatspräsident Rosen Plevneliev, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer und Vortrag an der Diplomatischen Akademie (20.–21. März); Vize-Staatspräsidentin Margarita Popova, Teilnahme an der gemeinsamen Sitzung der Vorstandsgremien der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) (2.–4. Juni); Außenminister Kristian Vigenin, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme am Außenministertreffen der Zentraleuropäischen Initiative (3. Juni); Vize-Premierminister Tomislav Donchev, Teilnahme am Gipfel der Zentraleuropäischen Initiative (24. November).

Österreichische Exporte: 635.026 Millionen Euro (+2,1%)

Importe: 385.151 Millionen Euro (+2,2%)

Burkina Faso (Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt Michel Kafando (seit 21. November)	Regierungschef Yacouba Isaac Zida (seit 23. November)	Außenminister Michel Kafando (seit 23. November)
--	---	--

ÖB: siehe Senegal; **AC:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Koordinationsbüro der OEZA**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 2,645 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 1,163 Millionen Euro (–29,2%)

Importe: 1,564 Millionen Euro (+64,9%)

Burundi (Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef Pierre Nkurunziza	Außenminister Laurent Kavakuro
---	-----------------------------------

ÖB: siehe Kenia; **AC:** siehe Südafrika

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 20.000 Euro

Österreichische Exporte: 63.000 Euro (–15,7%)

Importe: 573.000 Euro (–35,5%)

Cabo Verde (Republik Cabo Verde), Praia

Staatsoberhaupt Jorge Carlos Fonseca	Regierungschef José Maria Pereira Neves	Außenminister Jorge Homero Tolentino Araújo (seit 18. September)
---	---	---

ÖB, AC: siehe Portugal

Österreichische Exporte: 1.088 Euro (+72,9%)

Importe: 4.000 Euro (-94,8%)

Chile (Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschefin Michelle Bachelet Jeria (seit 11. März)	Außenminister Heraldo Muñoz (seit 11. März)
--	---

Santiago de Chile – ÖB, AC: Arica, Valdivia, Valparaíso – HK

Besuche in Österreich:

Ministerin-Generalsekretärin der Präsidentschaft Ximena Rincón, Zusammentreffen mit Bundesminister Josef Ostermayer (10. Oktober).

Österreichische Exporte: 139.957 Millionen Euro (-28,9%)

Importe: 146.010 Millionen Euro (+24,6%)

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt Xi Jinping	Regierungschef Li Keqiang	Außenminister Wang Yi
-------------------------------	------------------------------	--------------------------

Sonderverwaltungsregion Hongkong

Regierungschef (Chief Executive)
Leung Chun-Ying

Sonderverwaltungsregion Macao

Regierungschef (Chief Executive)
Fernando Chui Sai-on

Peking – ÖB, KE, AC, OSTA, ÖW: Shanghai – GK, AC; Hongkong – GK, AC; Guangzhou – GK, AC; Chengdu, Shenyang, Xi'an – AB

Besuche aus Österreich:

Präsident des Europäischen Forums Alpbach Bundesminister a.D. Franz Fischler, Gespräche in der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Sozialwissenschaften und der Akademie der Agrarwissenschaften, Teilnahme am Bo'ao-Forum (Peking, Hainan, 6.–12. April), Delegation der Stadt Leoben, 20-jähriges Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Xuzhou (7.–8. Mai), Leiter der Politischen Sektion im BMEIA Jan Kickert, Konsultationen im Außenministerium (31. Juli bis 1. August), Delegation unter Leitung von Abgeordneter zum Nationalrat Christine Muttonen (28. August bis 9. September), Vizekanzler und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesminister Sebastian Kurz, Bundesminister André Rupprechter, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl sowie Wirtschaftsdelegation, Termine mit Vize-Premierminister Wang Yang, Außenminister Wang Yi, stv. Landwirtschaftsminister Niu Dun, Handelsminister Gao Hucheng, Wissenschaftsminister Wan Gang, stv. Bildungsminister Du Yubo, Österreichisch-Chinesisches Wirtschaftsforum (Peking, Chengdu, Shanghai, 18.–26. Oktober), Vizebürgermeisterin der Stadt Wien Maria Vassilakou, Termine mit Secretary for Transport and

Länderinformationen

Housing Anthony Cheung und Acting Secretary for Development Eric MA (Hongkong, 27.–28. Oktober).

Besuche in Österreich:

Kulturminister Cai Wu, Gespräch mit Bundesminister Josef Ostermayer (23. Jänner); Stv. Regierungschefin und Chief Secretary for Administration der Sonderverwaltungsregion Hongkong Carrie Lam Cheng Yuet-ngor, Treffen mit Bürgermeister Michael Häupl (17.–19. Mai); Vizeminister für Zivilangelegenheiten Dou Yupei, Gespräch mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über bilaterale Zusammenarbeit on den Bereichen Ältere und Behinderte (Wien, Salzburg, 5.–7. Juni); Vizegouverneurin der Provinz Guangdong Zhao Yufang, Wirtschaftsforum Guangdong-Österreich (23.–25. Juni); Minister Song Dahan, Leiter des Rechtsbüros des Staatsrats (3.–4. September); Vizegouverneur der Provinz Sichuan Chen Wenhua (5. September); Staatsrat und Außenminister a.D. Tang Jiaxuan, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (8. September); Vizeminister der Kommission für Nationale Gesundheit und Familienplanung Sun Zhigang, Gespräch mit Leiter der Sektion Recht und Gesundheitlicher VerbraucherInnenschutz im BMG Gerhard Aigner (9.–11. Oktober); Außenminister Wang Yi, Teilnahme an den E3/EU+3 Nuklearverhandlungen mit dem Iran (24.–25. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Vereinfachung der Visaformalitäten für Crew-Mitglieder von Fluggesellschaften wurde am 22. Oktober in Peking unterzeichnet und trat am 22. November in Kraft.

Das Protokoll über Inspektion, Quarantäne und hygienische Voraussetzungen für gefrorenes Schweinefleisch, das für den Export von Österreich nach China bestimmt ist, wurde am 25. Dezember paraphiert; die Verhandlungen zu einem „Working Holiday Scheme“ zwischen Österreich und der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong wurden im November abgeschlossen.

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China: 3.381,033 Millionen Euro (+7,8 %)

Importe: 7.239,225 Millionen Euro (+6,6 %)

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong: 520,256 Millionen Euro (–4,8 %)

Importe: 81,626 Millionen Euro (–4,8 %)

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macau: 9,898 Millionen Euro (+67,8 %)

Importe: 1,381 Millionen Euro (+11,2 %)

Taiwan (Chinese Taipei)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbstständiger Staat anerkannt. In Taiwan besteht ein Österreich-Büro.

Abkommen/Verhandlungen:

Die Verhandlungen zu einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen sowie zu einem Working Holiday Programme wurden abgeschlossen.

Österreichische Exporte nach Taiwan: 359,460 Millionen Euro (+6,9 %)

Importe: 534,167 Millionen Euro (+2,3 %)

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Luis Guillermo Solís Rivera
(seit 8. Mai)

Außenminister
Manuel Antonio González Sanz
(seit 8. Mai)

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; San José – HGK

Besuche aus Österreich:

Delegation des Bundeskriminalamts, Gespräche mit costa-ricanischen PolizeidirektorInnen.

Österreichische Exporte: 42,515 Millionen Euro (+32,6 %)

Importe: 35,801 Millionen Euro (+21,6 %)

Côte d'Ivoire (Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt
Alassane Dramane
Ouattara

Regierungschef
Daniel Kablan Duncan

Außenminister
Charles Koffi Diby

ÖB: siehe Senegal; AC: siehe Marokko; Abidjan – HK

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Investitionsschutzabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Côte d'Ivoire befindet sich in Verhandlung.

Österreichische Exporte: 16,762 Millionen Euro (+60,3 %)

Importe: 7,980 Millionen Euro (-34,9 %)

Dänemark (Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt
Königin Margrethe II.

Regierungschefin
Helle Thorning-Schmidt

Außenminister
Martin Lidegaard
(seit 3. Februar)

Kopenhagen – ÖB, AC, ÖW; Aabenraa, Aarhus, Odense – HK

Besuche aus Österreich:

Erster Präsident des Wiener Landtages Harry Kopietz, Treffen mit Parlamentspräsident Mogens Lykketoft und Vizepräsident des Gemeinderates von Kopenhagen Lars Weiss (4. Februar); Bundesministerin Sophie Karmasin, Arbeitsgespräch mit Minister für Kinder, Gleichstellung, Integration und Soziales Manu Sareen (22. und 23. September); Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl, Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer und Delegation des Landes Oberösterreich, Informationsreise zur dänischen Verkehrs- und Radfahrpolitik (13.–14. Oktober); Landesrat Christian Buchmann und Wirtschaftsdelegation des Landes Steiermark, Informationsreise Innovationspotential der Region Kopenhagen/Malmö (21.–25. Oktober).

Besuche in Österreich:

Permanent Secretary im Ministerium für Kinder, Gleichstellung, Integration und Soziales Jesper Zwisler, Teilnahme am Symposium des BMFJ „Herausforderungen einer modernen, nachhaltigen Familienpolitik“ (4. September); Delegation der Kopenhagener Stadtregierung und des Kopenhagener Gemeinderates, Informationsreise Stadtplanung, Wohnbau- und Verkehrspolitik und Erfahrungsaustausch zum Eurovision Song Contest (21.–25. Oktober).

Österreichische Exporte: 694,941 Millionen Euro (+3,3 %)

Importe: 534,475 Millionen Euro (+1,6 %)

Länderinformationen

Deutschland

(Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt
Joachim Gauck

Regierungschefin
Angela Merkel

Außenminister
Frank-Walter Steinmeier

Berlin – **ÖB, KF, AC, ÖW**; München – **GK, AC**; Frankfurt a.M., Stuttgart – **HK, AC**; Dresden, Düsseldorf – **HK, AB**; Bremen, Hamburg, Hannover, Kiel, Lübeck, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken – **HK**

Das Honorarkonsulat Frankfurt am Main mit Amtsbereich Hessen und Rheinland-Pfalz wurde am 5. Mai wiedereröffnet.

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Sebastian Kurz, Treffen mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Staatsminister für Europa Michael Roth und Integrations-Staatsministerin Aydan Özoğuz (15. Jänner); Bundesminister Andrä Rupprechter, Besuch der Internationalen Grünen Woche und Teilnahme am Weltagrargipfel (17. und 18. Jänner); Bundesminister Gerald Klug, Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme an der 50. Münchner Sicherheitskonferenz (München, 30. Jänner bis 1. Februar); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Stanislaw Tillich (Chemnitz, Dresden und Limbach, 2.–4. Februar); Bundesminister Josef Ostermayer, Besuch der 64. Berlinale und Treffen mit Kanzleramtsminister Peter Altmaier sowie Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters (13.–16. Februar); Landesrätin Petra Bohuslav, Treffen mit Bayerischer Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Ilse Aigner (München, 26. und 27. Februar); Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl, Treffen mit Bayerischem Staatsminister Joachim Herrmann (München, 26. und 27. Februar); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann und Übergabe des Vorsizes der ARGE Donauländer (Stuttgart, 28. Februar); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Besuch der Internationalen Tourismusborse (5. März); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (5. März); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Treffen mit Bundesminister des Innern Thomas de Maizière, Bundestags-Ausschussvorsitzendem Wolfgang Bosbach und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (18. und 19. März); Landeshauptmann Günther Platter, Vortrag im Bayerischen Landtag (München, 21. März); Landesstatthalter Karlheinz Rüdiger, Gespräch mit Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Frank Horch (Hamburg, 7. April); Landesrat Christian Buchmann, Besuch der Umwelttechnologie-Messe IFAT 2014 und Treffen mit Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Josef Pschierer (München, 5. und 6. Mai); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Besuch des Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Treffen mit Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles (11. und 12. Mai); Landesrat Rolf Holub, Landesrat Erich Schwärzler, Treffen mit Bayerischem Staatsminister Marcel Huber anlässlich der 11th Environmental Conference of the Regions of Europe (ENCORE) (München, 15. und 16. Mai); Amtsführender Stadtrat Michael Ludwig, Eröffnung der Ausstellung „Gemeinde baut. Wiener Wohnbau 1920 bis 2020“ im Architekturzentrum Aedes (16. und 17. Mai); Landesrat Christian Buchmann, Besuch der ILA Berlin Air Show 2014 (21. und 22. Mai); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Treffen mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Gespräch mit CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendem Volker Kauder (6. Juni); Landeshauptmann Hans Niessl, Treffen mit SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag Markus Rinderspacher (München, 23. und 24. Juni); Bundesminister Gerald Klug, Teilnahme an der 2. Berliner Strategiekonferenz und Treffen mit Staatsminister für Europa Michael Roth (23. und 24. Juni); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Treffen mit Bundesministerin für Bildung und Forschung Johanna Wanka (Lindau, 29. Juni); Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Treffen mit Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas (2. Juli); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Bundespräsident Joachim Gauck und Besuch der Bad Hersfelder Festspiele (6. und 7. Juli); Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler, Landesrat Josef Schwaiger und Landesrat Rudolf Anschober, Teilnahme an Hochwasserschutzkonferenz (München, 8. Juli); Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen anlässlich des „20. Juli 1944“ (20. Juli); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme am Westbalkan-Gipfel (28. August); Bundesminister

Alois Stöger und Delegation des Wissenschaftsausschusses des Nationalrates, Besuch des Fraunhofer-Instituts für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik (Dresden und Chemnitz, 11. September); Landtagspräsident Hans Penz, Treffen mit Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin Ralf Wieland (11. und 12. September); Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme an der Verleihung des M100 Media Award (Potsdam, 12. und 13. September); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am informellen Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter (Bad Doberan, Warnemünde, Rostock, 18. September); Bundesminister Andra Rupprechter, Treffen mit Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt und Besuch der „Osing“-Verlosung (Bad Windsheim, Gemarkung, 18. und 19. September); Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme am „Deutschlandtag“ der Jungen Union (Inzell, 19. September); Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl, Teilnahme an Studienreise zu städtebaulicher Entwicklung, Wohnbau, Holzbau (Hamburg, 22. und 23. September); Landtagspräsident Franz Majcen, Landesrat Christopher Drexler und Delegation der steirischen Hochschulrektoren; Gespräch mit Parlamentarischem Staatssekretär für Bildung und Forschung Thomas Rachel und mit Berichterstatter für Hochschulpolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Tarek Schipanski (24.–26. September); Bundesminister Josef Ostermayer, Besuch der Frankfurter Buchmesse (Frankfurt, 8. und 9. Oktober); Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl und Reinhold Entholzer sowie Delegation des Landtages von Oberösterreich; Studienreise zu Radverkehr, Elektromobilität und vernetzte Mobilität (14.–15. Oktober); Bundesminister Andra Rupprechter, Treffen mit Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt und Teilnahme am österreichischen Nationalfeiertagsempfang (23. Oktober); Staatssekretär Harald Mahrer, Gespräch mit parlamentarischer Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dorothee Bär (24. und 25. November); Bundesminister Sebastian Kurz, Teilnahme am Quadrilateralen Treffen der deutschsprachigen Außenminister (27. November); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit SPD-Vorsitzendem Sigmar Gabriel sowie Teilnahme am SPD-Parteipräsidium (Goslar und Berlin, 30. November); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Teilnahme am „Energiekongress Bayern und Österreich“ (München, 1. Dezember); Bundesminister Hans Jörg Schelling, Antrittsbesuch bei Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (2. Dezember).

Besuche in Österreich:

Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern Harry Glawe, Besuch der Wiener Tourismusmesse und Treffen mit Landesrätin Petra Bohuslav (16. Jänner); Mitglied des Bundestages Peer Steinbrück (20. und 21. Jänner); Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag Gunther Krichbaum, Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (4.–9. Februar); Mitglied des Bundestages Alois Karl, Teilnahme an der Wintertagung der OSZE (13. Februar); Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern Sylvia Bretschneider, Treffen mit Landtagspräsident Hans Penz im Rahmen der Veranstaltung „Ostsee trifft Alpen“ (18. und 19. Februar); Europaministerin von Bayern Beate Merk, Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz (12. März); Wirtschafts-, Medien- und Energieministerin von Bayern Ilse Aigner, Treffen mit Bundesminister Sebastian Kurz und Bundesminister Reinhold Mitterlehner (20. und 21. März); Sozial- und Verbraucherschutzministerin von Sachsen Christine Glauß, Studienreise zum Sozial- und Gesundheitswesen in Österreich (Wien, Niederösterreich, 1.–4. April); Landwirtschaftsminister von Bayern Hehmut Brunner, Informationsfahrt zum Ökolandbau in Österreich (Wien, Niederösterreich und Salzburg, 9.–11. April); Parlamentarischer Staatssekretär für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Hans-Joachim Fuchtel, Treffen mit Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schäuble (5. Mai); Europaminister Michael Roth, Teilnahme am 124. Treffen des Ministerkomitees des Europarates (5. und 6. Mai); Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Gespräche mit den Außenministern von Russland und der Ukraine (6. Mai); Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten in Marthausen und Treffen bei der EU-Grundrechteagentur (10.–13. Mai); Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle, Vizepräsident Ferdinand Kirchhof sowie der Richter Peter Huber und Andreas Paulus, Teilnahme am Kongress der Konferenz der Europäischen Verfassungsgerichte (11.–13. Mai); Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag Gunther Krichbaum (11. und 12. Mai); Mitglied des Bundestages Gerhard Schick, Vortrag vor dem Bruno Kreisky Forum für Internationalen Dialog (26. Mai); Mitglied des Bundestages Alois Karl (28. und 29. Mai); Bundestagspräsi-